

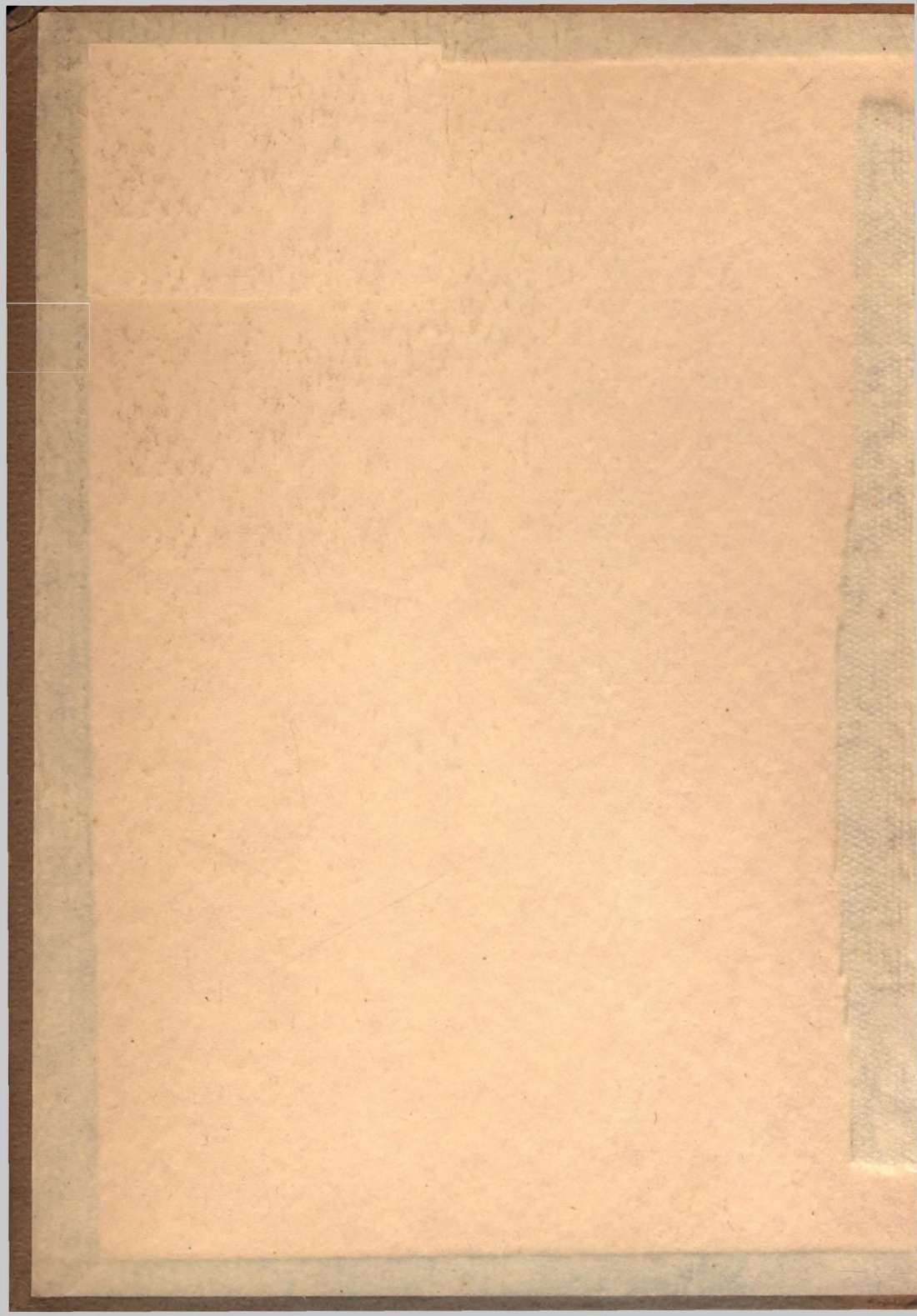
DER DEUTSCHE BAUER IM OSTEN / GÜNTHER PACYNA

Günther Pacyna

DER DEUTSCHE
BAUER
IM OSTEN

VERLAG
C V-ENGELHARD G·M·B·H
BERLIN

VOLK





Günther Pacyna / Der deutsche Bauer im Osten

G Ü N T H E R P A C Y N A

Der deutsche Bauer
im Osten



1 9 4 3

Verlag C. V. Engelhard Berlin

Alle Rechte, insbesondere das des Nachdruckes und der Übersetzung, vorbehalten.

Copyright by Verlag C. V. Engelhard G.m.b.H., Berlin N 4.

Druck von Fischer & Wittig, Leipzig.

Meinem Vater
zum achtzigsten Geburtstag



Inhalt

Lehrmeisterin Geschichte	9
I. Ostland — Bauernland	15
Das Ostsiedlungswerk — eine Gemeinschaftsleistung aller deutschen Stände	16
Bedeutung des Staates für die volkliche Siedlungsleistung	20
Die zentrale lebensgesetzliche Funktion der deutschen Bauernsiedlung	25
Das Erbhofrecht als Triebkraft der Ostsiedlungsbewegung	35
Die Genossenschaft — Trägerin der bäuerlichen Selbstverwaltung, Rückgrat der bäuerlichen Leistung	42
Die Familienwirtschaft als bäuerliche Lebensform	50
Harmonie von Leistung und Gegenleistung bei der Siedlungsorganisation .	60
II. Die große Verwandlung	69
Die Entrechtung des ostdeutschen Freibauerntums	70
Bauernlos und Stadtentwicklung in schicksalhafter Wechselwirkung	80
Der preußische Staat als ostdeutsches Kraftzentrum	88
Weitere Verkümmern des ostdeutschen Bauerntums durch Verfälschung der Bauernbefreiung	93
Der Einfluß der preußischen Freihandelspolitik auf die ostdeutsche Wirt- schaftsstruktur	103
Der Zusammenbruch des ostdeutschen Getreideausfuhrhandels und seine Folgen	109
Festigung des ostdeutschen Strukturwandels im Bismarckreich	115
Siechtum der ostdeutschen Landstadt	124
Der große Rückzug	144
Neuer Ruf nach dem Osten	149
Schrifttumsverzeichnis	151

Lehrmeisterin Geschichte

Jedes Volk braucht zum Leben einen Raum, der seiner Größe und Leistungsfähigkeit entspricht. Noch keinem Volke aber ist dieser Raum ohne Kampf und ohne Arbeit zuteil geworden. Das deutsche Volk hätte in atembeklemmender, drangvoller Enge verkümmern müssen, wenn es nicht in einer fast ununterbrochenen Folge von Siedlungsbewegungen seinen karg bemessenen Lebensraum geweitet und so die unentbehrliche Grundlage für die Entfaltung seiner Volkskraft geschaffen hätte.

Diese Ausweitung des deutschen Lebensraumes vollzog sich in zwei Stoßrichtungen: nach Südosten und Osten. Beide Stoßrichtungen waren durch die natürlichen Raumverhältnisse gegeben und ergänzten sich gegenseitig in enger Wechselwirkung.

Durch die nach Südosten gerichtete Siedlungsbewegung wurde der Donaauraum dem deutschen Volke erschlossen, der eine Stätte blühenden deutschen Kulturlebens werden sollte, wurde jene starke Bastion geschaffen, an deren Festigkeit die im Laufe der Jahrhunderte sich immer wieder erneuernden Nomadenstürme aus dem Innern Asiens zerschellten. Auf diese Weise wurden nicht nur die deutschen Kerngebiete, ja, ganz Europa

von einer ständig sich wiederholenden Überflutung durch mordende und plündernde Nomadenscharen bewahrt, sondern auch die notwendige Flankensicherung geschaffen, die dem deutschen Volke gestattete, den gewaltigen Überschuß seiner Volkskraft nun auch nach Osten und Nordosten ungestört zu entfalten. Die Erfolge der nach Südosten gerichteten deutschen Siedlungsbewegung waren daher unerläßliche Voraussetzung einer erfolgreichen Ost- und Nordostsiedlung.

Wenn ich mich in meinen folgenden Ausführungen fast ausschließlich den Lehren zuwende, die sich aus der Geschichte der deutschen Ost- und Nordostsiedlung ergeben, so geschieht das also nicht etwa in Verkennung der für das deutsche Schicksal so bedeutungsvollen Südostsiedlung, sondern lediglich aus einem Grunde, der sich aus der politischen Lage der Gegenwart ergibt:

Wieder einmal – vielleicht zum letzten Male – schlägt in der deutschen Geschichte eine der großen Schicksalsstunden, die dem deutschen Volke die Möglichkeit gibt, sich aus der drückenden Raumenge, die seine Volkskraft einschnürt und fesselt, für immer zu befreien und sich endlich die breite räumliche Lebensgrundlage zu sichern, die seiner natürlichen Leistungsfähigkeit entspricht. Durch die geniale Tatkraft des Führers ist dem deutschen Volke im Osten ein neuer Lebensraum erschlossen worden, der gestattet, an die großen Kulturleistungen der deutschen Siedlungsbewegung im Mittelalter in diesem Raum wieder anzuknüpfen und das Siedlungswerk eines Friedrichs des Großen und Josefs II. mit Mitteln fortzusetzen, hinter denen

diesmal die geballte Kraft des ganzen großen deutschen Volkes steht. Es gilt, auf den Voraussetzungen, die das siegreiche deutsche Schwert geschaffen hat, ein gewaltiges Werk aufzubauen, welches dem Dritten Reich, dem nationalsozialistischen Reiche Adolf Hitlers, jene unerschütterliche Dauerhaftigkeit verleiht, die die ganze Zukunft des deutschen Volkes in sich einschließt.

Im Banne dieser großen Aufgabe, der größten Aufgabe, die dem deutschen Volke im Laufe seiner wechselvollen Geschichte jemals gestellt worden ist, richten wir unsere Augen auf die großen Leistungen der deutschen Ostsiedlung im Mittelalter. Wenn auch dem Werke unserer Ahnen keine Vollendung beschieden war, so ist es doch ihr Erbe, dem wir es verdanken, daß wir, ihre Enkel, heute die Ostsiedlung in den Dienst der Vollendung des deutschen Reichsbaues stellen können, und es ist nicht ihre Schuld, wenn in der Zwischenzeit vieles von ihrem Erbe vertan wurde, wenn manche verheißungsvollen Ansatzpunkte wieder verkümmerten, so daß wir heute in vieler Beziehung wieder ganz von neuem beginnen müssen.

Gewiß wäre es falsch, von einer solchen geschichtlichen Rückschau so etwas wie Rezepte für das künftige nationalsozialistische Siedlungswerk im Osten zu erwarten. In diesem Sinne gestattet die Geschichte keine Wiederholungen. Jede Zeitepoche stellt dem lebenden Geschlecht seine eigenen Aufgaben, die mit den durch die Zeit bedingten Mitteln gelöst werden müssen. Diese Tatsache ist der Grund, daß alle Epigonen, alle bloßen Nachahmer mit ihrem Bemühen noch immer gescheitert sind.

Aber ebenso sicher ist es auch, daß das deutsche Volk wie

jedes Volk in allem seinen Tun und Handeln unter das Lebensgesetz seiner von Gott gegebenen Art gestellt ist und daß dieses Lebensgesetz mit eherner Unerbittlichkeit unbedingten Gehorsam fordert. So ist unser Blut unser Schicksal, und jedes Volk, das den Gesetzen seines Blutes nicht gehorcht, wird vom Schicksal verworfen. Die deutsche Ostsiedlung im Mittelalter ist trotz aller Hemmungen, die sich ihr entgegenstellten, nur deswegen so erfolgreich gewesen, weil sie der Lebensgesetzlichkeit unseres Volkes entsprang, weil sie — in des Wortes tiefster Bedeutung — eine Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes war. In diesem Sinne betrachtet, kann uns die Geschichte der deutschen Ostsiedlung entscheidende, richtunggebende Erkenntnisse vermitteln.

Es ist nicht die Absicht dieser kleinen Schrift, einen Abriß des zeitlichen Ablaufes der deutschen Ostsiedlung mit allen ihren Wechselfällen, ihrem Auf und Ab und schließlichem Versanden zu geben. In dieser Beziehung liegen eine Reihe von Darstellungen vor, die geeignet sind, den Wunsch nach einer Gesamtunterrichtung zu befriedigen. (Auf die wesentlichsten verweise ich in dem Schrifttumsverzeichnis am Ende dieser Schrift.) Ich will mich vielmehr in dem ersten Teil meiner Ausführungen auf die Herausarbeitung weniger Tatbestände von grundsätzlicher Bedeutung für die deutsche Volksentwicklung beschränken, die nicht immer, besonders was die Stellung und Leistung des deutschen Bauerntums im Rahmen der deutschen Ostsiedlung anbetrifft, mit der genügenden Schärfe herausgearbeitet worden sind. In dem zweiten Teil meiner Ausführungen

will ich versuchen, wenigstens in groben Umrissen die große Verwandlung zu schildern, die den deutschen Osten in seinem sozialen und wirtschaftlichen Aufbau so grundstürzend veränderte, daß es heute für den Rückblickenden außerordentlich schwer ist, sich ein unverfälschtes Bild von dem ursprünglichen Wesen des deutschen Ostens zu machen. Aus diesem Wandel ergeben sich für das künftige nationalsozialistische Aufbauwerk im Osten eine Fülle von Aufgaben, die zu den schwersten, aber auch meistversprechenden gehören, die die Vergangenheit dem Nationalsozialismus gestellt hat, zumal ja ihre Lösung nicht in dem Versuch einer Restauration bestehen kann.

I. Ostland — Bauernland

Das Ostsiedlungswerk — eine Gemeinschaftsleistung aller deutschen Stände

Die ostwärts gerichtete Ausweitung des deutschen Lebensraumes im Mittelalter, die das deutsche Volk vor einer Verkümmernng in atembeklemmender Raumenge bewahrt hat, ist — das muß vorweg betont werden — das Ergebnis des Zusammenwirkens aller deutschen Stände, bei dem jeder, Bauer, Bürger und Ritter, sein Bestes gab. Dieses Zusammenwirken war so eng und stark, daß es zeitweise selbst den Mangel einer kraftvollen, nach dem Osten ausgerichteten Reichspolitik auszugleichen schien. Die deutschen Städtegründungen im Ostseeraum von Lübeck bis hinauf nach Reval, zusammengeschlossen im Bunde der Hanse, lassen eine Zielbewußtheit und Großzügigkeit der Planung erkennen, die beweist, daß ihre Urheber von vornherein die Erschließung des gesamten Ostraums im Auge hatten. Der gleichzeitig in den Osten sich ergießende Strom deutscher Bauernsiedler aber verwandelte die landwirtschaftlich bisher ziemlich unergiebigcn Gebiete des Ostens in die große Kornkammer Europas. Das ostdeutsche Getreide war für die Hansestädte der Ostsee nicht nur wichtigstes Ausfuhrerzeugnis, sondern vor allem auch machtpolitische Waffe; denn der Westen und Norden

Europas waren von den ostdeutschen Getreidezufuhren in einem Maße abhängig, daß die Hanse praktisch damit ihren Brotkorb in der Hand hatte.

In diesem Zusammenhang bedarf es auch eines kurzen Hinweises auf die Bedeutung der zahlreichen Städtegründungen im Innern des Landes, zumal diese Städte heute vielfach ein unscheinbares Kleinstadtleben führen, das von ihrer früheren Bedeutung nichts mehr ahnen läßt. Auch in diesem Falle ist es unschwer, die zielbewußte Planung der Gründungstätigkeit zu erkennen. Jede dieser Städte bildet den natürlichen Mittelpunkt ihres ländlichen Bezirkes und erfüllt in ihm eine Doppelaufgabe. Einmal ist ihr Getreidehandel das unentbehrliche Zwischenglied des Getreideausfuhrhandels der Küstenstädte und sichert so dem ostdeutschen Bauern im Innern einen Absatz, den dieser, auf sich allein gestellt, sich nicht hätte erschließen können. Zum andern aber entfalteten gerade diese Binnenstädte ein blühendes Gewerbe, das das Bauerntum der Umgebung mit allem versorgte, dessen es bedurfte. Blüte und Wohlhabenheit dieser Binnenstädte hing so aufs engste mit dem Wohlstand des sie umgebenden Bauerntums zusammen. Als dieses später unter dem Drucke eines bauernfeindlichen Fremdrechtes immer stärker verkümmerte, wurde auch dem städtischen Gewerbe seine natürliche Lebensgrundlage entzogen. Land und Stadt, Bauer und Bürger ergänzten sich so in selten glücklicher Weise. Dieses Zusammenwirken wurde durch eine feste Markt- und Gewerbeordnung unterbaut, die, stets bemüht, jedem das Seine zu geben, gerade deswegen zu einem wahrhaften Werkzeug des gemeinen

Nutzens wurde. So bietet der deutsche Osten das Bild eines starken, ausgeglichenen Wirtschaftsgefüges. Auf der Grundlage eines starken Bauerntums erhebt sich ein blühender Kranz kleiner und großer Städte.

Der dritte Träger der Erschließung des deutschen Ostens, der Ritter, hatte seinen Platz und seine Aufgabe außerhalb dieses Wirtschaftsgefüges. Gewiß haben sich auch zahlreiche ritterliche Lokatoren als Dorfgründer betätigt. Die neuere Forschung hat aber ergeben, daß diese Seite der ritterlichen Betätigung lange Zeit sehr stark überschätzt worden ist. In der Regel beschränkte sich die wirtschaftliche Betätigung der Ritter zunächst darauf, aus ihrer außerhalb der Dorfflur liegenden Eigenwirtschaft die für ihren Lebensunterhalt notwendigen Mittel zu ziehen, und da für ihre Bewirtschaftung nur die Arbeitskraft der eigenen Knechte zur Verfügung stand, ergab sich schon daraus eine enge Begrenzung des ritterlichen Wirtschaftsbetriebes. Die für die Erschließung des Ostens so wichtige Leistung des deutschen Ritters lag nicht auf dem Gebiete der Wirtschaft, sondern des Kriegsdienstes. Was die deutschen Fürstengeschlechter der Welfen, Wettiner, Askanier u. a. im Kampf um die Weitung und Sicherung des deutschen Lebensraumes nach Osten geleistet haben, ist nicht zuletzt der Schwertkraft deutscher Ritterschaft zu verdanken. Aber selbst, wenn die deutschen Ritter an fremden Fürstenhöfen dienten, wirkten sie auf Grund ihrer überlegenen Leistung verdeutschend. Welch großartiger Kraftentfaltung die deutsche Ritterschaft fähig war, wenn ein zielbewußter politischer Wille ihren Einsatz leitete, das hat der

Deutsche Ritterorden im Preußenlande bewiesen. Seine Leistung ist mit der Erschließung des deutschen Ostraums untrennbar verknüpft.

Es bedeutet also keine Herabsetzung der ritterlichen Leistung, wenn man sie außerhalb der wirtschaftlichen Ebene sucht. Wenn trotzdem in späterer Zeit gerade die wirtschaftliche Seite der ritterschaftlichen Leistung nicht nur besonders stark hervor gehoben, sondern sogar außerordentlich übertrieben worden ist, so war das nichts anderes als der geschichtliche Rechtfertigungsversuch von Wirtschaftsverhältnissen, die sich erst nach Abschluß der Wiederbesiedlung des deutschen Ostens entwickelt haben und die die Begleit- und Folgeerscheinungen eines grundstürzenden Wandels der innerpolitischen Machtverhältnisse, der staatlichen Wehrordnung und des Einbruches des römischen Fremdrechtes waren. Das sei zunächst wenigstens angedeutet.

So bedeutsam aber, wie wir gesehen haben, die wirtschafts- und wehrpolitische Leistung deutscher Volkskraft für die Erschließung des deutschen Lebensraumes war, so hätte sie doch nie dieses Übergewicht bekommen, wenn mit ihr nicht gleichzeitig die Übertragung einer Rechtsordnung verbunden gewesen wäre, die durch ihren fein abgestimmten Zusammenklang von Rechten und Pflichten dem Osten das von anderen Völkern nie erreichte Vorbild freien Zusammenwirkens aller Volkskräfte im Dienste des gemeinen Nutzens bot. Der auf dem Leistungsgrundsatz aufgebaute deutsche Freiheitsbegriff gab jedem Stande, dem deutschen Bauern sowohl wie dem deutschen Bürger und Ritter, das ihm gebührende Eigenrecht. Er kannte kein

minderes Recht. Erst einer späteren Zeit blieb es unter dem Einfluß des römischen Fremdrechtes vorbehalten, aus der sozialen Verschiedenartigkeit des Rechtes eine soziale Verschiedenwertigkeit des Rechtes abzuleiten und so die Unfreiheit des Bauerntums von Rechts wegen zu konstruieren. Vor dieser Verfälschung des deutschen Rechtes aber war der Osten das gelobte Land der Freiheit für alle, die in ihrem Stande etwas Tüchtiges leisteten. Dieser Rechtsordnung vor allem war es zu verdanken, daß für die Völker des Ostens Deutschtum, Freiheit, Tüchtigkeit zusammenfallende Begriffe waren. Diese Rechtsordnung war das Rückgrat der überlegenen deutschen Kraft bei der Erschließung des Ostens.

So ist die erste große Lehre, die uns in der Geschichte der Ostsiedlung entgegentritt, die Erkenntnis, daß das große deutsche Kulturwerk im Osten auf dem engen Zusammenwirken aller deutschen Stände beruht. Alle mußten, damit das Werk gelinge, ihr Bestes geben; denn jeder trug zu dem Werke einen unentbehrlichen Teil bei. Erst durch die Zusammenfügung dieser Teile entstand ein organisches Ganzes, entstand jene segensreiche Ordnung, die allen und jedem zugute kam, weil in ihr jeder für alle und alle für jeden einstanden.

Bedeutung des Staates für die volkliche Siedlungsleistung

Indem wir so zunächst einmal das große Gesamtwerk der deutschen Ostsiedlung überblicken, müssen wir aber auch einen

großen Mangel feststellen, der für den Verlauf der Ostsiedlung entscheidend geworden ist: Immer wieder macht sich in der deutschen Reichspolitik das Fehlen eines genialen Führers bemerkbar, dem es gelungen wäre, das Gesamtwerk der Ostsiedlung in allen ihren Teilhandlungen einheitlich auszurichten und bewußt in den Dienst der Reichsgestaltung zu stellen.

Immer wieder kommt es in der deutschen Geschichte zu einem verhängnisvollen Zwiespalt zwischen dem südwärts gerichteten Bestreben, dem Deutschen Reiche am Mittelmeer die beherrschende Stellung zu sichern, die seiner Führungsaufgabe in Europa angesichts der damaligen politischen Schwergewichtsverteilung entsprach, und dem ostwärts gerichteten Drange des deutschen Volkes im Kampfe um die für die Entfaltung seiner Kraft unentbehrliche Weitung des deutschen Lebensraumes. Nur wenigen deutschen Kaisern ist es für kurze Zeit gelungen, mit starker Hand beide Bestrebungen so zusammenzufassen, daß sie sich gegenseitig ergänzten, stützten und steigerten. Daher ist die Frage durchaus berechtigt, ob es überhaupt auf die Dauer möglich war, diese beiden Bestrebungen erfolgreich zu vereinen. Eins kann aber auf jeden Fall festgestellt werden: So oft sich die deutsche Reichspolitik einseitig für eine der beiden Bestrebungen entschied, schlug dies stets dann zum Unheil des deutschen Volkes aus, wenn diese Entscheidung zu Ungunsten der Ostpolitik ausfiel; denn stets waren damit schwere Rückschläge verbunden, die nicht nur die deutsche Ostsiedlungsbewegung in ihrer weiteren Entfaltung hemmten, sondern auch das bisher Erreichte gefährdeten, ja teilweise zunichte machten.

Dabei braucht man nicht nur an jene vereinzelt kaiserlichen Phantasten zu denken, die in romantischem Überschwang Menschheitsbeglückungsideen huldigten, die einer realen Grundlage völlig entbehrten und ihre kaiserlichen Anhänger unbewußt zur Figur in dem politischen Spiel fremder Mächte machten.

So vollzog sich ein großer Teil der Ostsiedlung abseits von den Bahnen der Reichspolitik, ja zeitweise im Gegensatz zu der Reichspolitik. Sie wird auf diese Weise der Gegenstand landesfürstlicher Hausmachtpolitik, die die Siedlungsbewegung des deutschen Volkes geschickt ihren besonderen Zwecken dienstbar machte. Rückblickend können wir feststellen, daß infolge dieser Entwicklung die Ostsiedlungsbewegung zwar viel an Einheitlichkeit und Stoßkraft einbüßte, daß es aber andererseits der Aufnahme der vom Reiche vernachlässigten Ostpolitik durch die deutschen Landesfürsten zu danken ist, daß die Ostsiedlungsbewegung die notwendige Unterstützung durch die staatlichen Mächte der Zeit fand. In dem brandenburgisch-preussischen Staate erhielt schließlich die deutsche Ostsiedlung auch ihren festen staatlichen Unterbau, der das große Werk deutscher Volkskraft in den schweren Zeiten der Ohnmacht des Deutschen Reiches vor dem allgemeinen Zerfall bewahrte. Dadurch entstand im Osten, auf dem von den deutschen Siedlern erschlossenen Neuland ein Staatsbau, der nach dem Zerfall des mittelalterlichen Reiches Vorbild und Kristallisationskern eines neuen Reiches wurde.

Heute erscheint es uns bei oberflächlichem Zusehen so, als habe sich diese Entwicklung mit einer zwangsläufigen Sicherheit vollzogen, die gar nicht scheitern konnte. Sehen wir sie uns aber

näher an, so müssen wir sehr bald erkennen, wie oft die fehlende Unterstützung des Reiches zu harten Rückschlägen führte, die immer wieder das ganze Ostsiedlungswerk in Frage stellten. Dann erkennen wir auch, wie viele Möglichkeiten ungenutzt blieben, wieviele Gelegenheiten versäumt wurden. Dann erkennen wir vor allem, wieviel gute deutsche Volkskraft sich aufrieb, weil sie weit über den festen politischen Machtbereich deutscher Staatlichkeit hinausströmte und so der notwendigen staatlichen Unterstützung entbehrte. Auch im Osten sind auf diese Weise Hunderttausende deutscher Menschen, ja, wenn man ihre Nachkommen berücksichtigt, Millionen deutscher Menschen dem deutschen Volke und seinem Staate verloren gegangen, sei es, daß sie Kraft und Können fremden Herren dienstbar machen mußten, die sie stets nur solange schützten und förderten, als sie sich Nutzen davon versprachen, sei es, daß sie in hoffnungsloser Isolierung schließlich dem Druck ihrer fremdvölkischen Umgebung unterlagen, in ihr aufgingen und so dem fremden Volke die Kräfte zuführten, die dieses bis dahin zum Aufbau eines eigenen Staates entbehrte. Nicht zuletzt mit Hilfe dieser so dem deutschen Volke verlorengegangenen Kräfte holten die fremden Völker zum Gegenstoß gegen die deutsche Siedlungsbewegung aus.

Für diese Tatsache lassen sich nur zu zahlreiche Beispiele anführen. Ich darf mich mit einem einzigen begnügen, weil es mit symbolhafter Eindringlichkeit zu uns spricht:

In der Schlacht von Tannenberg im Jahre 1410 — ich folge hier der Darstellung Kurt Lücks — stehen dem nur 30 000 Mann

starken Heer des Ordensstaates in dem aus einem bunten Völkergemisch zusammengesetzten, fast doppelt so starken Herrn Jagiellos auch zahlreiche Deutsche, meistens an führender Stelle, gegenüber. Der von den Polen viel gefeierte Held des Tages, der einen Hauptanteil an dem siegreichen Ausgange der Schlacht hatte, Sindram von Maszkowice, stammte aus einem deutschen Bürgergeschlecht in Kleinpolen. Der Bannerträger der Ritterschaft war Martin von Wrocimowice, nachweislich der Bruder einer deutschen Bürgerfrau namens Stecher in Lemberg, also auch ein in Polen ansässiger Deutscher. Außerdem sind uns eine Reihe von Verleihungsurkunden überliefert, in denen die Waffentaten deutscher Mitkämpfer in den Reihen Jagiellos gerühmt und belohnt werden. So erhielt u. a. der deutsche Edelmann Fredro für seinen Heldenmut die beiden Dörfer Fredrowce und Schurza in Podolien, der deutsche Bürger Nicolaus Schawer aus Below wurde in den Adelsstand erhoben usw. Von entscheidender Bedeutung war auch die Tatsache, daß die deutschen Städte des damaligen polnisch-litauischen Doppelreiches den größten Teil der ohne ihre Hilfe unerschwinglichen Kosten des Feldzuges aufbrachten, so Lemberg allein 48 000 polnische Silbergroschen, eine in damaligen Zeiten selbst für eine reiche Stadt recht stattliche Summe.

So ist die zweite große Lehre, die uns in der Geschichte der Ostsiedlung entgegentritt, die Erkenntnis, daß auf die Dauer auch die stärkste volkliche Siedlungskraft des starken Schutzes und der festen Führung durch einen machtvollen Eigenstaat nicht entbehren kann, wenn die volkliche Sied-

lungsleistung wirklich dem eigenen Volksleben zugute kommen soll. Gerade bei der Siedlungstätigkeit eines Volkes zeigt sich immer wieder der enge, sich gegenseitig befruchtende Lebenszusammenhang zwischen Volk und Staat. Alle Staatlichkeit baut sich letzten Endes auf der volklichen Siedlungsleistung auf. Umgekehrt bedarf aber auch die volkliche Siedlungsleistung der festen Rüstung eines starken Eigenstaates, um sich voll zu entfalten und ungestört zu behaupten; denn keinem noch so friedliebenden Volke bleibt im Laufe der Zeiten die Schicksalsstunde erspart, wo es mit der Schärfe des Schwertes das heilige Recht auf den Boden verteidigen muß, den die Arbeit des Pfluges erwarb. Siedlerbewegungen, denen der Rückhalt eines starken volklichen Eigenstaates fehlt, geraten nicht nur in Gefahr, für fremden Nutzen ausgebeutet zu werden, sondern sind dauernd in ihrem Volkstum bedroht, dauernd in Gefahr, zum Kulturdünger fremder Völkerschaften zu werden.

Die zentrale lebensgesetzliche Funktion der deutschen Bauernsiedlung

So notwendig es ist, die deutsche Ostsiedlung als Gesamtleistung der deutschen Nation, ihrer volklichen und staatlichen Kräfte zu begreifen, ebenso notwendig ist es aber auch, stets sich der zentralen Funktion der Bauernsiedlung innerhalb der deutschen Ostsiedlung bewußt zu bleiben.

Die Beherrschung eines Raumes ist auf die Dauer ohne die Beherrschung des Grund und Bodens nicht denkbar. Herr des

Bodens ist aber auf die Dauer nur der, der diesen Boden bearbeitet: der Bauer. Friedrich Griese, eines ostdeutschen Bauern Sohn, hat dieser lebensgesetzlichen Erkenntnis mit dichterischer Eindringlichkeit in dem Vierzeiler Ausdruck gegeben:

„Einer ist Herr der Scholle: Der ihr Diener ist,
der von Tag zu Tag dies nicht vergißt,
daß sie älter noch als jedes alte Geschlecht.
Herr des Ackers hieß immer: Der Erde Knecht.“

Aus dieser Verbindung von Mensch und Scholle, Blut und Boden erwuchs dem deutschen Volke in seinem Bauerntum ein Kraftquell, der sich im Laufe der Geschichte noch immer als ein Jungbrunnen deutscher Volkskraft bewährt hat.

Nirgends kommt einem diese Tatsache eindringlicher zum Bewußtsein als bei Betrachtung der deutschen Ostsiedlungsgeschichte. Wenn sich der deutsche Volksboden so weit nach Osten erstreckt, wie das heute der Fall ist, — über zwei Fünftel des deutschen Volksbodens sind durch die mittelalterliche Siedlungsbewegung erschlossenes Neuland — so ist dies einzig und allein der biologischen Expansionskraft der deutschen Bauernsiedler zu verdanken.

Die zu Beginn des 14. Jahrhunderts im Deutschen Reiche vor sich gehenden sozialen Umschichtungen und politischen Auseinandersetzungen, auf die ich in diesem Zusammenhang nicht näher eingehen kann, lassen den deutschen Siedlerstrom nach dem Osten für lange Zeit versiegen. Die deutsche Siedlungsbewegung drohte ins Stocken zu kommen. In dieser entschei-

denden Stunde erwies sich die Lebenskraft der bereits angesiedelten deutschen Bauern als stark genug, um diese Hemmung aus sich heraus zu überwinden und das bedrohte Siedlungswerk fortzusetzen. Jeder ostdeutsche Bauernhof entsandte in diesen Jahren mehrere Söhne und Töchter, neues Land unter den Pflug zu nehmen, neue Höfe zu gründen, die Lebensstätten junger Familien, deren Kinder und Kindeskinde wiederum weiter nach Osten vordrangen, neues Land unter den Pflug nahmen, neue Höfe gründeten. So geht von den Altsiedlerhöfen ein ununterbrochener Blutstrom aus, dem wir die Weite des deutschen Ostens verdanken.

Ich möchte diesen für die deutsche Volksentwicklung so entscheidenden Vorgang nur an zwei Beispielen näher erläutern, die nicht zuletzt deswegen so eindringlich sind, weil sie aus ganz verschiedenen landschaftlichen und politischen Verhältnissen entnommen sind, an Ostpreußen und dem Banat:

Schon für das ostpreußische Gebiet, das die deutsche Ordenssiedlung zunächst etwa bis zum Jahre 1320 erschloß, das Land zwischen der Weichsel und der ermländischen Nordostgrenze, stellten die Siedlersöhne und -töchter aus dem nordelbischen Kolonialgebiet (mit Lübeck als Mittelpunkt), aus den Wettinischen Landen und aus Schlesien einen wesentlichen Anteil, wenn nicht den Hauptanteil der Siedler, die dem Rufe des Deutschen Ritterordens folgten. Als dann zu Beginn des 14. Jahrhunderts dieser Siedlerstrom immer stärker abebbte, um schließlich fast ganz zu versiegen, da führen die vom Deutschen Ritterorden bereits angesetzten deutschen Bauernsiedler das

Werk mit ungebrochener Kraft weiter. Auf diese Weise stammen die deutschen Neusiedler östlich der ermländischen Nordostgrenze zu 90 v. H. aus dem Gebiet der ersten Siedlungsperiode des Deutschen Ritterordens. So verdanken wir es der raumgreifenden Blutskraft der ersten deutschen Bauernsiedler in Ostpreußen, daß das Ordensland nicht eine kleine, lebensunfähige Volkstumsinsel geblieben ist, stets bedroht, von dem andringenden Slawentum überflutet zu werden.

Diese Expansionskraft, die alle ostdeutschen Bauernsiedler auszeichnet, ist um so bemerkenswerter, als die Ostsiedlung — was wir uns nicht immer mit genügender Deutlichkeit klar machen — ungeheure Blutopfer gefordert hat; denn immer wieder muß die neue Heimat unter Einsatz des Lebens verteidigt werden. Immer wieder verheeren aus dem Osten eingeschleppte Seuchen das Land. Für das Mittelalter liegen uns über das Ausmaß der Kriegs- und Seuchenverheerungen keine greifbaren Zahlen vor. Zweifellos sind aber — das können wir den vorhandenen Berichten mit Sicherheit entnehmen — die Opfer außerordentlich hart gewesen.

Für die neuere Zeit aber besitzen wir wenigstens vereinzelte Unterlagen, die uns eine ungefähre Vorstellung von der Größe der Blutopfer vermitteln, die der Kampf um den Lebensraum im Osten erforderte. Durch den schwedisch-polnischen Krieg und den von den Polen veranlaßten Tartareneinfall wird Ostpreußen um die Mitte des 17. Jahrhunderts ungeheuer verwüstet. Allein in der kurzen Zeitspanne vom Herbst 1656 bis Wintersende 1657 werden 13 Städte und 249 Flecken und Dör-

fer bis auf die Grundmauern niedergebrannt, 23 000 Menschen werden erschlagen, 34 000 als Sklaven verschleppt. Eine furchtbare Pestseuche rafft die durch Hungersnot geschwächten Einwohner in Massen dahin. Sie erfordert in wenigen Wochen über 80 000 Opfer. Auf diese Weise wurde Ostpreußen eines Drittels seines Menschenbestandes beraubt. Weite Gebiete glichen einer Einöde. Die Überlebenden aber boten ein Bild des Elends und Jammers.

Trotz dieser bis ins Mark gehenden Erschütterung erholt sich Ostpreußen verhältnismäßig rasch. Bis zum Ende des 17. Jahrhunderts, also in wenigen Jahrzehnten, werden die geschilderten schweren Blutsverluste wieder ausgeglichen. Besonders der Große Kurfürst ist mit Erfolg bemüht gewesen, neue Siedlerscharen nach Ostpreußen zu lenken. Im Drange der Not konnte er nicht immer so wählerisch sein, wie es die Sache geboten hätte, und so befand sich unter den neuen Siedlern auch viel Treibholz, das keinen Fuß faßte. Es ist bis zu einem gewissen Grade verständlich, daß in erster Linie diese Siedlungsaktionen die Aufmerksamkeit der Geschichtsschreibung gefunden haben. Dazu verleitet ja schon die Fülle der Dokumente, die über sie existieren. Dagegen ist aber viel zu wenig eine andere Tatsache, die dokumentarisch allerdings nur einen geringen Niederschlag gefunden hat, gewürdigt worden, nämlich die Tatsache, daß die Bedeutung des Siedlerzustroms im Vergleich zu der Erneuerungskraft, die die ostpreußische Bevölkerung aus eigenem Blut entwickelt hat, doch verhältnismäßig gering wiegt. Dieser ist es in erster Linie zu verdanken, daß es bis zur Wende

zum 18. Jahrhundert gelang, den alten Bevölkerungsstand wieder annähernd zu erreichen.

Da traf Ostpreußen ein neuer schwerer Schlag. Wieder verheert eine fürchterliche Pestseuche das Land. Durch sie werden in den Jahren 1709–1711 über 240 000 Menschen, d. h. etwa 40 v. H. der Einwohner dahingerafft. Etwa 11 000 Bauernhöfe werden völlig menschenleer. Aber schon gegen Ende des Jahres 1711 sind 4241 wüste Stellen, d. h. über ein Drittel der verödeten Bauernhöfe, wieder mit ostpreußischen Jungbauernfamilien besetzt, so groß war noch immer trotz des erneuten schweren Verlustes die blutliche Erneuerungskraft des ostpreußischen Bauerntums. Freilich war diesmal ein neuer Blutzustrom notwendiger denn je. Mit bewundernswerter Energie widmen sich die beiden großen Hohenzollernkönige Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. dieser Aufgabe. Sie leitet dabei die Erkenntnis, der Friedrich Wilhelm in dem lapidaren Satze Ausdruck gegeben hat: „Menschen erachte ich vor den größten Reichtum.“

Unter der Regierung dieser beiden Preußenkönige werden in Ostpreußen 30 000 Bauernfamilien aus dem Mutterlande neu angesiedelt. Die belebende Kraft dieses Siedlungswerkes äußert sich trotz neuer schwerer Kriegerschütterungen in einem geradezu einzigartigen Anwachsen der ostpreußischen Bevölkerung. Von 400 000 Einwohnern im Jahre 1720 stieg sie auf 837 000 Einwohner im Jahre 1775 und auf 931 000 Einwohner im Jahre 1800. Während sich so in Ostpreußen die Bevölkerung auf der Grundlage einer zielbewußten Bauernsiedlung in 80 Jahren um 225 v. H. vermehrte, stieg beispielsweise in dem

reicheren Sachsen von 1700 bis 1800, also in 100 Jahren, die Bevölkerung nur um 38 v. H.

Ebenso eindringlich wie das ostpreußische Beispiel spricht die Geschichte des Banats zu uns. Als nach den Türkenkriegen deutsche Bauernsiedler aus den oberrheinischen Gebieten, Württemberg, Westfalen und Braunschweig ins Land gerufen wurden, fanden sie in der Umgebung von Temesvar ein Sumpfgebiet, dessen Lebensfeindlichkeit scheinbar jeden Versuch der Urbarmachung zum Scheitern verurteilte. Trotzdem gelang es deutscher Bauernkraft, diese Fiebersümpfe, die einst jedes Leben unmöglich machten, in wenigen Jahrzehnten in eine reiche Kornkammer zu verwandeln, deren Fruchtbarkeit bald sprichwörtlich werden sollte.

Von den ersten deutschen Bauernsiedlern im Banat stammt der Spruch:

„Hier ist das Banat.
Den es reut,
ist zu spat.
Der nicht arbeiten
kann wie ein Gaul,
fressen wie eine Sau,
bellen wie ein Hund,
der wird im Banat nit gesund.“

Dieser Spruch schildert in vortrefflicher Weise den Menschen-
schlag, der allein unter so widrigen Umständen sich behaupten
und durchsetzen konnte. Aber die Kraft der ersten Bauern-
siedler im Banat hätte doch erlahmen müssen, wenn sie sich

nicht in ihren Kindern und Kindeskindern sehr bald vervielfacht hätte; denn in den ersten Jahren des Urbarmachungswerkes rafften Seuchen einen großen Teil der Bauernsiedler, in einzelnen Dörfern 75 v. H. der Bewohner, dahin. Trotz dieser schweren Blutsverluste hat sich die Zahl der deutschen Bauernsiedler im Banat in einem Jahrhundert mehr als versiebenfacht. Dementsprechend wuchs auch ihr Landbesitz weit über die ihnen einst zugewiesene Fläche hinaus. Von ihren geschlossenen deutschen Siedlungen ausgehend, faßten sie bald in den fremdvölkischen, meist rumänischen Nachbardörfern Fuß, bildeten zunächst eine kleine Minderheit, um in wenigen Generationen zur Mehrheit anzuwachsen und die einst fremden Dörfer fest in die Hand zu bekommen. Der auf diese Weise gewonnene neue Volksboden kann nur geschätzt werden; doch dürfte eine Verfünffachung des ursprünglichen Siedlungsraumes eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sein.

Es gibt noch weitere zahlreiche Beispiele, die ähnlich eindrucksvoll für die lebenserneuende, raumweitende Kraft deutscher Bauernsiedlung zeugen. Aber schon diese beiden Beispiele genügen, um zu zeigen, daß die Erkenntnis von der lebensgesetzlichen Bedeutung des Bauerntums als des Blutquells des deutschen Volks, die Reichsbauernführer Darré zum Ausgangspunkt der nationalsozialistischen Agrarpolitik gemacht hat, keine verstiegene Romantik, sondern höchste politische Realität ist, ein Grundgesetz deutscher Volkspolitik, das zu mißachten völkischer Selbstmord bedeutet.

Die lebensgesetzliche Bedeutung der deutschen Bauernsied-

lung für das deutsche Volksschicksal beweist aber auch die Geschichte der deutschen Stadtgründungen im Osten. Viele der im Mittelalter gegründeten, einst so blühenden deutschen Städte sind im Laufe der Zeit dem Deutschtum wieder verlorengegangen. Ihren deutschen Ursprung kennt vielfach nur noch der Historiker oder der Besucher, der unerwartet auf ehrwürdige deutsche Baudenkmäler als Zeugen des deutschen Ursprunges stößt. An andern Stellen wurde das deutsche Bürgertum in eine Minderheit gedrängt, die ihre besten Kräfte in stetem Abwehrkampfe einsetzen mußte. Nur wo sich deutsches Bürgertum auf einer breiten deutschen bäuerlichen Schicht aufbaute, wo die deutschen Städte ein Ring deutscher Bauerndörfer umgab, der sie sicherer als die festesten Mauern und Wälle, besser als die strengsten Stadt- und Zunftordnungen vor fremdvölkischer Unterwanderung und innerer Aushöhlung schützte, nur da haben diese Städte ihre Deutschheit über alle Wechselfälle der Geschichte unerschüttert behauptet. So zeigt gerade das Schicksal der deutschen Stadtgründungen im Osten uns erneut die Bedeutung des Bauerntums als Quell und Schutz der völkischen Lebenskraft.

Die dritte große Lehre, die uns in der Geschichte der Ostsiedlung entgegentritt, ist daher die Erkenntnis, daß eine starke Bauernsiedlung das unentbehrliche Rückgrat jedes dauerhaften Siedlungswerkes bildet. Neugewonnene Räume sind erst dann dem deutschen Volke für immer gesichert, wenn sie deutsches Bauernland geworden sind.

Ich wiederhole daher, was ich zu Beginn dieses Abschnittes

ausführte: So notwendig es ist, die deutsche Ostsiedlung als Gesamtleistung der deutschen Nation, ihrer volklichen und staatlichen Kräfte zu begreifen, ebenso notwendig ist es auch, stets sich der zentralen Funktion der Bauernsiedlung innerhalb der deutschen Ostsiedlung bewußt zu bleiben. Das besagt aber nicht mehr und nicht weniger, als daß das deutsche Ostsiedlungswerk der Zukunft seine Ausrichtung und Gestaltung von den Lebensnotwendigkeiten der Bauernsiedlung her erhalten muß. Die deutsche Geschichte lehrt, daß überall dort, wo dies nicht der Fall war, das Siedlungswerk trotz verheißungsvoller Ansätze und bestechender Anfangserfolge schließlich doch gescheitert ist.

Allerdings müssen wir uns auch noch einer zweiten Tatsache mit dem gleichen Ernst bewußt bleiben: Nur ein kinderreiches Bauerntum kann der großen Aufgabe gerecht werden, die das Lebensgesetz des deutschen Volkes ihm stellt, auch wenn das nationalsozialistische Reich mit seiner starken Wehr den deutschen Bauernsiedlern, die der Osten erneut ruft, die schweren Blutopfer ersparen wird, die die Siedlungsbewegung der Vergangenheit erforderte. Das zukunftsweisende Wort des Führers: „Das Dritte Reich wird ein Bauernreich sein — oder es wird vergehen wie die Reiche der Hohenstaufen und Hohenzollern“ ist nicht nur eine stolze Verheißung, sondern schließt in sich auch eine ernste Mahnung, einen Appell an das deutsche Bauerntum, sich stets seiner lebensgesetzlichen Verantwortung dem ganzen deutschen Volke gegenüber bewußt zu bleiben und ihr gemäß das eigene Leben zu gestalten.

Auch an das deutsche Bauerntum und — angesichts seiner

besonderen Verantwortlichkeit — vor allem an das deutsche Bauerntum hat Reichsbauernführer Darré die ernste Forderung nach „Neuordnung unseres Denkens“ gerichtet, indem er uns mit größter Eindringlichkeit ins Bewußtsein rief: „Der einzige und wahre Reichtum unseres Volkes ist sein gutes Blut. — Was wir sind und was wir als Volk noch werden können, bestimmt unser Blut. — Die Bejahung der Lebensgesetze unseres Volkes, die Verehrung der Ahnen, welchen wir unser Blut verdanken, und die in ahnenverantworteter Zucht geborenen Kinder aus unserm Blut sind die neuen Tafeln zu einem neuen deutschen Zeitalter.“

Das Erbhofrecht als Triebkraft der Ostsiedlungsbewegung

Im Verlauf meiner Ausführungen habe ich bereits mehrfach auf die Bedeutung der das deutsche Volk bedrückenden Raumenge für die deutsche Siedlungsbewegung hingewiesen. Diese Raumenge ist bereits für die Lage der germanischen Vorfahren unseres Volkes kennzeichnend, und die großen Bauernwanderungen, die die germanisch-deutsche Geschichte in allen großen Entwicklungsabschnitten kennzeichnen, sind die Folge dieser Raumenge, die den germanischen Völkerschaften und später dem deutschen Volke die unentbehrliche Lebensluft abzuschnüren drohte. Doch wäre es grundfalsch, sich mit dieser Erklärung, so wichtig diese für die Erkenntnis der Sachlage ist, begnügen zu wollen. Ein solcher Versuch würde zu einer Milieu-

theorie führen, die die entscheidenden geistigen und seelischen Triebkräfte der germanisch-deutschen Bauernwanderungen unbeachtet läßt.

Schon wenn wir den Begriff der Raumenge einmal etwas schärfer unter die Lupe nehmen, so stoßen wir sehr bald auf die zu denkegebende Tatsache, daß offensichtlich nur in Ausnahmefällen herrschender oder drohender Nahrungsmangel den zwingenden Anstoß zur Wanderung gab. Der Raum wird dem germanischen Bauern zu eng, weil er den zahlreichen Nachkommen nicht mehr eine Lebensführung nach der Väter Art als freien Bauern auf stattlichen, unteilbaren Erbhöfen gestattet. Es ist also eine ganz bestimmte Auffassung vom Leben und seinen Werten, nicht des Leibes Notdurft, die der ausschlaggebende Beweggrund der großen germanisch-deutschen Bauernwanderungen ist.

Diese Lebensauffassung findet ihren Niederschlag in einem Bodenrecht, dem Odalrecht, das die unantastbare Geschlossenheit der bäuerlichen Stammhöfe mit kaum überbietbarer Strenge sichert und die weichenden Erben auf die Schaffung eines Neubauernhofes als einzigen Weg zur Selbständigkeit verweist. Diese durch das Odalrecht geradezu erzwungene stete Neubildung germanischen Bauerntums war die eigentliche Triebkraft der großen germanischen Bauerntrecks, die zu einer völligen Umgestaltung der politischen Ordnung Europas führten, einer Neuordnung, die in der Durchdringung der europäischen Mitte und der Gründung des Deutschen Reiches ihren Abschluß fand. Aber auch das werdende Deutsche Reich hätte niemals seine

überlegene Vormachtstellung in Europa erreicht und behauptet, wenn nicht abermals, wie wir gesehen haben, ungezählte deutsche Bauerntrecks mit zäher Stoßkraft, die sich auch durch harte Rückschläge nicht abschrecken ließ, den deutschen Lebensraum allmählich immer weiter nach Osten geweitet hätten. So bildete die Auffassung des germanisch-deutschen Bauern vom Leben und seinen Werten zweifellos den stärksten Aktivposten germanisch-deutscher Raumpolitik.

Diese Lebensauffassung aber war blutsbedingt und in dieser scharfen Ausprägung einzigartig. Besonders in der germanisch-deutschen Umwelt gehen die Bauerntümer der anderen Völker einen grundverschiedenen Entwicklungsweg, der von einer Selbstgenügsamkeit vorgeschrieben wurde, die sich mit dem härtesten Druck abfand, wenn nur des Leibes Notdurft befriedigt wurde. Dementsprechend begnügt sich auch das von ihnen entwickelte Bodenrecht im besten Falle damit, die unentbehrlichen Handhaben für eine ordnungsgemäße Verteilung oder Verwaltung des vorhandenen Landes durch Realteilung oder Entwicklung eines Familien- oder Gemeindegemeinschafts zu geben. Dies führte besonders bei den dem deutschen Volke benachbarten Slawenvölkern zu der Ausbildung eines Kleinbauerntums, dem trotz stärkster Menschenzusammenballung im engsten Raum die raumweitende Stoßkraft der germanisch-deutschen Bauern mit ihren höheren Lebensansprüchen fehlte. Auch dieses Kleinbauerntum verharrt nicht bewegungslos in dem ihm zuteil gewordenen Raum. Aber seine Wanderungsbewegung ist grundverschieden von der der germanischen

Bauerntrecks, die sich stets durch eine zielstrebige organisatorische Höchstleistung und feste Kampfbeschlossenheit auszeichnet haben.

Dieses Kleinbauerntum kämpft nicht, weder gegen eine widrige Natur noch sich ihm entgegenstellende Menschen. Es begnügte sich stets damit, in die leeren Räume langsam einzusickern, die von Natur aus für den Ackerbau besonders günstig oder von bäuerlichen Vorbewohnern geräumt worden waren, oder aber es unterwanderte diejenigen Gebiete, in denen eine dünne Herrschicht fremder Arbeitskräfte bedurfte. Es greift also trotz seiner großen Zahl nur in die Räume über, deren Durchdringung keiner besonderen raummeisternden Fähigkeiten bedarf. Diese aber waren es gerade, die den germanisch-deutschen Bauern vor allen andern auszeichneten und ihm ein gutes Recht auf die Erschließung der von andern Völkern brachliegen gelassenen Räume gab.

Der Antrieb zu dieser für das deutsche Volksschicksal so entscheidenden Leistung ging — das muß festgehalten werden — von dem bäuerlichen Lebensideal aus, das, in dem germanisch-deutschen Erbhofrecht seinen stärksten sittlichen und praktischen Ausdruck fand. Das gilt auch von der Wiederbesiedlung des Ostens durch das deutsche Bauerntum im Verlauf des Mittelalters. Der Osten bot dem deutschen Bauerntum des Mittelalters nicht nur den notwendigen Raum zur Entfaltung seiner überschüssigen Lebenskraft. Seine besondere Anziehung bestand in den außerordentlich günstigen Rechtsbedingungen, unter denen sich die neue Landnahme vollzog. Sie bildeten die Grund-

lage für die Entstehung eines neuen deutschen Freibauerntums im Osten zu einem Zeitpunkt, da sich das Bauerntum im alten Reichsgebiet erst langsam und mühsam aus den Fesseln des karlingischen Feudalsystems, das ja den Bestand des Karlingerreiches lange überdauerte, zu befreien begann. Der Osten war für den deutschen Bauern des Mittelalters das gelobte Land der Bauernfreiheit.

Erst diese Tatsache erklärt die ungeheure Stößkraft der bäuerlichen Siedlungsbewegung. Die deutschen Bauernsiedler des Mittelalters suchten nicht nur Neuland an sich, sondern Land zu bestimmten Rechtsbedingungen, die ihnen und ihren Kindern und Kindeskindern ein artgemäßes Freibauerndasein sicherten. Erst wenn man diese Tatsache berücksichtigt, wird die Zähigkeit verständlich, mit der die deutschen Bauernsiedler vielfach in mühseliger Arbeit durch Generationen der Wildnis das notwenige Ackerland zum Leben abrangen.

„Der Erste arbeitete sich tot,
der Zweite litt noch Not,
der Dritte erst hat Brot“

verkündet ein alter Siedlerspruch. Dieses so mühsam erkämpfte Brot aber — das war das Entscheidende — wurde in Freiheit genossen. Seine Freiheitsliebe machten den deutschen Bauern zum Kulturpionier des Ostens. So verbreiteten die deutschen Bauernsiedler das deutsche Freibauernrecht bis weit in den Ostraum hinein, und umgekehrt wurde das deutsche Freibauernrecht zum Träger der mittelalterlichen bäuerlichen Siedlungsbewegung.

Auch in der folgenden Zeit erwies sich, wohin wir auch im Osten blicken, das deutsche Bauernrecht als stärkste Triebkraft der bäuerlichen Siedlerbewegung. Die großen Erfolge der Siedlungspolitik Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II. in Preußen und Maria Theresias und Josephs II. in Österreich beruhen nicht zuletzt auf der bewußten Ausbildung eines neuen Bauernrechtes, das den ins Land gerufenen Siedlern Rechte verlieh, die ihnen im Zeitalter der Leibeigenschaft eine überlegene Sonderstellung verschafften und so im Osten die Grundlage für die Entstehung eines neuen Freibauerntums schufen, dessen kulturelle Leistungen der beste Beweis für die belebende Kraft eines artgemäßen Bauernrechtes war.

Auch als der polnische Adel infolge seines ausschweifenden Luxuslebens und seiner zügellosen Mißwirtschaft sich gezwungen sah, um sich vor völligem Ruin zu bewahren, neue deutsche Bauernsiedler ins Land zu rufen, bildete wiederum das deutsche Bauernrecht die stärkste Triebkraft der neuen, zweiten großen deutsch-bäuerlichen Einwanderungswelle, die gegen Ende des 16. Jahrhunderts einsetzte und der wir die dauernde Erschließung des größten Teils des deutschen Volksbodens im früheren polnischen Staatsbereich verdanken. In den deutschen Schulzendörfern und ausgeprägter noch in den sogenannten Holländereien entwickelten sich Rechtsformen, die in allen Grundzügen dem mittelalterlichen deutschen Kolonistenrecht glichen. Die Leistungen der zweiten großen deutsch-bäuerlichen Einwanderungswelle bewahrten damals Polen vor dem völligen landwirtschaftlichen Ruin.

Aus all diesen Tatsachen ergibt sich als vierte große Lehre, die uns in der Geschichte der Ostsiedlung entgegentritt, die Erkenntnis: Triebkraft der bäuerlichen Siedlungsbewegung ist das artgebundene bäuerliche Lebensideal und das ihm entsprechende deutsche Erbhofrecht, das keine Zersplitterung der bäuerlichen Höfe und damit ein Versinken in die Kümmerlichkeit eines Zwergbauerntums zuließ. Das Erbhofrecht hat auf diese Weise die überschießende Blutskraft des deutschen Bauerntums für eine stete neue Landnahme, für eine ständig fortschreitende Weitung des deutschen Lebensraumes mobil gemacht. So geht, nachdem die Neusiedler im fremden Land Fuß gefaßt haben, das Siedlungswerk aus eigener Kraft auch ohne neuen Zuzug unentwegt weiter, da das Erbhofrecht immer neue Kräfte freimacht. Das Erbhofrecht bewährt sich also als stete Triebkraft zur Neubildung des deutschen Bauerntums.

Das Erbhofrecht verleiht den bäuerlichen Ostsiedlern einen gesicherten Wohlstand, der sich in höherer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit äußert und den deutschen Bauern vielfach eine ausgesprochene Herrenstellung, immer eine starke soziale und kulturelle Überlegenheit verschafft. Die durch das Erbhofrecht gesicherte soziale und kulturelle Sonderstellung der deutschen bäuerlichen Ostkolonisten innerhalb ihrer slawischen Umgebung ist zugleich der beste Schutz gegen fremdvölkische Vermischung, gegen eine Aufsaugung durch das sie umgebende fremde Volkstum; denn jede Vermischung mit fremdem Blut bedeutet ein soziales und kulturelles Absinken. Das Erbhofrecht ist also der sichere Schutz des deutschen Bluterbes.

Zusammenfassend ist festzustellen: Das Erbhofrecht gewährleistete die Ausübung der lebensgesetzlichen Funktion von Blut und Boden. Ohne das Erbhofrecht wäre der die ganze deutsche Zukunft bestimmende Erfolg der Ostsiedlungsbewegung undenkbar gewesen. Daher sieht auch die nationalsozialistische Agrarpolitik das Reichserbhofgesetz nicht nur vom Standpunkt der Erhaltung des alteingesessenen Bauerntums aus, sondern vor allem auch unter der Perspektive der notwendigen Neubildung deutschen Bauerntums. Für die endgültige Eindeutigung der wieder- und neugewonnenen Ostgebiete hat so das Reichserbhofgesetz entscheidende Bedeutung.

Die Genossenschaft – Trägerin der bäuerlichen Selbstverwaltung, Rückgrat der bäuerlichen Leistung

Das bäuerliche Erbhofrecht fand seine natürliche und notwendige Ergänzung und Unterstützung in einer Fülle genossenschaftlicher Einrichtungen, die ihren festen Mittelpunkt in der starken Rechtsstellung der Dorfgemeinde hatten. Die Dorfformen, die die ostdeutschen Bauernsiedler entwickelt haben, geben schon äußerlich ein eindrucksvolles Bild von der Geschlossenheit dieser Dorfgemeinden. Ihr dörfliches Genossenschaftsrecht haben selbst die deutschen Siedler zu wahren gewußt, die sich, wie beispielsweise in Polen, in einem fremden Staatsbereich niederließen. Ohne die Zusicherung des deutschen Erbhofrechtes und des deutschen Gemeinderechtes, das dem

deutschen Siedler Eigengerichtsbarkeit und Selbstverwaltung sicherte, wäre wohl kein deutscher Bauer dem Ruf in die Fremde gefolgt. Herzog Wladislaus Odonicz wußte schon, warum er es tat, wenn er in einer Gründungsurkunde versicherte: „Wir wissen, daß gerade die Anhänglichkeit an die Gesetze der Väter und die Freude, sie zu besitzen, so groß ist, daß wir den Ansiedlern ihr deutsches Recht in seinem ganzen Umfang gewähren.“

Das Lebenszentrum des deutsch-bäuerlichen Gemeinderechtes bildete das Dorfgericht. Es ist nicht nur Träger der dörflichen Eigengerichtsbarkeit, sondern vor allem auch der bäuerlichen Selbstverwaltung. Ihm lag die Nutzungsregelung des Gemeindeeigentums an Wald und Weide ob. Seiner Kontrolle war jeder Besitzwechsel der Bauernhöfe sowohl zu Lebzeiten der Besitzer als auch durch Vererbung unterworfen. Wohl steht dem Dorfgericht ein von dem Grundherrschaft eingesetzter Erbschulze vor. Aber der Erbschulze ist lediglich der ständige Vorsitz des Dorfgerichtes von Amts wegen. Die Rechtsfindung dagegen ist Aufgabe der von der Dorfgemeinde gewählten bäuerlichen Schöffen. Die Spuren ihres Wirkens sind unter der Vorherrschaft des römischen Fremdrechtes im Zeitalter der Leibeigenschaft so gründlich ausgetilgt worden, daß vielfach selbst die Erinnerung an sie verloren ging. Von den deutschen Dorfgemeinden in Polen sind uns aber mehrere Gemeindeordnungen, sogenannte Dorfwillküren und Schöffenbücher erhalten, die uns über das Wirken der Dorfgerichte berichten. Sie sind ein lebendiger Spiegel bäuerlicher Rechtsauffassung, ein eindringliches

Zeugnis für die Bedeutung eines Besitzrechtes, das auf dem Gedanken der Verpflichtung der Sippe und der Gemeinde gegenüber aufgebaut ist. Wenn man unter Sozialismus zunächst und vor allem die praktische Verwirklichung des sittlichen Gebotes versteht, daß Gemeinnutz vor Eigennutz geht, dann darf man mit Fug und Recht die Rechtsprechung dieser Dorfgerichte als sozialistisch bezeichnen.

So fand der einzelne in seiner Dorfgemeinde einen festen Halt. In der bäuerlichen Dorfgenossenschaft trat wirklich jeder für alle und alle für jeden ein. Selbstverständlich hat es auch in ihr immer wieder einmal Eigenbrötler und Abseitsgänger gegeben; aber die Dorfgenossenschaft wachte mit geradezu eifersüchtiger Unerbittlichkeit darüber, daß, wenn es not tat, jeder auf seinem Posten im Dienste der Gemeinschaft stand. So zeichnete die deutschen Dorfgemeinden eine Einmütigkeit des Wollens und Handelns aus, die bei den polnischen Nachbarn Bewunderung und Neid erregten. Eines der wenigen polnischen Sprichwörter, das dem deutschen Bauern ohne gehässigen Unterton Gerechtigkeit zuteil werden läßt, lautet: „Wo zwei polnische Bauern, da drei Meinungen; wo drei deutsche Bauern, da ein Gedanke.“

Die genossenschaftliche Zusammenfassung der bäuerlichen Kräfte in der Dorfgemeinde hat die Leistungsfähigkeit der deutschen Bauernsiedler außerordentlich gesteigert; denn viele der Kultivierungsarbeiten — ich erinnere beispielsweise an die riesigen Sumpf- und Moorentwässerungen — waren nur als Gemeinschaftsarbeiten oder überhaupt nicht durchführbar. So

wurde der deutsche Bauernsiedler in gemeinschaftlicher Arbeit auch der schwierigsten Verhältnisse Herr.

Der polnische Bauer, der für die in solchen Verhältnissen notwendigen mühseligen Kultivierungsarbeiten nicht zu gewinnen und auch nicht zu gebrauchen war, sah das Unterfangen der deutschen Bauernsiedler zunächst mit Staunen und Spott, dann mit wachsender Bewunderung, sehr bald aber auch mit wachsendem Neid. Die ganze Skala dieser Empfindungen spiegelt sich in unzähligen polnischen Sprichwörtern wieder, von denen ich wenigstens einige anführen möchte:

„Wo ein Frosch quakt, da blökt der Deutsche.“

„Wo Sumpf und Erle wachsen tut, geht es dem Deutschen doch noch gut.“

„Überall, wo kein anderer will, sitzen Deutsche.“

„Der Deutsche ist wie eine Weide. Wo man ihn hinpflanzt, da gedeiht er.“

„Worüber der Pole lacht, da sät der Deutsche.“

„Wo dem Polen Sand in die Augen weht, der Deutsche sogar Weizen sät.“

Die in diesen Sprichwörtern sich widerspiegelnde Kulturleistung der deutschen Bauernsiedler ist das beste Zeugnis für den Genossenschaftsgeist dieser Siedler; denn ohne den kraftvollen Einsatz der ganzen Dorfgemeinschaft wäre sie unerreichbar gewesen.

Die genossenschaftliche Hilfe war auch stets ein wichtiger Faktor bei der Neubildung deutschen Bauertums. Den jungen, zunächst noch leistungsschwachen Tochtergemeinden greifen

die alten leistungsstarken Dorfgemeinden tatkräftig unter die Arme. Vor allem aber war die Genossenschaft der Dorfgemeinde der feste Hort ihrer Deutschheit. Das deutsche dörfliche Genossenschaftsrecht bildete einen eigentümlichen, dem fremdvölkischen Ungenossen nicht zugänglichen Rechtsbezirk, der nach jeder Richtung scharf abgegrenzt war. Diese scharfe Rechtsabgrenzung war nicht nur der beste soziale Schutz der deutschen Bauernsiedler, sondern gleichzeitig auch die stärkste Sicherung ihres Volkstums.

Die deutschen Bauernsiedler hatten daher allen Grund, über die Wahrung des deutschen Gemeinderechtes als eines ihnen eigentümlichen, volksgebundenen Rechtes eifersüchtig zu wachen. Das zeigt mit besonderer Eindringlichkeit das Schicksal der deutschen Bauernsiedler, die im Mittelalter von den polnischen Großen nach Polen gerufen worden waren. Ihr Niedergang, der schließlich zur Verpolung des größten Teils der damals angesetzten deutschen Bauernsiedler führen sollte, beginnt mit der Loslösung des deutschen Bauernrechtes von seiner volklichen Grundlage.

Durch die deutschen Bauernsiedler war den polnischen Grundherren der Übergang von der bisherigen ertragsarmen Naturalwirtschaft zu der für sie erheblich stärker lohnenden Geldwirtschaft ermöglicht worden. Die Zinsleistungen der deutschen Bauernsiedler machten den Grundbesitz der polnischen Großen zu einer Rentenquelle, die nicht nur ihre Einnahmen an sich erheblich vermehrte, sondern auch deren Verwertungsmöglichkeit außerordentlich erleichterte. Diesen doppelten Nutzen wollten

die polnischen Großen noch dadurch erhöhen, daß sie das deutsche Bauernrecht in wachsendem Umfange auch auf die polnischen Dörfer übertrugen. Da aber für den gedrückten polnischen Bauern die Verleihung des deutschen Rechtes ein begehrtes Gnadengeschenk war, das unbesehen hingenommen werden mußte, verliehen die polnischen Großen den polnischen Dörfern das deutsche Recht in einer verfälschten und verschlechterten Form. Insbesondere wurde das Dorfgericht zu einem grundherrschaftlichen Exekutivorgan in der Hand eines jederzeit absetzbaren Schulzen herabgedrückt. Es bleibe dahingestellt, ob diese Rechtsverschlechterung nicht auch bis zu einem gewissen Grade durch die polnische Volksart bedingt wurde, die zu einer echten Selbstverwaltung gar nicht fähig ist. Uns kann in diesem Zusammenhange nur die Auswirkung dieser Loslösung des deutschen Bauernrechtes von seiner volklichen Grundlage und der damit verbundenen Rechtsverschlechterung auf das deutsche Freibauerntum interessieren.

Zunächst könnte es allerdings so erscheinen, als ob die deutschen Bauernsiedler durch diese Verfälschung und Verschlechterung des deutschen Rechtes wenig berührt wurden, weil sie sich ja nur auf die Ansetzung polnischer Bauern zu deutschem Recht bezog; doch je zahlreicher die polnischen Dörfer zu deutschem Recht wurden, um so stärker war auch das Bestreben nach einer allgemeinen Angleichung der deutschrechtlichen Verhältnisse, d. h. nach einer Herabdrückung der deutschen Bauern auf den Rechtsstand der polnischen Bauern. Dieser Druck wurde durch die Ausbreitung und Festigung der Adels herrschaft auf Kosten

des Königtums in Polen außerordentlich verschärft. Hinzu kam, daß der starke Aufschwung des Getreidehandels, zu dem nicht zuletzt deutscher Bauernfleiß den Grund gelegt hatte, zur Entwicklung und raschen Ausdehnung der adligen Gutswirtschaften auch in Polen führte, zumal es dem polnischen Adel gelang, das Getreidehandelsmonopol der deutschen Städte zu brechen. Mit dieser Entwicklung war eine völlige Schwergewichtsverlagerung der adligen Einnahmequellen von den früher so begehrten Zinsleistungen der Bauernschaft auf den Ertrag der eigenen Gutswirtschaften verbunden. Diese Schwergewichtsverlagerung war aber nur möglich durch eine grundstürzende Änderung der polnischen Agrarverfassung, die sich nicht mehr aufbaute auf den Zinsleistungen, sondern auf den Frondiensten der Bauernschaft und die in ihren rechtlichen Folgen zur Ausbildung der Leibeigenschaft führte.

Das deutsche Bauerntum in Polen hat sich gegen diese Entwicklung mannhaft gewehrt, und es fand in seinen Erbschulzen entschlossene Führer, die selbst vor bewaffnetem Widerstand nicht zurückschreckten. Die Machtverhältnisse in diesem Abwehrkampfe waren jedoch von vornherein zu ungleich, als daß ein Erfolg des deutschen Bauerntums möglich gewesen wäre. Sein Widerstand zerbrach nicht zuletzt an der Tatsache, daß es der polnischen Adelherrschaft gelang, die polnische Landesgesetzgebung gegen die „widerspenstigen Rebellen“ unter den deutschen Erbschulzen mobilzumachen. Diese verlieren Amt und Besitz, so daß das deutsche Bauerntum in seinem Existenzkampfe sehr bald führerlos dasteht. Es versinkt, seiner ihm verbürgten

Rechte beraubt, zum größten Teil in der großen Masse der seit alters her leibeigenen oder zum mindesten hörigen polnischen Bauern.

So zeigt das deutsche Bauernschicksal in Polen in selten eindringlicher Weise die ausschlaggebende Bedeutung eines artgemäßen Gemeinderechtes auf genossenschaftlicher Grundlage für die Entfaltung deutscher Bauernkraft. Zugleich enthüllt sich uns — ich erinnere an den Teil meiner Ausführungen, der sich mit der Bedeutung des Staates für die Ostsiedlung befaßte — an der deutschen Bauerntragödie in Polen erneut die ständige offene oder verdeckte Gefährdung, der jede Siedlung ausgesetzt ist, die sich nicht in dem Schutzbereich der deutschen Staatsmacht befindet.

Die Entwicklung des deutschen Gemeinderechtes zeigt uns die fünfte große Lehre, die uns in der Geschichte der Ostsiedlung entgegentritt. Es ist die Erkenntnis, daß die volle Entfaltung der Siedlungskraft in stärkstem Maße abhängig ist von einer festen genossenschaftlichen Zusammenfassung der Bauernsiedler mit Hilfe eines Rechtes, das den Eigennutz des einzelnen dem gemeinen Nutzen der Siedlungsgesamtheit unterordnet. In der Genossenschaft seiner Dorfgemeinde fand der einzelne Bauernsiedler einen festumgrenzten Rechtsbezirk, in dessen Bereich er seine Lebensart frei entfalten konnte. Das dörfliche Genossenschaftsrecht sichert ihm also den notwendigen rechtlichen Lebensraum, der ihm gestattet, nach seiner Sitte und seinem Brauch sein Leben zu gestalten. Das dörfliche Genossenschaftsrecht, das die Forderung nach Einsatz eines

jeden für alle und aller für jeden innerhalb des bäuerlichen Lebensbereiches verwirklicht, steigert die Leistungskraft der deutschen Bauernsiedler zu der Stärke, der kein Naturhindernis zu schwer war.

Das dörfliche Genossenschaftsrecht der Ostsiedler aber war nur eine zeit- und aufgabenbedingte Abwandlung einer schon dem germanischen Bauern eigentümlichen Rechtsauffassung, deren Wirksamkeit wir durch den ganzen Verlauf der deutschen Bauerngeschichte verfolgen können. Es ist also genau so wie das Erbhofrecht, das es ergänzt und unterbaut, blutsbedingt und dient der Erhaltung und Entfaltung deutscher Blutskraft. Dieses germanisch-deutsche bäuerliche Genossenschaftsrecht mit seiner Vorherrschaft des gemeinen Nutzens hat im Nationalsozialismus seine allgemein gültige, alle Deutschen zu einer einzigen großen Volksgenossenschaft verbindende Ausprägung erhalten. Seine Kraft wird sich auch bei der neuen Ostsiedlung zu bewähren haben.

Die Familienwirtschaft als bäuerliche Lebensform

Das alte deutsche Genossenschaftsrecht wurde, gerade weil es den Eigennutzen so unnachsichtig bekämpfte, stets geleitet von dem Bestreben, jedem das Seine zukommen zu lassen. Seinen wirtschaftlichen Ausdruck findet dieses Bestreben in dem Begriff der Ackernahrung, auf dem sich die bäuerliche Hufenverfassung aufbaut. In der Hufe erhält jede Bauernfamilie den Ackeranteil

zugemessen, der ihr ein gutes Auskommen, einen gediegenen Wohlstand sichern soll. Die Größe der Hufe ist daher auch keineswegs starr, wenn ihr auch feste Vorstellungen von der Durchschnittsfläche, die eine Ackernahrung erfordert, zugrundeliegen. Sie ist nicht nur landschaftlich, je nach den Bodenverhältnissen sehr unterschiedlich, sondern wechselt offensichtlich oft von Dorf zu Dorf.

Bei einem Vergleich der mittelalterlichen Hufengrößen, die in den Ostgebieten wesentlich größer als im Altreichsgebiet waren, aber 60 Morgen nicht zu überschreiten pflegten, mit dem Landbedarf der bäuerlichen Siedlerstellen der Gegenwart muß allerdings der grundlegende Wandel der bäuerlichen Wirtschaftsweise, der sich in der Neuzeit vollzogen hat, in Betracht gezogen werden. Im ganzen Mittelalter und darüber hinaus bis tief ins 18. Jahrhundert hinein gründet sich die bäuerliche Viehhaltung auf die Allmendenutzung, und zwar nicht nur auf die Beweidung der Hutten und Weiden, sondern vor allem auch auf die Waldweide. Das gilt auch für die Schweinehaltung, die im stärksten Ausmaße von der Möglichkeit der Eichel- oder Eckernmast abhängig war. Der in der Hufe gegebene Ackeranteil der Bauernwirtschaften diente also im Rahmen der Dreifelderwirtschaft vornehmlich der Getreideerzeugung (Sommerung und Winterung), während die Brache zum Teil für Sonderkulturen, soweit diese nicht auf Sonderfeldern angebaut wurden, zum Teil für Weidezwecke ausgenutzt wurde. Lange Zeit war aber diese zweite Nutzungsart der Brache ziemlich bedeutungslos. Erst als unter dem fremdrechtlichen Einfluß die dörfliche All-

mende immer stärker eingeengt wurde, gewann die Weidenutzung der Brache an zunehmender Bedeutung. Trotzdem war aber mit dieser Entwicklung ein starker Rückgang der bäuerlichen Viehhaltung verbunden, da die Brache als Futtergrundlage nicht annähernd ausreichte.

Daraus ergibt sich ohne weiteres die Unvergleichbarkeit der mittelalterlichen Hufengröße mit der Landausstattung der bäuerlichen Siedlerstellen der Gegenwart; denn heutzutage gründet sich die gesamte Bauernwirtschaft einschließlich ihrer so hochentwickelten Viehhaltung auf dem bäuerlichen Eigenland. Zwar ist es wünschenswert, daß die neuen Bauerndörfer im Osten reichlich mit Gemeindeland ausgestattet werden; aber das Gemeindeland wird nicht so sehr den geschilderten betriebswirtschaftlichen Aufgaben, die ja auch im Mittelalter nur eine Funktion der Allmende darstellten, zu dienen haben, als vielmehr den sozial- und kulturpolitischen Aufgaben der Dorfgemeinde. Nach wie vor behält aber der Grundgedanke der mittelalterlichen Hufenverfassung, die Ausstattung mit einer Ackernahrung als unentbehrlicher Lebensgrundlage, Gültigkeit. Selbstverständlich wird man in den wiedergewonnenen deutschen Ostgebieten bei ihrer Bemessung die untere Grenze der Ackernahrung, die im alten Reichsgebiet infolge der herrschenden Raumenge zwangsläufig sehr niedrig angesetzt werden mußte, der Zielsetzung des Reichserbhofgesetzes entsprechend, wesentlich erhöhen; denn die Ackernahrung im Sinne des Reichserbhofgesetzes soll ja nicht nur zur Befriedigung der leiblichen Notdurft dienen, sondern der Bauernfamilie ein gutes, standes-

würdiges, dauerhaftes Auskommen sichern, das auch bei größtem Kinderreichtum eine gediegene Ausbildung und Ausstattung der weichenden Erben ermöglicht. Das gerade war aber auch der Sinn der mittelalterlichen deutschen Hufenverfassung in ihrer unverfälschten Form.

In der Folgezeit ist — eine Auswirkung der allgemeinen Verschlechterung der sozialen Lage des Bauerntums — die den Neusiedlern zugeteilte Hufe vielfach zu klein bemessen worden, so daß von einer Ackernahrung im ursprünglichen Sinne des Wortes nicht mehr die Rede sein kann. Besonders auch die friderizianische Siedlung litt zum Teil sehr unter der mangelhaften Größe der ausgelegten Siedlerstellen. Die dabei gesammelten Erfahrungen sind eine nicht zu übersehende Warnung vor einer zu engen Bemessung der Neusiedlerstellen.

Ist das Wirtschaftsziel, das die Hufenverfassung verwirklichen will, ein gutes Auskommen, ein gediegener Wohlstand, so ist die Arbeitsverfassung, auf die sie sich gründet, die bäuerliche Familienwirtschaft. Die bäuerliche Familienwirtschaft — selbstverständliche Voraussetzung war stets die sehr kinderreiche Familie des Mittelalters — verlieh dem Bauernbetrieb einen hohen Grad von Unabhängigkeit von fremder Arbeitshilfe, was besonders in fremdvölkischer Umgebung von entscheidender Bedeutung war. In der auf die Familienwirtschaft sich gründenden bäuerlichen Arbeitsverfassung lag aber zugleich auch eine weise Beschränkung, die den Begriff der Ackernahrung, des guten Auskommens, nach oben hin begrenzte. Die Hufe umfaßte daher — so schwankend ihr Ausmaß ist — nie eine größere Fläche, als

eine kinderreiche Familie (damals durchschnittlich 10 bis 15 Köpfe!) bestellen kann. Nur bei Übernahme besonderer Aufgaben innerhalb der Dorfgemeinschaft wird der Betreffende mit einer Landzulage ausgestattet, die ihm die Erfüllung seiner Pflichten ermöglichte.

Die ausdrückliche Unterstreichung des großen bäuerlichen Kinderreichtums ist zur richtigen Beurteilung der sozialen Funktion der bäuerlichen Familienwirtschaft im Mittelalter leider eine Notwendigkeit; denn mit dem Rückgang der bäuerlichen Familienstärke in der Neuzeit ist zwangsläufig eine Verkümmern der bäuerlichen Familienwirtschaft verbunden gewesen, die mit dem Ziele der Schaffung eines guten Auskommens in immer stärkeren Widerspruch geriet. Wenn daher heute von der Schaffung bäuerlicher Familienwirtschaften in den neuen Ostgebieten die Rede ist, so sind damit nicht jene landwirtschaftlichen Kleinbetriebe gemeint, die heute in der Regel nur noch Familienwirtschaften im strengen Sinne des Wortes sind, d. h. ohne ständige familienfremde Arbeitskräfte auskommen, sondern Bauernwirtschaften, bei denen das Schwergewicht zwar in der Arbeitsleistung der bäuerlichen Familie liegt, die aber, solange die Familienstärke nicht wesentlich den heute üblichen Durchschnitt überschreitet, auf die ständige Hilfe familienfremder Arbeitskräfte angewiesen sind. Eine solche Betriebsgröße ist schon deswegen notwendig, um den Neubauernfamilien die Möglichkeit zu voller Kraftentfaltung auf eigenem Grund und Boden zu geben. Sie muß daher so bemessen sein, daß auch eine wesentlich größere Kinderzahl, als heute im Durchschnitt üblich geworden ist,

auf dem väterlichen Hofe volle Betätigungsmöglichkeit finden kann, um durch diesen Dienst am väterlichen Hofe sich ein Anrecht darauf zu erwerben, aus den Mitteln dieses Hofes sich den Weg zum Neubauern zu bahnen. Ob die deutschen Bauernsiedler der Zukunft zu dieser neuen gesteigerten Kraftentfaltung fähig sein werden, ist allerdings in erster Linie eine weltanschauliche Entscheidung, hängt davon ab, ob die von R. Walther Darré so eindringlich geforderte und gewiesene „Neuordnung unseres Denkens“ sich im deutschen Bauerntum durchsetzen wird. Die Wirtschaftspolitik kann dabei nur Hilfestellung leisten, indem sie dafür sorgt, daß die so getroffene Entscheidung am zweckmäßigsten in die Tat umgesetzt wird.

Die vielfach aufgeworfene Frage, ob eine Aufrechterhaltung und ein Ausbau der bäuerlichen Familienwirtschaft angesichts der allgemeinen Entwicklung noch vertretbar und wünschenswert ist, kann nur dann richtig beantwortet werden, wenn man sie nicht, wie das gelegentlich getan worden ist, ausschließlich vom ernährungswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet. In dieser Beziehung genügt die Feststellung, daß die ernährungswirtschaftliche Gesamtleistung der mittelbäuerlichen Betriebe durchaus einen Vergleich mit den andern Betriebsgrößen aushält, und zwar selbst dann, wenn man nicht berücksichtigt, daß besonders im Osten das Bauerntum im Laufe der geschichtlichen Entwicklung immer stärker auf die schlechten und schlechtesten Böden abgedrängt worden ist. Bei der Frage nach der Zukunft der bäuerlichen Familienwirtschaft geht es nicht um die Aufrechterhaltung einer landwirtschaftlichen Betriebsform, sondern

um die Aufrechterhaltung der Lebensform, die dem Wesen des Kerns des deutschen Bauerntums entspricht und deren Zerstörung die Ausübung der lebensgesetzlichen Funktion des deutschen Bauerntums in Frage stellt.

Die feste familiäre Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft, die der bäuerliche Familienbetrieb darstellt, ist ja nur Ausdruck der allumfassenden festgefügtten Lebenseinheit, die durch die bäuerliche Familie verkörpert wird. Durch den Zusammenfall von Wirtschafts- und Familiengemeinschaft wird die Bauernfamilie, dem Zuge ihres innersten Wesens folgend, naturnotwendig zu einer Quelle tätigen Gemeinsinnes, der in einer Fülle von Kleinarbeit täglich erprobt wird. Bauernarbeit ist täglich angewendeter praktischer Sozialismus. Sein oberster Leitsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ muß sich in der Bauernarbeit täglich erproben. Im Mittelpunkt dieser Bauernarbeit aber steht die Erhaltung der Familie, der Urzelle alles volklichen Lebens. Diese Ausrichtung ist es, die die Bauernarbeit zum Dienst am Volk adelt.

Es wäre kurzsichtig, wenn man die zerstörenden Einflüsse übersähe, die die bäuerliche Familieneinheit innerlich auszuhöhlen und sie zu einer bloßen durch die Verhältnisse erzwungenen Arbeitsorganisation zu degradieren drohen. Die allgemeine Auflösung der natürlichen menschlichen Bindungen durch den Triumph der Ichsucht im liberalistischen Zeitalter ist auch an dem deutschen Bauerntum nicht spurlos vorübergegangen. Es fragt sich nur, ob die dadurch angerichteten Zerstörungen so stark sind, daß die gesunden Urinstinkte des Bau-

ernstums völlig verschüttet sind und daher auch ein Appell an sie vergeblich ist, der Versuch einer Wiedermobilmachung scheitern muß. Diese Frage bejahen hieße nicht mehr und nicht weniger als die lebensgesetzliche Funktion des deutschen Bauerntums für die zukünftige Entwicklung des deutschen Volkes verneinen. Die Beantwortung dieser Frage ist also von größter volkspolitischer Tragweite. Gerade deswegen darf man sich aber auch nicht verleiten lassen, die Antwort von (und sei es noch so guten) Wünschen diktieren zu lassen, ohne deren Verwirklichungsmöglichkeit zu prüfen. Das wäre eine gefährliche Vogel-Strauß-Politik, der man zu Recht den Vorwurf lebensfremder Romantik machte.

Fragen wir also die nüchterne Wirklichkeit! Nach der Volks- und Berufszählung 1939 betrug der Anteil an der Gesamtzahl der Berufstätigen

bei den	in der Landwirtschaft	in Industrie und Handwerk
Selbständigen	22,3 %	9,6 %
mithelfenden		
Familienangehörigen	53,3 %	2,0 %
Beamten und Angestellten . .	1,0 %	11,4 %
Arbeitern	23,4 %	77,0 %

Die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen verhält sich also zu der der familienfremden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft wie 2 zu 1, während sie in der Industrie gar keine Rolle spielt und beim Handwerk nur noch in wenigen Berufszweigen,

vor allem beim Bäcker- und Fleischergewerbe, von wesentlicher Bedeutung ist. Das soziale Gefüge des deutschen Bauerntums erhält also nach wie vor sein Gepräge durch die bäuerliche Familienwirtschaft. Überblickt man zudem die Entwicklung der Landflucht, so muß man feststellen, daß es in erster Linie der größeren Widerstandskraft der bäuerlichen mithelfenden Familienangehörigen zu danken ist, daß sich die Landflucht nicht geradezu in einer Lähmung der bäuerlichen Arbeitsleistung ausgewirkt hat. Mit wirtschaftlichen Gründen ist diese Tatsache nicht erklärlich; denn die landwirtschaftliche Notlage in der Systemzeit und ihre Auswirkung bis in die Gegenwart hat ganz besonders stark gerade auf den bäuerlichen mithelfenden Familienangehörigen gelastet. Das Bauerntum hat sich unter dem Druck der Unterbewertung der landwirtschaftlichen Arbeit, der in der Notzeit vor 1933 eine kaum noch erträgliche Stärke erreichte, schließlich überhaupt nur dadurch über Wasser halten können, daß es seine Wirtschaft auf der Anspruchslosigkeit und Entbehrungsfähigkeit seiner mithelfenden Familienangehörigen aufbaute. An dieser Tatsache gemessen, müßte die Zahl der aus der Landwirtschaft Abgewanderten bei den mithelfenden Familienangehörigen absolut und verhältnismäßig bei weitem am größten sein. Das Gegenteil ist aber, wie gesagt, der Fall. Hinzu kommt aber noch, daß infolge der Freiteilbarkeit sich in einzelnen Landschaften (besonders stark im Südwesten, Westen und in Teilen Mitteldeutschlands) ein Kleinbauerntum massiert hat, dessen wirtschaftliche Lebensgrundlage selbst unter günstigen Wirtschaftsverhältnissen zu schmal geworden ist, als daß

sie den mithelfenden Familienangehörigen genügende soziale Aufstiegsmöglichkeiten zu bieten vermöchte. Auch in diesem Falle versagt jeder wirtschaftliche Begründungsversuch, um die größere Widerstandskraft der mithelfenden Familienangehörigen gegenüber der Landflucht zu erklären.

Dieses stärkere Beharrungsvermögen erklärt sich zweifellos zum Teil aus einer stumpfen Resignation, die keine Möglichkeit sah, sich aus den Fesseln der wirtschaftlichen Notlage zu befreien. Aber es hieße dem gesunden Kern des deutschen Bauerntums bitter Unrecht tun, dessen Treue zur Scholle aus unzulänglicher Aktivität erklären zu wollen. Die zähe Verbissenheit, mit der gerade das von der allgemeinen landwirtschaftlichen Notlage am schwersten getroffene Klein- und Mittelbauern-tum sich unter größten Entbehrungen hindurchgeschuftet hat, ist Ausdruck eines Kampfwillens und einer Kampfkraft, die, mit den notwendigen Mitteln ausgerüstet, in einer besseren Zukunft erst ihre wirkliche Leistungsfähigkeit zeigen werden. Dann wird sich auch zeigen, zu welcher Kraftentfaltung der Blutsgedanke in der Form des bäuerlichen Familiengedankens noch immer fähig ist. Diese Überzeugung ist die entscheidende Begründung für ein Siedlungswerk, das seine Grundlage in einer breiten Schicht bäuerlicher Familienwirtschaften sucht. Diese Überzeugung läßt sich nicht „beweisen“; denn sie baut sich auf Unwägbarkeiten auf, die sich der menschlichen Berechnung entziehen. Der Klügler, der Politik mit Arithmetik verwechselt, ist daher stets geneigt, diese Unwägbarkeiten zu mißachten. Er ist aber auch noch immer ein schlechter Politiker gewesen. Diese Überzeu-

gung ist vielmehr eine Vertrauensfrage an das deutsche Bauern-
tum, und die Geschichte der deutschen Ostsiedlung beweist
uns, daß das deutsche Bauerntum dieses Vertrauen verdient.
Das ist ihre sechste große Lehre.

Harmonie von Leistung und Gegenleistung bei der Siedlungsorganisation

Das Wirtschaftsziel des guten Auskommens, das für die bauer-
liche Ostsiedlung des Mittelalters kennzeichnend ist, war zu-
tiefst in der deutschen Auffassung von Recht und Gerechtigkeit
begründet, die für jede ehrliche Arbeit ihren guten Lohn for-
derte und gewährte. Diese Harmonie von Leistung und Gegen-
leistung ist auch für die Siedlungsorganisation charakteristisch.
Deutlich lassen sich bei ihr zwei Perioden unterscheiden, die
auch in verschiedenen Siedlungsformen ihren Ausdruck finden.
In der älteren Siedlungsperiode beschränkt sich der grundherr-
schaftliche Siedlungsträger im wesentlichen auf die Hergabe des
notwendigen Siedlungslandes. Eine planvolle Lenkung der
bäuerlichen Siedlungstätigkeit ist kaum zu beobachten. Kenn-
zeichnend für diese Siedlungsperiode ist das alte Weilerdorf
(daneben gibt es in ganz Ostdeutschland Weiler jüngerer Her-
kunft, die anderen Ursachen ihre Entstehung verdanken) mit
seiner unregelmäßigen Blockflur. In der zweiten Siedlungs-
periode — die Übergänge sind natürlich fließend und in den ein-
zelnen deutschen Gebieten oft sehr verschieden — greifen die
grundherrschaftlichen Siedlungsträger direkt oder indirekt durch

ihre Mittelsmänner, die Lokatoren, planend, vorbereitend und unterstützend in den Siedlungsvorgang ein. Kennzeichnend für diese zweite Siedlungsperiode sind so planvoll durchgebildete Dorf- und Flurformen wie beispielsweise die der Waldhufen- und Straßenangerdörfer, die geradezu als vorbildlich für einen organischen Dorfaufbau bezeichnet werden können.

Innerhalb der Siedlungsorganisation nimmt der Lokator eine überragende Stellung ein. Seine Aufgabe besteht in der Werbung, Überführung und Ansetzung der Bauernsiedler. Zur Durchführung dieser Aufgabe gehörten nicht nur Unternehmungslust, Tatkraft und reiche Erfahrung, sondern in der Regel auch für damalige Zeiten nicht unerhebliche Geldmittel: Der Unterhalt der Bauernsiedler auf dem Marsche und in der neuen Heimat, bis die erste Ernte eingebracht war, fiel in der Hauptsache dem Lokator zur Last. Auch für den Bau der ersten Häuser und Scheunen waren oft Hilfeleistungen des Lokators erforderlich, die dieser ebenso wie die Ausstattung der Ärmern mit dem ersten Vieh, Ackergerät und Saatkorn schon deswegen auf sich nahm, weil er selbst an dem raschen und glücklichen Zustandekommen des Siedlungswerkes stark interessiert war; denn gedieh das Werk, so erwartete den Lokator reicher Lohn.

Er erhielt das Amt des Erbschulzen mit den zahlreichen damit verbundenen Rechten. Neben der Ausstattung mit in jeder Beziehung abgabefreiem Landeigentum, dessen Umfang zwar schwankt, stets aber wesentlich größer als das Bauernland ist, ohne jedoch andererseits das soziale Gefüge des Dorfes zu sprengen, erhielt der Erbschulze in der Regel einen festen Anteil an

den Zinsleistungen der Bauern, der bei den landesfürstlichen Dorfgründungen etwa ein Sechstel betrug, bei den Dorfgründungen durch adlige oder kirchliche Grundherrschaften dagegen meistens etwas geringer war. Mit dem Schulzenamt war stets die Ausübung der niederen, gelegentlich auch die der hohen Gerichtsbarkeit verbunden. (Auf das Verhältnis des Schulzen zum Dorfgericht bin ich bereits an anderer Stelle eingegangen.) Als Entgelt für seine Richtertätigkeit erhielt der Erbschulze auch einen festen Anteil an sämtlichen Gerichtsgefällen, der sich mindestens auf ein Drittel belief. Daneben wurde das Schulzenamt vielfach mit den verschiedensten Gerechtsamkeiten ausgestattet. Zu den häufigsten gehörte das Jagdrecht (meistens auf die Niederjagd beschränkt), freier Fischfang, das Recht, eine Mühle anzulegen, ein Gasthaus einzurichten, eine Schmiede zu betreiben usw. Die mit den letzten Rechten verbundene Monopolstellung, die durch Selbstbetrieb oder Verpachtung ausgenutzt werden konnte, bildete eine willkommene Vermehrung der regelmäßigen Einnahmen, die mit dem Schulzenamt verbunden waren:

Überblickt man diese Einnahmen, so wird man ohne weiteres verstehen, daß sie viele unternehmungslustige Männer aus allen Ständen lockten, das Wagnis einer Dorfgründung zu unternehmen. Gewiß fand sich auch mancher Spekulant unter ihnen, der die notwendigen Voraussetzungen nicht mit sich brachte. Im allgemeinen aber haben die Lokatoren das in sie gesetzte Vertrauen, sowohl ihren Grundherrn wie auch ihren Bauernsiedlern gegenüber, in jeder Beziehung gerechtfertigt. Auffällig könnte die große Zahl der Lokatoren aus dem Bürgerstande erscheinen.

Man darf aber nicht vergessen, in welchem innigen Zusammenhang mit dem Lande das Bürgertum während des ganzen Mittelalters lebte. Es war also nicht etwa eine wesensfremde Aufgabe, der sich die bürgerlichen Dorfgründer widmeten. Das starke Interesse, das gerade die deutschen Städte an einer Umgebung mit deutschen Dörfern hatten, ist eine weitere Erklärung für die lebhafteste Beteiligung bürgerlicher Kreise bei den Dorfgründungen.

Daß aber nicht etwa wurzellose Geschäftemacher sich der Lokatorentätigkeit bemächtigten, wurde schon durch den Umstand verhindert, daß alle die erhofften und erstrebten Einkünfte erst dann zu fließen begannen, wenn das Siedlungswerk vollendet war, und daß diese Einkünfte um so stärker und nachhaltiger flossen, um so besser das Siedlungswerk durchgeführt worden war. Die Einkünfte des Lokators beruhen also auf einem festen, ausgeglichenen Verhältnis von Leistung und Gegenleistung. Jeder, der ein Lokatorenamt übernahm, verband damit sein Lebensschicksal aufs engste mit dem von ihm zu gründenden Dorfe. Das geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Ausübung des Schulzenamtes in der Regel an den ständigen Sitz im Dorfe gebunden war. Aufschlagung des Wohnsitzes an einem andern Orte bedingte die Bestellung eines andern Schulzen. Nur in seltenen Ausnahmefällen wurde die Stellung eines Vertreters gestattet. Gewiß war das Schulzenamt verkäuflich — auf die verhängnisvolle Auswirkung dieser Verkaufsmöglichkeit in späterer Zeit gehe ich noch ein —; doch wäre es grundfalsch, daraus schon von vornherein auf einen Brauch zu schließen. Einen Ver-

kauf in der ersten Generation verbot in der Regel schon die Tatsache, daß erst nach Ablauf eines Mannesschaffens die Einnahmequellen voll zu fließen begannen, weil die Bauernsiedler erst nach Ablauf einer stattlichen Reihe von Freijahren zinspflichtig waren. So erwuchs aus den Lokatoren durch Übernahme des Erbschulzenamtes eine feste Führerschicht, die mit dem Schicksal ihrer Dörfer eng verbunden war.

Diese Führerschicht war durch eine doppelte Treuhänderfunktion, den Grundherrschaften und den Bauern gegenüber, gekennzeichnet. Demgemäß haben sich auch die Erbschulzen nie als einseitige Interessenanwälte der Grundherrschaften mißbrauchen lassen. Von ganz besonderer Bedeutung war diese Tatsache in den Siedlungsgebieten außerhalb der Reichshoheit, in denen die Grundherrschaften fremdvölkisch waren. Hier kam die volkliche Verbundenheit der deutschen Bauernsiedler und ihrer Erbschulzen – die Lokatoren der deutschen Dorfgründungen waren auch außerhalb des Reichsgebietes fast ausnahmslos Deutsche – als weiteres Bindemittel hinzu. Es ist daher kein Zufall, daß überall im Osten die im Laufe des 16. Jahrhunderts einsetzende Verschlechterung der bäuerlichen Rechtsstellung aufs engste mit einer Verfälschung und Zerstörung des Erbschulzenamtes zusammenhängt.

: Der Grundgedanke gerechter Gegenseitigkeit aller Leistungen ist auch für die wirtschaftlichen Verpflichtungen der Bauernsiedler kennzeichnend. So ist es zunächst einmal ganz selbstverständlich, daß der Bauer für die Hergabe des Landes erst dann Zins leisten kann, wenn das urbare Land ihm ein sicheres und gutes Auskommen sichert. Daher werden den Bauern-

siedlern durchschnittlich zehn, oft bis 20 Freijahre als Anlaufzeit gewährt, in der sie von jeder Zinsleistung befreit waren. Auch nach Ablauf dieser Zeit hielten sich die Zinsleistungen in sehr mäßigen Grenzen und blieben in der Regel unveränderlich. Diese Unveränderlichkeit der Zinsleistungen gab dem Bauernsiedler die Gewähr, daß die Kulturverbesserungen, die er durch seine Arbeitsamkeit und Tüchtigkeit erzielte, ihm auch wirklich zugute kamen:

Die besitzrechtliche Stellung der deutschen Bauernsiedler leitete sich im ganzen Osten in erster Linie aus dem im Sachsen-spiegel niedergelegten Rechtsgrundsatz ab: „Wo Bauern ein neues Dorf gründen von wilder Wurzel, denen darf des Dorfes Herr geben Erbzinsrecht an dem Gute, obgleich sie zu dem Gute nicht geboren sind.“ Schon aus dieser Tatsache geht eindeutig hervor, wie abwegig die späteren Rechtskonstruktionen waren, die in Analogie zum Römischen Recht aus der bäuerlichen Zinspflicht die Unfreiheit der Bauernsiedler folgerten. Diese Rechtsverfälschung wäre auch nie durchgedrungen, wenn nicht zuvor im ganzen Osten eine Schwergewichtsverlagerung der innerpolitischen Machtverhältnisse zum Zusammenbruch der ostdeutschen Bauernfreiheit geführt hätte. Die aus dem römischen Recht abgeleitete Theorie von der bäuerlichen Unfreiheit ist also, im Grunde genommen, nur eine nachträgliche Legitimation eines innerpolitischen Umschwunges gewesen, der sich, wenn auch in Ausmaß und Tempo verschieden, im ganzen Osten vollzog. Einmal aufgestellt, hat sie dann allerdings außerordentlich zur Verschärfung der Entwicklung beigetragen.

Auch die bäuerlichen Dienstverpflichtungen waren ursprünglich alles andere als ein Zeichen der Unfreiheit. Ja, gerade die allgemeine Heranziehung des Bauern zum Wehrdienst ist das beste Zeichen für seine persönliche Freiheit. Noch aus einer Zeit, wo das bäuerliche Recht bereits in fortschreitendem Verfall begriffen war und die noch erhaltenen Restbestände der bäuerlichen Freiheit gerade deswegen ausdrücklich beurkundet wurden, beweisen zahlreiche Urkunden und andere Zeugnisse, daß der Bauer das Waffenrecht der Freien besaß, sein Heergerät auf das nächste Blut vererbte, was ebenfalls stets ein Zeichen persönlicher Freiheit war, ja sich sogar das Recht der Blutrache und Fehde zu wahren wußte. In einzelnen Gebieten und Ländern war der Wehrdienst die einzige bäuerliche Dienstverpflichtung. Aber auch in den Gebieten, wo der Bauer noch zu weiteren Dienstleistungen verpflichtet war, hatten diese einen ausgesprochen staatsrechtlichen Charakter und berührten die persönliche Freiheit des Dienstpflichtigen nicht. Sie bestanden in der Hauptsache in Dienstleistungen für den Wehr- und Wegebau und den öffentlichen Verkehr. Die Bewältigung dieser staatlichen Aufgaben war in der damaligen Zeit auf dem flachen Lande überhaupt nur mit Hilfe der Bauern möglich, und die Bauern selbst hatten an ihr das größte Interesse. Die ursprünglichen bäuerlichen Dienstverpflichtungen hielten sich also durchaus im Rahmen des Notwendigen und Erträglichen. Sie waren ein Gebot des Staatsinteresses, aber auch der bäuerlichen Selbstbehauptung. Im übrigen waren die Dorfgerichte als Organe der bäuerlichen Selbstverwaltung, deren starke Stellung ich bereits geschildert

habe, durchaus in der Lage, sich gegen grundherrschaftliche Übergriffsversuche mit Erfolg zu wehren.

Diese Ausgeglichenheit der bauerlichen Rechte und Pflichten bildete das feste Fundament der mittelalterlichen Siedlungsorganisation und ist einer der entscheidenden Gründe ihres Erfolges. Ausschlaggebend für die Bemessung der bauerlichen Zins- und Dienstleistungen war die allgemeine Erkenntnis der staats- und volkspolitischen Bedeutung der deutschen Bauernsiedlung und nicht etwa ihr kapitalistischer Nutzeffekt. Wo dieser in späterer Zeit ausschlaggebende Bedeutung gewann, verkümmerte das Siedlungswerk stets sehr bald und führte zu rückläufigen Bewegungen, die die Stellung des deutschen Volkes im Osten schwer schädigten. Das ist die siebente große Lehre der deutschen Ostsiedlungsbewegung im Mittelalter: Im Rahmen der Gesamtleistung der deutschen Bauernsiedlung nimmt die landwirtschaftliche Pioniertätigkeit der deutschen Bauernsiedler zweifellos eine hervorragende Stellung ein. Durch sie und nur durch sie wurde der Osten für Jahrhunderte zu der großen Kornkammer Nord- und Westeuropas. Aber — das muß immer wieder betont werden — diese landwirtschaftliche Kulturleistung ist nur eine und nicht einmal die ausschlaggebende der Auswirkungen der deutschen Bauernsiedlung. Ihre entscheidende Funktion innerhalb des Gesamtostsiedlungswerkes beruht vielmehr auf der Tatsache, daß erst die deutsche Bauernsiedlung die Eindeutung des neuerschlossenen Lebensraumes im Osten vollendete und sicherte:

II. Die große Verwandlung

Die Entrechtung des ostdeutschen Freibauerntums

Bevor ich mich nun dem zweiten Teil meiner Ausführungen zuwende, blicken wir noch einmal zurück. Wir haben gesehen: Die gewaltigen Vorstöße deutscher Volkskraft in den einst von den Germanen in der Völkerwanderungszeit allmählich geräumten Ostraum wären nie von so nachhaltigem und verhältnismäßig schnellem Erfolg gekrönt worden, wenn nicht überall dem Schwert der Pflug gefolgt wäre. Den Bauernsiedlern im Osten winkte eine soziale und wirtschaftliche Freiheit, die zu den unter dem Fronhofsystem entstandenen Verhältnissen in einem lockenden Gegensatz stand. Während in den Kerngebieten des Reiches, von wenigen Inseln der Bauernfreiheit abgesehen, die einst freien germanisch-deutschen Bauern ganz allgemein zu in jeder Beziehung abhängigen Grundholden herabgesunken waren und erst ganz allmählich eine Besserung ihrer sozialen und rechtlichen Lage durchsetzten — eine Entwicklung, der nur zu bald wieder ein heftiger Rückschlag folgte — war der Osten das gelobte Land der Bauernfreiheit, und gerade darin bestand seine große Anziehungskraft für die Bauernströme, die sich in seine weiten Räume ergossen. Es ist daher auch kennzeichnend, daß

die Bauernkriege, wenn man von einer ganz unbedeutenden Erhebung im ostpreußischen Samlande absieht, nicht nach Ostdeutschland übergreifen.

Das Bild, das uns damals der Osten bietet, steht in einem krassen Gegensatz zu dem berüchtigten Begriff „Ostelbien“, der die Vorstellung der meisten Deutschen von Ostdeutschland noch heute bestimmt. Und so gilt es die Frage zu beantworten: Wie kam es in Ostdeutschland zu dem völligen Wandel des sozialen Gefüges, des wirtschaftlichen Aufbaus und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie des kulturellen Lebens, dem Wandel, der in dem Begriff „Ostelbien“ seinen Ausdruck fand?

Dieser Wandel des gesamten volklichen Lebensgefüges im deutschen Osten vollzieht sich in einem Zeitraum von etwa vier Jahrhunderten. Stärkegrad und zeitlicher Ablauf sind in den einzelnen ostdeutschen Ländern sehr unterschiedlich. Trotzdem aber ist die einheitliche Grundlinie der Gesamtentwicklung unverkennbar. Der Wandel des volklichen Lebensgefüges im deutschen Osten wird, wie ich bereits mehrfach angedeutet habe, eingeleitet durch eine grundlegende Veränderung der bäuerlichen Rechtsstellung, die den größten Teil des ostdeutschen Freibauerntums immer stärker in die Fesseln der Leibeigenschaft verstrickt.

In dem überall zu beobachtenden Kampfe um die innerpolitische Macht zwischen den Landesfürsten einerseits und Ritterchaft und Kirche andererseits, der das ausgehende Mittelalter kennzeichnet, war es für die ersten besonders nachteilig, daß ihre häufigen finanziellen Verlegenheiten zu einem allmählichen

Ausverkauf ihrer landesfürstlichen Rechte führten, die auf diese Weise in immer größerem Umfange auf Adel und Kirche übergingen. Dieser Entwicklung kam zudem die allgemeine Rechtsauffassung, die die landesherrschaftliche Gewalt als eine Summe nutzbarer Rechte ansah, sehr entgegen. Ritterschaft und Kirche nutzten diese ihrem Machtstreben so günstige Sachlage zielbewußt in zweierlei Richtung zu eigener Machterweiterung aus: Zunächst einmal erwarben sie in rasch ansteigendem Ausmaße die Schulzenämter der auf landesfürstlichem Grund und Boden gegründeten deutschen Bauerndörfer und besetzten damit eine zentrale Position der bäuerlichen Selbstverwaltung und Eigengerichtsbarkeit. Dann aber erwarben sie vor allem auch das Anrecht auf die Leistungen, die die Bauernsiedler bisher ihren landesfürstlichen Grundherren schuldeten.

Diese Machtverlagerung innerhalb der grundherrschaftlichen Ebene wurde von den neuen Machthabern von vornherein rücksichtslos zum Nachteil der Bauern ausgebeutet. Das Schulzenamt bekommt immer mehr den Charakter eines bloßen Exekutivorgans der Grundherrschaften. Das Dorfgericht verwandelt sich im Zuge dieser Entwicklung, zunächst tatsächlich, dann auch von Rechts wegen, in ein Patrimonialgericht, gegen dessen Rechtsprechung der Bauer nur geringe, bald so gut wie gar keine Berufungsmöglichkeiten hatte. Damit war jeder Willkür Tür und Tor geöffnet, zumal ja der Grundherr in den meisten Rechtsstreitigkeiten Beklagter und Richter in einer Person war. Damit war vor allen Dingen die Möglichkeit gegeben, das von den Landesfürsten erworbene Anrecht auf die bäuerlichen Leistun-

gen ihren Grundherrn gegenüber ins Ungemessene zu steigern. Dies geschah denn auch vor allem bei den bäuerlichen Frondiensten, deren rücksichtslose Steigerung erst die arbeitsmäßige Voraussetzung für die in diesem Entwicklungsabschnitt einsetzende rasche Erweiterung des ritterlichen Gutslandes schuf. So wuchsen die Frondienste sehr schnell ins Ungemessene, lange bevor unter dem Einfluß des Römischen Rechtes auch die Rechtstheorie die bäuerlichen Fronlasten als ungemessen erklärte. Der restlose Ausverkauf der landesherrlichen Rechte war aber vor allem auch der Grund, daß die römischen Rechtsgelehrten bereits im 16. Jahrhundert die Behauptung, daß alles Land ursprünglich Ritterland gewesen sei, als eine unanfechtbare Tatsache hinnahmen und zum Ausgangspunkt ihrer so verhängnisvollen Rechtskonstruktionen machten (so beispielsweise Johann Friedrich Husanus in seinem 1590 in Hamburg erschienenen Werke „*Tractatus de servis et hominibus propriis*“). Wenigstens am Rande sei vermerkt, daß diese Verschlechterung der bäuerlichen Rechtsstellung bei den Bauern, die von vornherein auf ritterlichen oder kirchlichen Grundherrschaften angesetzt worden waren, womöglich noch schärfere Formen annahm; denn die beste Rechtssicherung dieser Bauernsiedler war stets das Vorbild des landesfürstlichen Siedlungswerkes gewesen, dessen Vorhandensein genügte, auf das Siedlungsverfahren der ritterlichen und kirchlichen Grundherrschaften einen zwingenden Einfluß auszuüben, da diese andernfalls kaum die notwendigen Bauernsiedler gefunden hätten.

So bietet uns der Osten allmählich das Bild eines gedrückten

Bauerntums, dessen Rechtlosigkeit in schärfstem Gegensatz zu der stolzen freibäuerlichen Stellung stand, die die Vorfahren dieser Bauern einst ausgezeichnet hatte. Im Zuge dieser Entwicklung kommt es zur Ausbildung der Leibeigenschaft in Formen, die in Deutschland einzig dastanden. Der Bauer wird dadurch zu einem Stück Inventar des Rittergutes. Seine Persönlichkeit wird aus dem Rechtsleben ausgelöscht. So entscheidet beispielsweise ein Gutachten der juristischen Fakultät zu Kiel aus dem Jahre 1731, daß „deutsche Leibeigene sowohl als die römischen Knechte in die Zahl der Sachen und Güter gehören . . . solchem nach die Leibeigenen nicht nur mit dem Gute, zu welchem sie gehören, sondern auch ohne demselben verkauft, vertauscht, verpfändet, verschenkt und nach Gefallen gleich wie andere *res commercio subiectae* (d. h. Handelswaren) veräußert werden mögen.“ Dieses Gutachten entsprach in jeder Beziehung der damals herrschenden Rechtsauffassung. Ein in Ostdeutschland so weit verbreitetes juristisches Handbuch wie der von Benkendorf verfaßte 1779 erschienene „Kurze Inbegriff derjenigen landwirtschaftlichen Wahrheiten, welche allen sowohl hohen als niedrigen Gerichtspersonen nötig“ stellt in § 230 fest: „Daß ein Herr einen Leibeigenen verkaufen, vertauschen oder verschenken kann, ist ebenfalls durch die Gewohnheit eingeführt.“ Selbst in Preußen konnte es geschehen, daß noch im Jahre 1744, also vier Jahre nach dem Regierungsantritt Friedrichs des Großen, in einer Königsberger Zeitung, dem sogenannten „Königsberger Intelligenzwerk“ ein Inserat erschien, in welchem ein zum Koch ausgebildeter Leibeigener mit seinem Weib und

seinen beiden Töchtern, sowie „noch ein Mensch von 20 Jahren“ öffentlich zum Verkauf ausgebaut wurde. Diese Anzeige führte zwar zu einer Untersuchung gegen den Zensor, der sie hatte durchgehen lassen. An dem Handel selbst aber nahm die Regierung nicht den geringsten Anstoß und untersagte dem Inserenten lediglich, seine Untertanen öffentlich zum Verkauf anzubieten.

Mit dieser völligen Entrechtung des Bauern lag auch das Bauernland dem gutsherrlichen Zugriff offen, und da das ostdeutsche Getreide ein lohnendes Handelsobjekt war, bot dieses Bauernland lockende Verdienstmöglichkeiten, zumal ja des Bauern Arbeitskraft zu beliebiger Bewirtschaftung zur Verfügung stand. So entwickelte sich durch Einziehung von Bauernland in großem Umfange eine rasch wachsende Zahl von landwirtschaftlichen Großbetrieben, deren Arbeitsverfassung auf der bäuerlichen Leibeigenschaft beruhte, und begann dem deutschen Osten immer stärker ihr Gepräge aufzudrücken.

Das Bauernlegen hat besonders in den Ländern, wo der Landadel seine ständischen Rechte gegenüber der absolutistischen Staatsentwicklung weitgehend behauptete, Ausmaße angenommen, die zur fast völligen Vernichtung des Bauernstandes in diesen Gebieten führten. So werden in Mecklenburg von den im Jahre 1755 noch vorhandenen 4472 ritterschaftlichen Bauern- und Kossätenstellen bis zum Jahre 1800 nicht weniger als 2704 Stellen eingezogen, und sogar im 19. Jahrhundert geht das Bauernlegen weiter, so daß im Jahre 1850 von diesen Stellen nur noch 1390 vorhanden sind. In dem engen Raum von Osthol-

stein fallen im Verlaufe von zwei Jahrhunderten der Einziehung durch die Gutsherrschaften, äußerst vorsichtig, unter Weglassung aller Zweifelsfälle berechnet, nicht weniger als 197 ganze Bauerndörfer zum Opfer und sind heute von der Bildfläche verschwunden. Aber selbst in Preußen ist der Kampf der Herrscher gegen das Bauernlegen, der fast gleichzeitig mit dem ersten Auftreten dieser Erscheinung einsetzte, lange Zeit so gut wie ergebnislos gewesen. Das beweist die Notwendigkeit der ständigen Wiederholung der Edikte, die sich gegen diesen Rechtsmißbrauch wenden. Erst Friedrich dem Großen ist es gegen Ende seiner Regierungszeit gelungen, diesem Mißbrauch wirklich ein Ende zu bereiten. Gleichzeitig mit dem Bauernlegen fand – eine Tatsache, die noch immer viel zu wenig beachtet wird! – in fast allen deutschen Ostgebieten eine allmähliche „Umsiedlung“ der auf ihrer Scholle verbliebenen Bauern statt, wodurch diese auf die schlechten und schlechtesten Böden abgedrängt wurden. Diese Entwicklung, die bei der Besitzregulierung aus Anlaß der Bauernbefreiung sich noch verschärfte, wirkt sich noch heute sehr zu Ungunsten der ernährungswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Bauernwirtschaften aus.

Der ostdeutsche Bauer hat seine allgemeine Entrechtung nicht widerstandslos über sich ergehen lassen; aber die herrschenden politischen Mächte der Zeit waren gegen ihn, und das römische Fremdrecht verlieh ihnen die aus deutschem Recht nicht ableitbaren Handhaben für ihre Unterdrückungsmethoden. Daß es nicht zur Bildung einer allgemeinen Widerstandsfront kam, ist schon deswegen nicht verwunderlich, weil der Umschwung ja

nicht etwa schlagartig einsetzte, sondern sich bald hier, bald dort in Einzelfällen vorbereitete, deren allgemeine politische Tragweite gar nicht übersehbar war. So versuchten die betroffenen ostdeutschen Bauern zunächst in zahlreichen Prozessen ihren Rechtsstandpunkt zu wahren. Führer in diesem Kampfe um die Wahrung des alten Rechtes waren vor allem die alteingesessenen Erbschulzengeschlechter, gegen die sich ja auch, wie wir gesehen haben, der erste Stoß richtete. Aber nur in Ausnahmefällen endeten die angestregten Prozesse siegreich wie der der Freischulzen zu Badresch (Mecklenburg) in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, durch den dem Schulzengeschlecht die alten Freiheiten an ihren Hufen bestätigt wurden; denn unter dem Einfluß des Römischen Rechtes hatten bei den Prozessen nur die Besitzrechte Aussicht auf Anerkennung, die, wie das auch bei den Schulzen zu Badresch der Fall war, durch Brief und Siegel nachweisbar waren. In der großen Mehrzahl der Fälle aber beruhte das Bauernrecht auf mündlicher Überlieferung, die von den Dorfgerichten von Geschlecht zu Geschlecht treu bewahrt wurde. Diese früher allgemein übliche und anerkannte Form der Beweisführung wurde aber von den römischen Rechtsgelehrten abgelehnt. Für sie galt das verbrieft Wort, und da die große Masse des Bauerntums die plötzlich wider alle frühere Rechtsgewohnheit geforderte Beurkundung ihres Rechtes nicht nachweisen konnte, wurden ihre Klagen fast ausnahmslos abgewiesen.

Die Aussichtslosigkeit des bäuerlichen Kampfes um Anerkennung des alten Rechtes kann man nur dann verstehen, wenn man sich vergegenwärtigt, mit welchem Hochmut die

meisten gelehrten Richter, auf ihre importierte Weisheit pochend, dem alten deutschen Volksrecht gegenüberstanden, das ihnen als das Produkt hinterwäldlerischer Barbarei erschien. Die römischen Rechtsgelehrten waren in ihrem unerschütterlichen Dünkel überzeugt, das unverfälschte Recht sozusagen zu rekonstruieren, wenn sie an Hand der bäuerlichen Leistungen an die Grundherrschaften durch Analogieschlüsse aus dem so andersgearteten Römischen Rechte ein neues Bauernrecht statuierten, das die altdeutsche Bauernfreiheit nicht mehr kannte. So führten die ostdeutschen Bauern einen vergeblichen Zweifrontenkampf gegen die politischen Mächte der Zeit und das überall vordringende Römische Recht.

Als sie die Aussichtslosigkeit erkennen mußten, auf gerichtlichem Wege zu ihrem Rechte zu kommen, griffen sie in ihrer Verzweiflung bald hier, bald dort zu den Waffen. So heißt es beispielsweise in einem bäuerlichen Drohbrief an einen Gutsherrn, der sich durch besondere Härte seiner Unterdrückungsmethoden auszeichnete: „Bedenke Dich aber wohl, so Du nicht wirst ablassen von Deiner barbarischen Tyrannei und Ungerechtigkeit, was Du den armen Leuten hast mit Unrecht genommen, es wird alles auf Deiner Seele verbrennen, wenn der Schützenstutz wird knallen. Wie werden die Pferde wriensen, wie werden die Ochsen, die Kühe brüllen, und Dir wird bange werden, auf Erden zu leben.“ Zwei Jahrhunderte lang — die ersten mir bekannten Bauernunruhen brechen 1579 in der Umgebung von Cottbus und Lübben aus — flammt immer wieder der bäuerliche Widerstand an den verschiedensten Orten auf. Gewiß ist jeder

dieser Aufstände, zumal sie stets rasch unterdrückt wurden, für sich betrachtet nur ein Lokalereignis von untergeordneter Bedeutung; aber im Zusammenhang gesehen, sind sie doch ein eindringlicher Beweis für den Grad der allgemeinen Verzweiflung und Verbitterung, die das ostdeutsche Bauerntum aufwühlte.

Nur einmal kommt es in einem Lande, in Mecklenburg, zu einem allgemeinen Bauernaufgebot, weil hier die Bauern in ihrem Landesfürsten einen überragenden Führer fanden, dessen sie sonst ermangelten. 1715 versuchte Herzog Karl Leopold als erster unter den mecklenburgischen Herrschern, die Bauern aus den Fesseln der Leibeigenschaft zu befreien und eine allgemeine Vererbpachtung des Bauernlandes vorzunehmen. Die Ritterschaft beantwortete diese offene Kampfansage gegen ihre wirtschaftlichen Machtbestrebungen mit schroffster Ablehnung jeder Verhandlung. Da sich die Bauernschaft geschlossen auf die Seite des Herzogs stellte, flohen viele adlige Gutsherren aus dem Lande, um außerhalb Mecklenburgs den Kampf fortzusetzen, und es gelang ihren eifrigen Bemühungen tatsächlich, beim Kaiser die Reichsexekution gegen den Herzog zu erwirken. Dieser mußte vor dem Einmarsch der Reichsexekutionsarmee sich auf die Feste Dömitz zurückziehen. Von dort aus begann er 1730 durch Aufgebot der Bauern und Bürger die Wiedereroberung seines Herzogtums. Als aber das letzte große Landesaufgebot 1733 an der Übermacht der landesfremden Söldnertruppen scheiterte, war auch die Bauernsache verloren. Eine neue Welle des Bauernlegens, deren Ausmaß ich bereits in anderem Zusammenhange geschildert habe, überflutete das Land.

Bauernlos und Stadtentwicklung in schicksalhafter Wechselwirkung

Der grundstürzende Wandel der ostdeutschen Agrarstruktur wirkte sich auch auf die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der Klein- und Mittelstädte im Innern aus. Dabei ist es nicht einmal so sehr bedeutungsvoll, daß die Gutsbesitzer mit wechselndem Erfolge versuchen, die Vermittlertätigkeit der Binnenstädte im Getreidehandel auszuschalten. Entscheidend für das Gedeihen der Binnenstädte ist vielmehr die Wesensveränderung des Bauerntums ihrer Umgebung. Solange das sie umgebende Bauerntum sich in Freiheit einer gediegenen Wohlhabenheit erfreute, entwickelte es zahlreiche kulturelle Bedürfnisse, die es gewohnt war, in der nahen Stadt zu befriedigen. Damit war auch für das städtische Gewerbe eine feste Lebensgrundlage gegeben, die ihm nicht nur ein sicheres, sondern auch ein gutes Auskommen gewährleistete. Die mit der Entrechtung des ostdeutschen Bauerntums verbundene Herabdrückung des bäuerlichen Lebensstandes und Verkümmern seiner alten Kultur zerstörte langsam, aber sicher auch die natürliche Lebensgrundlage des städtischen Gewerbes. Der Bedarf der Gutsherrschaften aber bot für den immer stärkeren Ausfall der bäuerlichen Käufer geringen Ersatz. Auch werden sehr bald die Klagen immer lauter, daß der zunehmende Luxus der Gutsherrschaften mit Vorliebe seine Befriedigung ausschließlich in der Landeshauptstadt suche. So beginnt ein allmähliches Absterben des gewerblichen Lebens in den ostdeutschen Binnen-

städten. Daß dieses zunächst längere Zeit fast unsichtbar blieb und sich nicht sehr bald in Zusammenbrüchen zahlreicher Gewerbebetriebe äußerte, ist zu einem hohen Grade auf die Auswirkung der Zunftordnungen zurückzuführen. Hatte in guten Zeiten die Zunftordnung für eine gerechte Verteilung des Verdienstes gesorgt, so sorgte sie jetzt für einen Ausgleich des Verlustes. Das bedeutete zwar eine Verlangsamung des Sterbeprozesses, aber keine wirkliche Abhilfe. Diese lag außerhalb der Eingriffsmöglichkeiten der Zünfte, wie ja die Quelle der Not des städtischen Gewerbes außerhalb der Stadtmauern lag. Zur Hilflosigkeit verurteilt, greifen die Zünfte in ihrer Not vielfach zu Abwehrmaßnahmen, die einer späteren Zeit absurd erschienen; doch wer hat ein Recht, über den Ertrinkenden zu spotten, der in seiner Not nach einem Strohhalme greift?

Geschichtsforschung und Geschichtschreibung haben diesen Vorgängen und ihren inneren Zusammenhängen bisher nur geringe Aufmerksamkeit gewidmet. Soweit sie sich mit dem Schicksal der ostdeutschen Städte befaßten, blieb ihre Aufmerksamkeit an dem glücklichen Gedeihen der großen ostdeutschen Küstenstädte haften, zumal diese im Rahmen der allgemeinen Entwicklung eine hervorragende Sonderstellung einnahmen. Die These von dem raschen Verfall der Hansestädte längs der Ostseeküste infolge der Entdeckung der transozeanischen Handelswege darf heute als widerlegt gelten. Sie entspricht in keiner Beziehung den Tatsachen. Die Bedeutung der Ostsee als des großen Verbindungsweges zwischen Osteuropa mit seinem asiatischen Hinterland und Westeuropa bleibt bestehen. Noch er-

weist sich das ostdeutsche Brotgetreide für West- und Nordeuropa trotz der wiederholten Versuche, sich von ihm unabhängig zu machen, immer wieder als unentbehrlich, und so behaupten die meisten nordostdeutschen Küstenstädte ihre Stellung als die Vermittlerinnen des Handelsverkehrs zwischen Ost- und Westeuropa.

Ihre Stellung war um so unerschütterter, als das Wirtschaftsrecht der Hanse mit seiner ausgeprägten antikapitalistischen Tendenz bisher die Ansammlung übergroßer Vermögen in den Händen weniger und damit den Übergang vom Waren- zum Geldhandel verhindert hatte, der für den einst schier unermesslichen Reichtum der süddeutschen Kaufmannsgeschlechter in Nürnberg, Augsburg, Ulm und Regensburg verderblicher wurde als die starke Lähmung des europäischen Süd-Nord-Verkehrs durch die Umleitung der Handelswege nach Indien über den Ozean und die Erschließung neuer Erdteile für den europäischen Handel; denn durch den Geldhandel wurden diese süddeutschen Handelshäuser in die Bankerottpolitik vor allem des spanischen, aber auch des französischen Königshauses hineingezogen und gingen an ihr zugrunde. Während der holsteinische Adel, nach Lamprechts Schätzung, damals der kapitalsreichste in Deutschland, schon im 16. Jahrhundert im regen Verkehr mit den Antwerpener Geldmärkten stand, wurde im benachbarten Lübeck erst 1605 eine Börse errichtet, ohne daß aber damit der Geldhandel eine wesentliche Bedeutung gewann. Dieser weisen Beschränkung auf die Ausnutzung des naturbedingten Austauschverkehrs zwischen Ost- und Westeuropa ist es auch wohl in

erster Linie zu verdanken, daß sich die meisten Handelsstädte an der Ostseeküste von den verheerenden Folgen des Dreißigjährigen Krieges verhältnismäßig rasch erholten.

Trotz dieser im Vergleich zu den politischen Verhältnissen bemerkenswert günstigen wirtschaftlichen Entwicklung der Ostseehandelsstädte darf aber nicht übersehen werden, daß sich im Laufe des 17. und stärker noch des 18. Jahrhunderts eine Verschiebung der handelspolitischen Beziehungen anzubahnen beginnt, die für den weiteren Wandel des ostdeutschen Wirtschaftsaufbaues von entscheidender Bedeutung werden sollte. Diese Verschiebung geht aus von der Entwicklung Englands zum Industriestaat und seinem Aufstieg zur handelspolitischen Großmacht. England beginnt in immer stärkerem Maße die wirtschaftlichen Beziehungen zu Osteuropa, insbesondere auch zu Ostdeutschland, an sich zu reißen und einseitig im Dienste jener Entwicklung umzugestalten, Osteuropa zur Rohstoffbasis seiner aufstrebenden Industrie und zum Absatzmarkt seiner industriellen Fertigwaren auszubauen. Während der Stalhof, die Handelsniederlassung der Hansestädte in London, längst zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken war, setzt sich die straff organisierte, staatlich geschützte Handelskompanie der „Merchant Adventurers“ – ihr Name ist kennzeichnend für die englische Einstellung zum Handel – zunächst in Emden, dann in Hamburg fest und erhält, nachdem Hamburg 1611 endgültig vor dem Druck der englischen Staatsgewalt kapituliert hatte, ein zollbegünstigtes Monopol für den Verkauf englischer Waren in Deutschland. Nach ihrem Vorbild werden sehr bald neue

Handelskompanien gegründet, so z. B. die „Russia Company“ und die „Eastland Company“ mit dem Monopol für den Handel an den deutschen Ostseeküsten. Seit der Festsetzung der Handelskompanie der „Merchant Adventurers“ in Hamburg war Hamburgs Aufstieg für mehr als zwei Jahrhunderte aufs engste verknüpft mit der Ausdehnung des englischen Handels in Deutschland. Es ist selbstverständlich abwegig, aus dieser Tatsache Hamburg einen Vorwurf machen zu wollen. Hamburg hatte sich schon im Interesse des eigenen Handels mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Einnistung der Engländer gewehrt und sich sogar entschlossen, die Hilfe des Reiches anzurufen; doch diese versagte, wie nicht anders zu erwarten war, völlig. So stemmte sich Hamburg nicht länger gegen das Eindringen der Engländer, sondern versuchte, in ihrem Fahrwasser das Bestmögliche für den eigenen Handel herauszuholen.

Diese Einstellung wurde bald in allen Handelsstädten an der Ostsee vorherrschend. Man beurteilte dort die von der englischen Interessenpolitik diktierte wirtschaftliche „Arbeitsteilung“ zwischen England und Ostdeutschland insofern durchaus günstig, als außer den überseeischen Kolonialwaren Englands einziges Ausfuhrerzeugnis von Bedeutung seine Tuche waren, während andererseits Englands Bedarf an Brotgetreide ständig stieg, ein großer Teil der von der englischen Industrie benötigten durchweg agrarischen Rohstoffe aus Ostdeutschland selbst oder durch ostdeutsche Vermittlung bezogen wurde und schließlich sogar ein wichtiges Erzeugnis ostdeutschen Gewerbe-

fleißes, die Leinwand, in erheblichen Mengen durch englische Vermittlung nach Übersee ausgeführt wurde. Aber dieses von allen beteiligten Kreisen so gepriesene Austauschverhältnis entsprang nicht etwa dem Bestreben Englands nach Herstellung eines echten Gegenseitigkeitsverhältnisses, sondern wurde ausschließlich – das kann nicht scharf genug betont werden – bestimmt von den industriellen und händlerischen Bedürfnissen Englands, die durch die englische Außenpolitik zu jeder Zeit mit Nachdruck vertreten wurden. Als diese Bedürfnisse durch die Entwicklung neuer Ausfuhrindustrien in England, die Erschließung neuer Rohstoffgebiete in den überseeischen Kolonien und vor allem durch den umstürzenden Wechsel der Rohstoffe selbst sich von Grund auf veränderten, da sollte es sich zeigen, was es bedeutete, daß hinter der ostdeutschen Wirtschaft kein zielbewußter politischer Machtwille stand; aber schon im 17. und 18. Jahrhundert machte sich, wie wir an dem Beispiel der Handelskompanie der „Merchant Adventurers“ gesehen haben, der Mangel eines politischen Gegengewichtes gegenüber dem englischen Machtstreben auf deutscher Seite drückend genug bemerkbar.

Wirkte sich die Verschlechterung der bäuerlichen Rechts- und Wirtschaftslage außerordentlich stark auf die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der ostdeutschen Kleinstädte aus, so übte umgekehrt die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen England und den ostdeutschen Küstenstädten auf die Lage des ostelbischen Bauerntums größten Einfluß aus. Die lohnenden Getreideausfuhrgeschäfte mit England und die Belebung des ge-

samten Getreidehandels, die von diesen Geschäften ausging, bildeten den wirtschaftlichen Hauptreiz zu den immer umfangreicheren Bauernlegen in Ostdeutschland. Es ist doch wohl kein Zufall, daß gerade in den Gebieten, die für den Getreidehandel mit England am verkehrsgünstigsten lagen, das Bauernlegen die schärfsten Formen annahm. Der schwunghafte Getreidehandel mit England steigerte zudem die einseitige Ausrichtung der Dreifelderwirtschaft auf Getreideerzeugung bis zum Raubbau, der den Boden mehr und mehr erschöpfte. Die reichen gewinnversprechenden Holzausfuhrmöglichkeiten übten eine ähnlich verhängnisvolle Doppelwirkung wie der Getreideausfuhrhandel aus. Einmal veranlaßten sie die Grundherrschaften, den dörflichen Gemeindebesitz an Waldungen immer stärker zu beschneiden, wodurch vor allem die Futtergrundlage der bäuerlichen Viehhaltung sehr eingeengt wurde. Zum andern steigerten die Holzausfuhren nach England noch die an und für sich schon großen Wälderverwüstungen, die dadurch hervorgerufen wurden, daß das Holz in damaliger Zeit ein für alle Gewerbezweige unentbehrlicher Rohstoff war. Bei der zunehmenden Holznot, die im 18. Jahrhundert zu einer allgemeinen Wirtschaftsstockung führte, gingen die Holzausfuhren nach England auf Kosten der industriellen Entfaltungsmöglichkeiten im eigenen Lande. Dies gilt — allerdings zunächst noch in abgeschwächtem Maße — auch von der nicht unerheblichen Ausfuhr an Textilrohstoffen und -halbfabrikaten, vor allem Flachs und Leinwand. Besonders aber, als sich in späterer Zeit noch eine rasch steigende Wollausfuhr hinzugesellte, wurde durch die Aus-

fuhr von Textilrohstoffen nach England die gefährlichste Konkurrenz der ostdeutschen Textilindustrie ausgerechnet von den Erzeugerkreisen gestärkt und gefördert, die, auf die Dauer gesehen, in der einheimischen Textilindustrie, die sie selbst zerstören halfen, den einzigen zuverlässigen Abnehmer hatten.

So bedeutete die geschilderte Entwicklung der ostdeutsch-englischen Handelsbeziehungen für die ostdeutsche Landwirtschaft einen höchst fraglichen Gewinn, für das ostdeutsche Bauerntum aber eine schwere Schädigung. Wie in dieser Zeit ein scharfer Gegensatz zwischen den bäuerlichen und gutsherrlichen Wirtschaftsinteressen aufkluft, so entwickelt sich gleichzeitig auch ein nicht minder scharfer Gegensatz zwischen den Wirtschaftsinteressen der ostdeutschen Binnenstädte und der am Englandhandel beteiligten Hafenstädte. Zum ersten Male in der deutschen Geschichte taucht die Frage auf, die seitdem nicht mehr zur Ruhe kommen sollte: ob dem Binnenmarkte oder dem Außenhandel der Vorrang gebühre, und schon damals zeigte es sich, daß eine Vorrangstellung des Außenhandels auf die Dauer zwangsläufig zu einer gefährlichen Abhängigkeit vom Ausland führt; denn die von England erstrebte „Arbeitsteilung“ mußte, so gewinnreich sie auf den ersten Blick erschien, auf lange Sicht gesehen, das blühende ostdeutsche Gewerbe zerstören und die ostdeutsche Rohstoffherzeugung damit ihres größten und sichersten Abnehmers berauben, um sie auf Gedeih und Verderb an den Handel mit England zu binden.

Der preußische Staat als ostdeutsches Kraftzentrum

Wenn trotzdem damals diese Entwicklung noch nicht im vollen Ausmaße eintrat und nicht ganz Ostdeutschland in die Rolle eines willenlosen Trabanten der englischen Wirtschaftsmacht hineingedrängt wurde, so ist das allein der preußischen Großmachtbildung im ostdeutschen Raum zu verdanken. Mit gesundem Machtinstinkt verstehen es die beiden großen preußischen Könige Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II., die natürlichen Kräfte ihres Landes zu mobilisieren, und erbringen so den eindringlichen Beweis der Lebensfähigkeit ihres Landes aus eigener Kraft. Ausgangspunkt und Grundlage ihres Wiederaufbauwerkes ist ihre Politik des Bauernschutzes und der Bauernsiedlung. Wie für alle ostdeutschen Landesfürsten, ist auch für die ersten Hohenzollern zunächst das Bauerntum das Kompensationsobjekt in ihrer Auseinandersetzung mit den Ständen des Landes, insbesondere der Ritterschaft, mit all den verderblichen Folgen, die sich daraus für das Bauerntum in ganz Ostdeutschland ergaben.

Während aber in den anderen ostdeutschen Ländern die Ritterschaft ihre überragende Machtstellung behauptet und der größte Teil der Bauernschaft ihrer Willkür ausgeliefert bleibt, gewinnt in Brandenburg - Preußen das Landesfürstentum allmählich, aber entschieden die Oberhand, nicht zuletzt dadurch, daß es die beiden großen Preußenkönige verstanden, ihren Landadel in den Bann ihrer Staatsidee zu zwingen und so der werdenden Groß-

macht Preußen dienstbar zu machen. Durch diese staatspolitische Erziehungsleistung hörte für einen großen Teil des preußischen Landadels die Landwirtschaft auf, Selbstzweck zu sein, und wurde wieder Grundlage seiner staatlichen Dienstleistung. Damit war die entscheidende Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung vor allem des Bauernlegens gegeben, dessen volkszerstörender, wirtschafts- und kulturverödender Wirkung sich kein Einsichtiger verschließen konnte. Zu dem Schutze des eingesessenen Bauerntums gesellte sich ein großzügiges Landeskulturwerk, das seine Krönung in einer starken Neubildung deutschen Bauerntums suchte. Friedrich der Große ist stets besonders stolz darauf gewesen, durch die Urbarmachung der Oder- und Warthebrüche ganze Provinzen „im Frieden erobert“ zu haben. In den preußischen Ostprovinzen siedelte er auf dem Lande in Schlesien 70 000, Brandenburg 74 000, Pommern 26 000, Magdeburg 17 000, Ostpreußen 70 000 und in Westpreußen 8500 Personen an. Dabei handelt es sich durchweg um Mindestzahlen.

Diese zielbewußte Bauernpolitik der Preußenkönige war in vielfacher Beziehung Voraussetzung und Grundlage ihrer Politik der Gewerbeförderung; denn sie schuf dem wiederaufblühenden städtischen Gewerbe den notwendigen aufnahmefähigen Binnenmarkt, ohne dessen Rückhalt die Versuche, sich im Ausland zusätzliche Absatzmöglichkeiten zu schaffen, erfolglos geblieben wären. Das gilt vor allem von dem wichtigsten Gewerbebezweig der damaligen Zeit, dem Textilgewerbe, dem gegenüber alle anderen Industriezweige an Bedeutung weit zu-

rücktreten. Werner Sombart schätzt das Verhältnis des Produktionswertes der Textilindustrie zu dem der Montanindustrie in Preußen Ende des 18. Jahrhunderts auf 10 zu 1; aber selbst in England war das Verhältnis um diese Zeit trotz des starken Aufschwunges seiner Eisen- und Kohlenerzeugung noch immer 8 zu 5.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser überragenden Stellung des Textilgewerbes wird aber erst voll verständlich, wenn man bedenkt, daß die preußische Textilindustrie, abgesehen von der nur für die Kurmark bedeutsamen Seidenindustrie und der noch gänzlich unentwickelten Baumwollindustrie, in jeder Beziehung bodenständig war. Sie nahm daher eine ausgesprochene Schlüsselstellung für das gesamte Gewerbeleben ein. Da sie fast ausschließlich im Lande selbst erzeugte Rohstoffe verarbeitete, schuf sie der Landwirtschaft eine reichfließende Absatzquelle, die besonders dem Bauerntum zugute kam; denn die landwirtschaftlichen Großbetriebe hatten sich im allgemeinen unter starker Vernachlässigung der anderen Landwirtschaftszweige in gefährlicher Einseitigkeit auf den Getreidebau geworfen. Die Spinnerei beschäftigte sehr zahlreiche Arbeitskräfte und bot besonders den ärmeren Volksschichten eine beachtliche Verdienstmöglichkeit, die nicht zuletzt das ostdeutsche Kleinbauerntum gern ausnutzte. Auch für die ostdeutsche Holzwirtschaft war die Leinenweberei durch ihren großen Bedarf an Pottasche zum Bleichen eine wichtige Verdienstquelle. Zum Färben — bunte Leinwand und farbige Tücher waren besonders wichtige Ausfuhrartikel — brauchte man, wenn auch der Ein-

fuhrüberschuß an Farbstoffen (besonders Indigo und Cochenille) 1795/96 bereits rund 777 000 Rtl. betrug, auch gegen Ende des 18. Jahrhunderts noch vornehmlich einheimische Farbkraüter (so vor allem Waid, Krapp oder Färberröte, Saflor, Scharte oder gelbe Färbedistel). Der Krappbau in Preußen brachte sogar einen nicht unerheblichen Ausfuhrüberschuß (noch 1795/96 annähernd 90 000 Rtl.). Neben der Färberei war der Leinwandbuntdruck ein blühendes Gewerbe. In den stark für Ausfuhr arbeitenden Gebieten nahm auch das Transportwesen einen entsprechenden Aufschwung und nicht zuletzt auch die Gewerbe, die die notwendigen Verpackungsmaterialien herstellten, Tonnen für die feineren Gewebe, Kisten und Flechtwerk für die gröberen Stoffe. So geht von der Tuch- und Leinenweberei ein Kraftstrom aus, der zahlreiche Gewerbe, vor allem aber auch die landwirtschaftliche Urproduktion stark belebt.

Unter diesen Umständen ist es ohne weiteres verständlich, daß die preußische Wirtschaftspolitik mit besonderem Eifer darauf bedacht war, diesem so wichtigen Industriezweig mit allen Mitteln staatlichen Schutzes und staatlicher Förderung einen aufnahmefähigen Binnenmarkt zu sichern. Gestützt auf ihn, entwickelte sich die preußische Textilindustrie zu einer Ausfuhrindustrie ersten Ranges. 1795/96 betrug der Ausfuhrüberschuß Preußens an Tuchen und anderen Wollwaren 4 976 421 Rtl. Das war der größte preußische Ausfuhrüberschußposten überhaupt. Ihm folgte dichtauf der der Leinenindustrie mit 4 746 325 Rtl. und dann, aber im beträchtlichen Abstand der Getreideausfuhrüberschuß mit 1 814 197 Rtl. So betrug gegen

Ende des 18. Jahrhunderts der Anteil des Webereigewerbes an dem Wert der preußischen Gesamtausfuhr annähernd 43 v.H., während die preußische Getreideausfuhr (einschließlich Hülsenfrüchten) nicht einmal 10 v.H. erreichte, obwohl gerade in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts die Getreideausfuhr bei rasch anziehenden Preisen wesentlich gestiegen war. Die preußische Textilausfuhr war also für das Ergebnis der preußischen Handelsbilanz ausschlaggebend. Von entscheidender Bedeutung für die günstige Entwicklung der preußischen Leinen- und Tuchausfuhr war die Tatsache, daß sie, abgesehen von der schlesischen Leinenausfuhr, fast ausschließlich in den Ostraum ging, wo die Vormachtstellung Englands zur See nicht zur Geltung kam. Nur die schlesische Leinenausfuhr, deren Wert um die Jahrhundertwende die stattliche Höhe von 6 Millionen Rtl. überschritt, ging zu zwei Drittel bis drei Viertel über Hamburg und Bremen, gelegentlich auch über Stettin, nach Westeuropa und Übersee. So entstanden in Preußen zahlreiche blühende Weberstädte, deren Handelsbeziehungen den gesamten Ostraum bis nach China erfaßten. Als diese bereits lange zerstört waren und in den meisten dieser Weberstädte Gewerbe und Handel so gut wie erloschen waren, trug eine in China besonders gängige Tuchsorte, Meseritzki genannt, noch immer den Namen einer ostdeutschen Stadt.

Aber auch wenn man von der besonderen Stellung des Webereigewerbes und seiner zahlreichen Nebengewerbe absieht, ist das Preußen des 18. Jahrhunderts, mit zeitgenössischen Maßstäben gemessen, durchaus kein Agrarland in dem üblichen ein-

seitigen Sinne des Wortes. Preußen verfügt über alle wichtigeren gewerblichen Rohstoffe der damaligen Zeit in ausreichendem Maße, so daß es seinen Bedarf an gewerblichen Erzeugnissen aus eigener Erzeugung voll befriedigen kann, ohne daß seine Selbstgenügsamkeit zur Dürftigkeit führt. Dabei ist für den Wirtschaftsaufbau des preußischen Teils des deutschen Ostens besonders wichtig, daß sich das gewerbliche Leben nicht etwa in wenigen Zentren zusammenballt, sondern sich ziemlich gleichmäßig über die zahlreichen Städte des Landes verteilt. Berlin wächst zwar rasch. Es zählt 1661: 6500, 1721 über 60 000, 1760: 120 000, 1777: 140 000 Einwohner. Um die Jahrhundertwende nähert es sich der 200 000-Grenze; aber es ist weit davon entfernt, durch seinen Aufschwung die Gewerbetätigkeit der andern Städte zu lähmen und eine Monopolstellung auszuüben.

Weitere Verkümmernng des ostdeutschen Bauern- erntums durch Verfälschung der Bauern- befreiung

Der jähe Zusammenbruch des so festen und ausgeglichenen Wirtschaftsgefüges Preußens ist die Folge des Zusammenbruchs seiner Großmachtstellung, der die preußische Wirtschaft zum Spielball der Interessenpolitik der um die Herrschaft in Europa ringenden anderen Großmächte macht. So ist Preußen in dem entbrennenden Wirtschaftskriege, der durch das System der englischen Blockade und der napoleonischen Kontinentalsperre

gekennzeichnet wird, in jeder Beziehung der leidende Teil. An dem Zusammenbruch seines gesamten Außenhandels ist Frankreich ebenso sehr beteiligt wie England und vor allem auch Rußland. Dauernde Nutznießer dieses Zusammenbruches waren allerdings nur England durch Verdrängung der ostdeutschen Textilausfuhr von ihren überseeischen Absatzmärkten und Rußland durch systematische Absperrung des Ostraums gegen die ostdeutsche Textilausfuhr. Dadurch wird der tragende Pfeiler des ostdeutschen Gewerbes zerstört.

Im Vergleich zu dieser Tatsache wog selbst die Vernichtung des ostdeutschen Getreideausfuhrhandels verhältnismäßig gering, denn sein starker Aufschwung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, verbunden mit einer sehr ungesunden Preisentwicklung, entsprang nicht so sehr einem natürlichen Erzeugungsüberschuß, sondern einer spekulativen Konjunkturausnutzung, der ein verhängnisvoller Güterschacher mit einer — vorsichtig gerechnet — durchschnittlichen Verdreifachung der Bodenpreise und rasch wachsender Verschuldung der Landwirtschaft parallel lief. Diese Scheinblüte hätte über kurz oder lang auch ohne den Gewalteingriff der Kontinentalsperre zusammenbrechen müssen. Diese Entwicklung war auch insofern unnatürlich, als sie zu einem jahrzehntelangen starren Festhalten an der Dreifelderwirtschaft mit ihrem einseitigen Getreidebau führte und so den Übergang zur Fruchtwechselwirtschaft mit ihrer besseren vielseitigen Ausnutzung der natürlichen Bodenkräfte verzögerte. Trotzdem bedeutete natürlich die Kontinentalsperre mit ihrem jähen Eingriff auch in dieser Beziehung einen harten

Schlag; denn sie machte einen natürlichen Heilungsprozeß durch eine organische Umstellung völlig unmöglich.

So schwer die Erschütterung des Wirtschaftsgefüges Preußens durch die Kontinental Sperre und ihre Folgeerscheinungen auch war, so hätte sie doch nie zu dem Zusammenbruch in dem Ausmaße führen können, wenn nicht die Wirtschaftspolitik der preußischen Staatsregierung völlig versagt hätte. Gewiß waren ihr während der Gewaltherrschaft Napoleons die Hände so gut wie gebunden; aber nach seiner Besiegung war die Stunde zum Handeln gekommen. Die zerstörten Handelsbeziehungen nach Übersee und dem Osten waren zwar zunächst nicht wieder herstellbar. England und Rußland waren nicht geneigt, ihre während der Kontinental Sperre gemachte Beute preiszugeben. Um so mehr galt es daher für die preußische Staatsregierung, alle Kräfte im Innern zusammenzufassen und zu mobilisieren und wenigstens den Binnenmarkt nach Möglichkeit zu stärken. Statt dessen geschah nichts oder das Gegenteil dessen, was nötig war.

Die durch Reichsfreiherrn vom Stein eingeleitete Bauernbefreiung wird, teils im Banne der liberalen Verfälschung der Freiheitsidee, teils unter dem Drucke der heftigen Opposition des Großgrundbesitzes, verbogen oder aufgehoben. Im Banne der liberalen Verfälschung der Freiheitsidee wurde im Gegensatz zu Steins Auffassung von seinen Nachfolgern der Grund und Boden, insbesondere auch das befreite Bauernland, von wenigen Ausnahmen abgesehen, völlig dem beweglichen Kapital gleichgestellt. Damit verstieß man gegen einen der Hauptgrundsätze, die Stein bei der Bauernbefreiung von vornherein leiteten;

denn er war überzeugt, daß „eine gesetzliche Einschränkung der freien Disposition über das Eigentum bleiben müsse, diejenige nämlich, welche dem Eigennutz des Reicheren und Gebildeten Grenzen setzt und das Einziehen des Bauernlandes zu Vorwerkland verhindert,“ um so mehr, als „der steigende Kaufwert die Besitzer immer mehr reizen wird, ihren Vorteil zu suchen.“ Die schlimmsten Befürchtungen Steins sollten noch bei weitem übertroffen werden, so daß er sich, zur Untätigkeit verdammt, mit wachsendem Groll gegen die Verfälschung seiner Reformpläne durch die liberale Bürokratie wandte.

Indem man dem deutschen Bauern die Möglichkeit gab, seinen Grund und Boden nach Belieben wie eine Ware zu verkaufen, beschenkte man ihn mit einer falschen Freiheit, deren verderbliche Wirkung sich nur zu rasch in Landflucht, Auswanderung und Verproletarisierung des Bauerntums äußern sollte. Diese falsche Verkaufs-, Verschuldungs- und Teilungs-„Freiheit“ war um so gefährlicher, als der Teil des deutschen Bauerntums, der durch die Agrarreformgesetze des 19. Jahrhunderts von seiner jahrhundertelangen Hörigkeit befreit wurde, noch nicht gewohnt war, selbständig zu wirtschaften. Seine Unbeholfenheit aber, die doppelten Schutz notwendig gemacht hätte, verfiel um so eher der Verkaufslockung, als Geld in Bauernhänden von jeher und besonders früher etwas sehr Seltenes gewesen ist, dessen Wert leicht überschätzt wurde. Hinzu kam, daß das „Recht“, den eigenen Grund und Boden nach Belieben zu verkaufen und beleihen zu dürfen, damit erkaufte wurde, daß der Grund und Boden, mit dem die von ihren Fronlasten befreiten

Bauern ausgestattet wurden, sozusagen als Entgelt wesentlich kleiner bemessen wurde, als ursprünglich beabsichtigt war. Auf diese Weise wurde die Wirtschaftsgrundlage des befreiten Bauerntums von vornherein vielfach zu schmal, um sich, besonders in Krisenzeiten, behaupten zu können. So hatte die Verfälschung der Steinschen Reformpläne durch die liberale Bürokratie unter Hardenberg zur zwangsläufigen Folge, daß die Bauernbefreiung zu einem neuen Bauernlegen großen Stils führte und auf dem Lande ein besitzloses Proletariat in erheblichem Umfange entstand.

In dieser Richtung wirkte bereits das Edikt vom 14. September 1811, welches bestimmte, daß sowohl diejenigen Bauernstellen, an denen schon bisher ein gewisses Erbrecht oder wenigstens die Verpflichtung des Gutsherrn zur Neuverleihung an die Erben des Besitzers bestanden hatte, wie auch die zu schlechterem Recht besessenen Güter auf Antrag eines der beiden Teile gegen Entschädigung des Gutsherrn zu freiem Eigentum der Besitzer gemacht werden sollten. Natürlich konnten diese dann mangels entgegenstehender gesetzlicher Bestimmungen nicht gehindert werden, ihr eben erst erworbenes freies Eigentum an ihren alten Gutsherrn wieder umgehend zu verkaufen, was, wie Reichsfreiherr vom Stein richtig vorausgesehen hatte, von vielen Gutsherrn systematisch betrieben wurde. Das beweisen zahlreiche Zeugnisse. Die Entschädigungen aber wurden in der Weise bewerkstelligt, daß die Besitzer erblicher Laßgüter ein Drittel, die Besitzer unerblicher Laßgüter sowie die Zeitpachtbauern die Hälfte ihres Landes dem Gutsherrn abtreten mußten. Diese Landabgabe ging weit über jedes gesunde Ausmaß hinaus.

Geradezu vernichtend aber für den Bestand des ostdeutschen Bauerntums wirkte die Deklaration vom 29. Mai 1816. Sie gab sich den harmlosen Anschein von Ausführungsbestimmungen zu der von Stein eingeleiteten Bauernbefreiung; in Wirklichkeit aber wurde durch sie die bisherige Rechtsgrundlage der Bauernbefreiung völlig umgestürzt. Sie beschränkte nämlich die Regulierbarkeit in dreifacher Beziehung, indem sie die Regulierung nur zuließ, wenn die Bauernstellen 1. spannfähig, 2. katastriert und 3. älteren Bestandes waren. Alle anderen Bauernstellen wurden, obwohl sie damit von der Regulierung ausgeschlossen waren, schutzlos der Einziehung durch den Gutsherrn oder der Umwandlung in reine Pachtverhältnisse preisgegeben. Als Stichtag für die vorgeschriebene Katastrierung aber wurden Zeitpunkte gewählt, zu denen infolge des Bauernlegens der Bestand an Bauern am kleinsten war. Zu spät versuchte das Ablösungsgesetz vom 2. März 1850 die verheerende Wirkung der Deklaration von 1816 dadurch zu heilen, daß es die Regulierbarkeit auf jeden lassitischen Besitz, unabhängig von seiner Größe, ausdehnte und die Entschädigung nicht mehr in Land, sondern in Geld festsetzte. Eine sehr große Anzahl von Bauernstellen war inzwischen eingezogen und zum Gutsland geschlagen worden, so daß das Gesetz von 1850 nur noch eine engbegrenzte Anwendung finden konnte.

Die Auswirkung der liberalen Verfälschung der Steinschen Bauernbefreiung auf die Verschiebung der ostdeutschen Großgrundbesitzverhältnisse ist nur schätzungsweise feststellbar. Nach dem Kommentar zum Reichssiedlungsgesetz von Wenzel-

Ponfick ergibt sich folgende Einbuße an Bauernland in den preußischen Ostprovinzen (Gebietsumfang 1914):

Durch das Regulierungsedikt von 1811 sind vom Bauernland an den Großgrundbesitz übergegangen	1 700 000 Morgen.
Die Verluste der Bauernschaft infolge der Deklaration von 1816 sind etwa mit 100 000 Stellen zu veranschlagen. Das entspricht rund	2 000 000 Morgen.
Der Übergang von Bauernland im freien Verkehr an die Rittergüter während der Regulierungszeit wird geschätzt auf ..	620 000 Morgen.
Insgesamt beträgt hiernach die Fläche des durch die Verfälschung der Bauernbefreiung verlorengegangenen Bauernlandes mindestens	4 320 000 Morgen.

Die Zahl der gelegten Bauernbetriebe in den preußischen Ostprovinzen ist nicht bekannt. Unterstellt man eine durchschnittliche Betriebsgröße von 60 Morgen (15 ha), so entspricht der vom Bauernland an den Großbetrieb übergegangenen Fläche eine Zahl von über 70 000 bäuerlichen Betrieben. Diese Übersicht über den bäuerlichen Gesamtverlust an Land ist inzwischen durch Einzelforschungen teilweise ergänzt worden, die darauf hinweisen, daß die vorstehenden Angaben eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sind. Das gilt insbesondere für die Auswirkung der falschen Verkaufsfreiheit, also den Übergang von

Bauernland im freien Verkehr an den Großgrundbesitz. So berechnet Dr. Robert Stein allein für Ostpreußen das im Wege des freien Güterverkehrs auf den Großgrundbesitz übergegangene Bauernland auf 481 000 Morgen. Das entspricht aber bereits 78 v. H. der von Wenzel-Ponfick angenommenen Fläche!

Mit der zweiten großen Verschiebung der Grundbesitzverhältnisse zugunsten des Großgrundbesitzes war gleichzeitig zwangsläufig auch eine tiefgreifende soziale Umwälzung verbunden. Das zeigt die nachfolgende Übersicht über die sich verändernde soziale Zusammensetzung der ostpreußischen Landbevölkerung:

	Anteil an der Ostpreußischen Landbevölkerung	
	1804	1867
Bauern	38 v. H.	25 v. H.
Eigenkätner	5 v. H.	10 v. H.
Landarbeiter	29 v. H.	41 v. H.

In der Zeit von 1804 bis 1867, dem Abschlußjahr der Regulierung in Ostpreußen, stieg die Zahl der besitzlosen Landarbeiter von 55 000 auf 140 000. Gerade die Entstehung einer umfangreichen besitzlosen Landarbeiterschicht infolge der Verfälschung des Steinschen Befreiungswerkes aber hat außerordentlich dazu beigetragen, daß die Industrialisierung des deutschen Westens sich in einer Ostwestwanderung auswirkte, die geradezu zu einer Gefahr für den deutschen Volksbestand im

Osten wurde. Der Einfluß der Grundbesitzverteilung auf die Entwicklung der Landflucht zu Beginn der Industrialisierungszeit beleuchtet folgendes Beispiel: Von den in den Jahren 1850–1860 Schulentlassenen waren 1875

	in 5 pommerschen Bauerndörfern	in 5 pommerschen Gutsdörfern
im Dorfe.	59 v. H.	34 v. H.
in Nachbardörfern.	13 v. H.	21 v. H.
in der Stadt.	27 v. H.	39 v. H.
im Auslande.	1 v. H.	6 v. H.

Allerdings darf man das Ergebnis der vorstehenden Statistik nicht ohne weiteres verallgemeinern. Während von der Goltz in seiner 1874 erschienenen Untersuchung „Die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung“ mit aller Bestimmtheit auf den engen Zusammenhang zwischen Landflucht und Grundbesitzverteilung hinweist und feststellt, daß die Landflucht mit dem Anteil des Großgrundbesitzes wachse, ist diese Behauptung in der Folgezeit immer stärker eingeschränkt und vielfach geradezu abgelehnt worden. Zweifellos steht fest, daß in den letzten Jahrzehnten auch in den bäuerlichen Bezirken die Abwanderung derart zugenommen hat, daß ihr Umfang vielfach nicht mehr hinter dem der Bezirke mit vorherrschendem Großgrundbesitz zurücksteht. Ein Blick auf die sehr unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung unter dem Einfluß der Grundbesitzverteilung erklärt sehr schnell diese sich vollziehende Anglei-

chung. In v. H. der Bevölkerungszahl von 1818 betrug 1867 bei spielsweise die Bevölkerungszahl in den Kreisen mit stark bäuerlichem Besitz:

Allenstein	 211 v. H.,
Goldap	 222 v. H.,
Memel	 225 v. H.,
Osterode	 240 v. H.,

mit starkem Großgrundbesitz:

Gerdaun	 152 v. H.,
Rastenburg	 156 v. H.,
Heiligenbeil	 163 v. H.,
Insterburg	 173 v. H.

Die ungleich stärkere Bevölkerungsvermehrung in den bäuerlichen Bezirken infolge größerer Seßhaftigkeit und höherer Geburtenüberschüsse hat in diesen Gebieten zu einer immer drückenderen Raumenge geführt, die die natürliche Kraftentfaltung durch Neubildung deutschen Bauerntums mehr und mehr behinderte. Geburtenrückgang und zunehmende Landflucht sind die Folgen dieser Entwicklung, beide gleich verhängnisvoll für die Urkraft unseres Volkes, beide eine späte, aber unmittelbare Auswirkung des bäuerlichen Landverlustes durch die Verfälschung der Bauernbefreiung. Infolge dieser Entwicklung bildet sich der widersinnige Zustand heraus, daß im deutschen Osten oft unmittelbar nebeneinander sich Volk ohne Raum und Raum ohne Volk befinden. Diesen widernatürlichen Gegensatz auszugleichen und so die Grundlage zu neuer Kraftentfaltung des ost-

deutschen Bauerntums zu bilden, ist eine der großen Aufgaben des nationalsozialistischen bäuerlichen Siedlungswerkes.

Der Einfluß der preußischen Freihandels- politik auf die ostdeutsche Wirtschafts- struktur

Infolge der Entwurzelung oder Verkümmern des ostdeutschen Bauerntums vollzieht sich der letzte, entscheidende Abschnitt der großen Verwandlung des deutschen Ostens, aus der sich jenes wirtschaftliche und soziale Gefüge entwickelte, das der Volksmund mit „Ostelbien“ bezeichnet. Die unausbleibliche Rückwirkung der Schwächung und Vernichtung des ostdeutschen Bauerntums auf die Lebenskraft der ostdeutschen Binnenstädte ist bisher deswegen so wenig beachtet worden, weil diese durch das völlige Versagen der preußischen Staatsregierung unmittelbar so hart getroffen wurden, daß die daraus sich ergebenden verheerenden Folgen fast ausschließlich die Aufmerksamkeit auf sich zogen.

Nach dem Zusammenbruch Napoleons benutzte die preußische Staatsregierung ihre wiedergewonnene Handlungsfreiheit, um, getreu der liberalen Lehre, zum Freihandel überzugehen. Sie hoffte ernsthaft, durch ihr gutes Beispiel die anderen Staaten zur Nacheiferung anspornen zu können. Vergeblich warnte eine Denkschrift aus schlesischen Wirtschaftskreisen: „Mag das preußische System auch noch so liberal gegen seine Nachbarn sein, es wird nur den Wohlstand seiner Untertanen opfern, ihre produ-

zierenden Kräfte und Fähigkeiten, worin der eigentliche Nationalreichtum besteht, unterdrücken und nie die Engländer, Franzosen und Österreicher bewegen, ihre in allen Umständen beibehaltenen unerschütterlichen Grundsätze, keine fremden Fabrikate irgendwelcher Art zuzulassen, aufzugeben.“ Diese Warnung sollte nur zu sehr Recht behalten. Rußland war keineswegs gesonnen, seine gegen den napoleonischen Wirtschaftsimperialis- mus gerichteten Absperrungsmaßnahmen abzubauen, sondern verschärfte noch seine wirtschaftliche Schutzpolitik, um vor allem seiner eigenen jungen Textilindustrie, die mit Hilfe deutscher Auswanderer errichtet worden war, ungestörte Entfaltungsmöglichkeiten zu verschaffen. Auf diese Weise blieb auch nach dem Friedensschluß der wichtigste ausländische Absatzmarkt der ostdeutschen Textilindustrie nach wie vor verschlossen.

England, das während der Kontinentalsperre den gesamten ostdeutschen Leinenhandel mit Übersee an sich gerissen hatte, tat ebenfalls alles, um die so errungene Vormachtstellung für immer zu sichern. Es erhöhte den Durchgangszoll für fremde Leinen auf 15 v. H., zahlte seinen eigenen Fabrikanten eine Ausfuhrprämie von 12 v. H. und schützte seine heimische Weberei durch Einfuhrzölle von 33 bis 50 v. H. So gerüstet, ging England auf der ganzen Front zum Angriff über. Die während der Kontinentalsperre angesammelten Warenvorräte wurden auf die europäischen Märkte geworfen und im Ramsch verkauft. Zur Unterstützung dieser Bestrebungen benutzte England überall seinen Einfluß, um seinen Waren Zollbegünstigungen zu ver-

schaffen. So erwirkte es in Portugal und Brasilien für seine Leinen einen Ausnahme-Einfuhrzoll von 15 v. H., während auf der schlesischen Leinwand 30 v. H. Zoll lasteten. In Spanien und seinen Kolonien wurde auf Veranlassung Englands der Einfuhrzoll für schlesische Leinwand stark erhöht. In ähnlicher Weise schützte und verstärkte England auch seine Ausfuhr an Tuchen und anderen Waren.

Zweifellos waren die Möglichkeiten der preußischen Staatsregierung, die an Rußland und England verlorenen ausländischen Absatzmärkte wiederzuerobern, außerordentlich gering. Um so mehr kam es in dieser Lage darauf an, wenigstens den Binnenmarkt zu schützen und auszubauen. Statt dessen öffnete die preußische Staatsregierung im Banne der liberalen Freihandelslehre der Dumpingefuhr Englands, das seine während der Kontinentalperre aufgespeicherten Industriewaren zu rücksichtsloser Preisunterbietung ausnützte. Die verheerenden Folgen der Überschwemmung des ostdeutschen Binnenmarktes mit englischen Waren waren trotzdem in den Augen der liberalen Staatsbürokratie lediglich die unvermeidlichen Folgeerscheinungen der Auslese der Besten durch die freie Konkurrenz. Mit dogmatischer Starrheit hielt man an der Überzeugung fest, daß einem Wirtschaftszweig, der sich nicht selbst helfen könne, überhaupt nicht zu helfen sei, und verkannte völlig, daß die Notlage der ostdeutschen Textilindustrie nicht auf innerer Schwäche und naturbedingter eigener Unzulänglichkeit beruhte, sondern die Folge eines außenpolitischen Machtkampfes war, der den Einsatz staatlicher Hilfsmittel notwendig machte.

Daher fanden nicht einmal die von der ostdeutschen Textilindustrie geplanten Selbsthilfemaßnahmen die unentbehrliche staatliche Unterstützung. Daß auf diese Weise der größte Teil der ostdeutschen Woll- und Leinenweberei durch den Staat zum Tode verurteilt wurde, kam an verantwortlicher Stelle anscheinend niemanden in den Sinn. Mit gelassener Ruhe sah das preußische Staatsministerium von der theoretischen Warte der liberalen Wirtschaftslehre aus in der immer schärfere Formen annehmenden Webernot lediglich eine Folge des gestörten Verhältnisses von Angebot und Nachfrage, das durch die „Überkapazität“ der ostdeutschen Textilindustrie hervorgerufen sei, und knüpfte an diese Feststellung die fatale Hoffnung: „Die Lehre der Erfahrung wird hoffentlich nicht verloren sein, und die Zahl der Arbeiter sich mit der Nachfrage wieder ins Verhältnis setzen.“ Dies ist durch fast völlige Vernichtung der einst so blühenden ostdeutschen Textilindustrie denn auch in der Tat geschehen.

Welches Elend mit diesem Verfall verbunden war, sei wenigstens an einem Beispiel gezeigt. 1806 arbeiteten in Rawitsch 350 Tuchmachermeister mit 1800 Gesellen und Lehrjungen. Durch die Spinnerei waren innerhalb und außerhalb der Stadt 3500–4000 Menschen beschäftigt. 1817 waren nur noch 273 Meister in der Stadt ansässig, wovon aber nur 55 das Gewerbe dauernd betrieben. 1821 war ihre Zahl noch mehr zusammengeschmolzen. Nur noch 36 Meister waren selbständig tätig. Ein großer Teil war nach Kongreßpolen abgewandert. Allein im Jahre 1820 wanderten 45 Tuchmachermeister mit ihren Familien nach Kongreßpolen aus. 1824 mußten in Rawitsch 80 Häu-

ser zwangsversteigert werden, die zu verfallen drohten, weil sie ihre ausgewanderten Besitzer als unverkäuflich leer hatten stehen und liegen lassen. Die Zurückgebliebenen aber fristeten ihr Leben durch Gelegenheitsarbeiten und bestürmten die Regierung mit Bitten, ihnen, wenn man ihnen schon keine Arbeitsmöglichkeit verschaffen konnte, wenigstens die Erlaubnis zum Betteln im Lande zu erteilen.

Wiederum wird durch diese Entwicklung auch das ostdeutsche Bauerntum aufs härteste getroffen. Zwar ist es richtig, daß der für das ostdeutsche Bauerntum einst so wichtige Nebenverdienst der Spinnerei auf die Dauer im Zuge der fortschreitenden Technisierung doch der Maschinenspinnerei hätte weichen müssen. Von mindestens ebenso großer Bedeutung war aber für das ostdeutsche Bauerntum der Absatz der von ihm erzeugten Rohstoffe an das ostdeutsche Webereigewerbe. Der rasch vorübergehende Aufschwung der Ausfuhr an Leingarn bot für den Ausfall an Absatzmöglichkeiten auf dem Binnenmarkte keinen auch nur annähernden Ersatz. Dagegen versprach die nach Aufhebung der Kontinentalsperrre rasch steigende Wollausfuhr nach England zunächst einen lohnenden Ausgleich. Diese stieg von 3 Millionen Pfund im Jahre 1816 auf über 20 Millionen Pfund im Jahre 1825. Die Wollpreise hatten allerdings bereits 1818 ihren Höhepunkt erreicht, um dann in den nächsten Jahren ständig zu sinken. Trotzdem war der Gewinn noch immer so lohnend, daß sich jeder, der irgend konnte, diesem einzigen in der damaligen Zeit noch ertragversprechenden Zweig der ostdeutschen Landwirtschaft zuwandte. Die damit verbundene Steigerung der

Wollausfuhr führte aber im Jahre 1826 zu einem jähen Preissturz, der alle Hoffnungen zerstörte. Die Wollpreise haben sich nach 1826 zwar zeitweise wieder erholt; aber die Sicherheit des Gewinnes war dahin. Zudem begann sich England langsam von seinen deutschen Lieferanten loszulösen. Dieser Entwicklung entspricht es, daß die Schafhaltung in Preußen, die langjährigen Kriegs- und Besetzungsschäden verhältnismäßig rasch überwindend, im Jahre 1825 mit 11 606 429 den Bestand von 1806 wieder überschritt. Seitdem wuchs der Schafbestand allerdings nur noch unwesentlich.

Das ostdeutsche Bauerntum hat von dieser Konjunktur nicht den geringsten Nutzen gehabt; denn da England nur feine und feinste Wollen abnahm, war zur Ausnutzung dieser Konjunktur eine Veredlung des Schafbestandes notwendig, deren Kosten meist über die bäuerliche Leistungsfähigkeit gingen, zumal damals noch jede genossenschaftliche Zusammenfassung der bäuerlichen Kräfte fehlte und auch in diesem Falle die preußische Staatsregierung getreu ihren liberalen Grundsätzen staatliche Förderungsmaßnahmen unterließ. So kamen die günstigen Ausfuhrmöglichkeiten für Wolle nur wenigen kapitalkräftigen Großbetrieben oder Landwirten mit entsprechenden Hintermännern zugute. Infolge dieser Entwicklung wird die Schafhaltung immer mehr zu einer Angelegenheit des Großgrundbesitzes. Der wachsende Anteil veredelter Schafe an dem Gesamtschafbestand — er stieg von nur 8,7 v. H. im Jahre 1816 auf 20,4 v. H. im Jahre 1831 — spiegelt auch den wachsenden Anteil des Großgrundbesitzes an der Schafhaltung wider. Das Bestreben

des Großgrundbesitzes, seine Schafhaltung möglichst zu vergrößern, führte sogar teilweise zu verstärktem Bauernlegen.

Diese Umschichtung wurde noch verstärkt durch den Umstand, daß die Schwergewichtsverlagerung von dem binnenmarktlichen Absatz auf die Ausfuhr nach England zur Herausbildung einiger weniger großer Wollmärkte führte, deren unmittelbare Belieferung nur für den Großzüchter möglich und lohnend war. Früher bot die hochentwickelte Tuchweberei in den zahlreichen Landstädten dem Bauerntum leicht erreichbare Absatzmöglichkeiten in der engeren Heimat. Jetzt war der bäuerliche Schafhalter auf Gedeih und Verderb auf den – meist jüdischen – Zwischenhandel angewiesen, der die Preise rücksichtslos drückte. Diese neue Form des Wuchers tat ihr Übriges zum Zusammenbruch der bäuerlichen Schafhaltung.

Der Zusammenbruch des ostdeutschen Getreideausfuhrhandels und seine Folgen

Die geschilderte Entwicklung hat die preußische Staatsregierung zunächst durch Aufhebung des Ausfuhrverbotes für Wolle ermöglicht und im weiteren Verlauf durch immer stärkere Herabsetzung der Ausfuhrzölle stetig gefördert. Ihr Verhalten dürfte nicht nur von dem liberalen Dogma des gerechten Waltens im freien Spiel der Kräfte diktiert worden sein, sondern ebenso sehr auch von der freihändlerischen Einstellung der überwiegenden Mehrheit des ostdeutschen Großgrundbesitzes. Dieser sah in den günstigen Ausfuhrmöglichkeiten für Wolle den einzigen Lichtblick, der ihm einen gewissen Ausgleich für

den beispiellosen Zusammenbruch der Getreidepreise versprach. Die Hoffnung, daß die Aufhebung der Kontinentalsperre zur Wiederbelebung des ostdeutschen Getreidehandels mit England führen würde, hatte sich sehr schnell als trügerisch erwiesen. Unter dem Druck der Kontinentalsperre hatte sich die englische Getreideerzeugung außerordentlich gesteigert. Der noch vorhandene zusätzliche Bedarf war aus anderen Ländern gedeckt worden. Den Versuch des ostdeutschen Getreidehandels, den englischen Absatzmarkt zurückzugewinnen, beantwortete daher England sehr bald mit Abwehrmaßnahmen zum Schutze der heimischen Getreideerzeugung, die praktisch einer neuen Sperre gleichkamen. Im Vergleich zu den Auswirkungen dieser neuen Sperre wirkte die Kontinentalsperre nur als Episode. Jetzt erst stürzten, wie nachfolgende Übersicht zeigt, die Getreidepreise ins Grundlose:

Jährliche Durchschnittspreise für Weizen in Reichsmark
je Doppelzentner:

	Während der napoleonischen Kontinentalsperre (1807 — 1812)	Während der englischen Handelssperre (1820 — 1830)	1820 — 30 in v. H. von 1807 — 1812
Hamburg	21,63	13,08	60
Rostock	20,30	13,78	68
Danzig	12,69	10,66	84
Berlin	19,45	13,05	67
Breslau	14,62	11,15	76

Dieser neue Sturz der Getreidepreise riß auch die Bodenpreise mit sich, die auf etwa 40–30 v.H. der Bodenpreise um 1800 sanken, was bei der hohen – teilweise spekulativen – Verschuldung des ostdeutschen Großgrundbesitzes geradezu zu einer Flutwelle von Zwangsverkäufen und Zwangsversteigerungen führte. Eine starke soziale Umschichtung des ostdeutschen Großgrundbesitzes vollzog sich. Ein eindringliches Zeugnis dieser Umschichtung ist die Zusammenstellung, die Robert Stein über die Zahl der zwangsversteigerten adligen Güter im Verwaltungsbezirk des Oberlandesgerichts Königsberg bringt. (Die Zahl der zwangsversteigerten Großbetriebe, die nicht unter diese Kategorie fallen, ist leider nie festgestellt worden.) Danach gerieten unter den Hammer:

1807–1813		30 Güter,
1814–1819		77 Güter,
1820–1825	..	über 230 Güter.

Die Mobilisierung des Grund und Bodens, die durch diese Umschichtung eingeleitet wurde, ist seitdem auch in Zeiten besserer Wirtschaftsverhältnisse nicht mehr zum Stillstand gekommen. So betrug in der Zeit von 1835 bis 1864, also in einem Zeitraum von nur 30 Jahren, die Zahl der freiwilligen Verkäufe im Verhältnis zur Gesamtzahl der Rittergüter in der Kurmark 80 v.H., in der Neumark 133 v.H., in Ostpreußen 137 v.H., in Pommern 128 v.H., in Posen 117 v.H. und in Schlessien 155 v.H. Mit der sozialen Umschichtung des ostdeutschen Großgrundbesitzes war eben auch eine tiefgehende

Veränderung der weltanschaulichen Einstellung zu dem eigenen Grund und Boden verbunden. Mehr und mehr setzt sich die von dem Wirtschaftsliberalismus so beredt vertretene Auffassung durch, die im Grundbesitz in erster Linie eine Kapitalanlage, eine Erwerbsquelle sah. Die Entstehungsgeschichte des ostdeutschen Großgrundbesitzes zeigt, wie stark von vornherein bei seiner Ausbreitung kapitalistische Tendenzen mitgewirkt haben; aber der politischen Erziehungsarbeit der beiden großen Preußenkönige war es gelungen, in ihrem Machtbereich, der ja den größten Teil Ostdeutschlands umfaßte, beim Landadel eine staatspolitische Dienstauffassung zur Geltung zu bringen, die in dem Grundeigentum in erster Linie die Grundlage sah, die die Erfüllung der Adelsverpflichtung zum Staatsdienst ermöglichte. Diese Bindung des Grundeigentums an eine politische Verpflichtung — beim Bauerntum trat sie nur in einer anderen Form in Erscheinung — wurde durch den Einbruch des Wirtschaftsliberalismus gründlich zerstört. Sie vermochte sich allenfalls noch als alte gute Familienüberlieferung, nicht aber mehr als Standesverpflichtung zu behaupten.

Für das ostdeutsche Bauerntum war dieser Wandel in vielfacher Beziehung von tiefwirkender Bedeutung. Er hat nicht nur auf die Formen der bäuerlichen Besitzregulierung im Zusammenhang mit der Bauernbefreiung einen verhängnisvollen Einfluß gehabt, der zu dem bereits geschilderten großen Bauernlegen des 19. Jahrhunderts führte, sondern ist vor allem auch einer der Hauptgründe, daß sich nach Auflösung der grundherrschaftlichen Bindungen im ostdeutschen Landvolk keine neue natür-

liche Führungsordnung entwickelte, die alle Kräfte des Landvolkes zu einer organischen Einheit zusammenfaßte.

Der neue Sturz der Getreidepreise infolge der englischen Handelssperre traf naturgemäß auch das Bauerntum hart. Wenn auch sein Anteil an der Marktbeflieferung noch gering war, so waren besonders die Bauernbetriebe, deren Ablösung in Geld erfolgt war, auf jeden Pfennig angewiesen und versuchten, jeden entbehrlichen Zentner Getreide abzustößen. Es gab zahlreiche Bauern, die sich das Getreide, das sie auf den Markt brachten, geradezu abhungerten. Diesem vermehrten Angebot stand aber ein nicht unwesentlich eingeschränkter Getreideverbrauch auch im Innern gegenüber; denn der wachsende Kartoffelbau bot der ärmeren Bevölkerung eine Ausweichmöglichkeit, die in der Zeit des allgemeinen Wirtschaftsverfalls immer stärker ausgenutzt wurde. Die Kartoffel wurde damals mehr und mehr zum „täglichen Brot des armen Mannes.“

Zu der Verbrauchseinschränkung aus mangelnder Kaufkraft gesellte sich eine solche aus spekulativen Gründen; denn bei Händlern, Müllern, Bäckern, Brauern, Branntweinbrennern usw. herrschte eine starke Abneigung, sich in diesen Zeiten starken Angebots und sinkender Preise mit den sonst üblichen Vorräten zu belasten. Noch schärfer war infolge des allgemeinen Wirtschaftsdruckes die Verschlechterung des Absatzes an Vieh, Butter, Eiern usw., Erzeugnissen, deren Hauptlieferant der Bauernbetrieb war. Die schwere wirtschaftliche Krisis des städtischen Gewerbes führte also zu einer allgemeinen Verschlechterung des Lebensmittelabsatzes auf den Binnenmärkten, auf die

das Bauerntum so gut wie ausschließlich angewiesen war. Die Notlage des Bauerntums drückte nun auch ihrerseits wiederum auf die Wirtschaftslage von Gewerbe und Handel in den Kleinstädten und verschärfte noch die schon herrschende Absatzstockung. So steigerte die Not des einen die Not des anderen und umgekehrt in verhängnisvoller Wechselwirkung. Ostdeutschland glich damals mehr und mehr einem Lande, das nicht leben und nicht sterben konnte. Es siechte dahin an allen seinen Gliedern.

Es ist kennzeichnenderweise die Zeit, wo der Jude „ins Geschäft kommt“. Ein aufmerksamer Zeitbeobachter, G. von Gülich, beschwert sich bitter, „man nähre die Menschenliebe gegen die Israeliten auf Unkosten der Wohlfahrt des Landes“, und berichtet in seinem Werke „Geschichtliche Darstellung des Handels, der Gewerbe und des Ackerbaues der bedeutendsten handelsstrebenden Staaten unserer Zeit“ (Jena 1830) bereits von den zwanziger Jahren, daß sich der Handel auf dem Lande, insbesondere der Vieh-, Korn- und Wollhandel, großen Teils in den Händen der Juden befinde. Er fügt hinzu: „In der Mark Brandenburg, in Pommern, Schlesien, im Herzogtum Sachsen, in der Provinz Preußen sowie in den preußischen Rheinlanden und Westfalen hatten die Juden sich in den letzten 10–12 Jahren so sehr vermehrt und in solchem Maße den christlichen Kaufleuten die Nahrung entzogen und häufig so sehr durch ihren Schacherhandel den Wohlstand des Landmannes untergraben, daß auf den Landtagen dieser Provinzen vom Jahre 1824 allgemeine Klagen über den Einfluß der Israeliten laut wurden. Fast nir-

gends bemerkte man, daß die ihnen eingeräumten Rechte sie veranlaßt hatten, daß sie sich auch anderen Gewerben gewidmet; mit Handwerkern, Ackerbau und verwandten Industriezweigen beschäftigten sich überall nur sehr wenige.“ Die skrupellosen Geschäftspraktiken der jüdischen Blutsauger, an die sich viele Bauern und Landwirte gerade dann wandten, wenn sie nicht mehr aus noch ein wußten, haben ungezählte Opfer gefordert, deren Zahl schon deswegen kaum abzuschätzen ist, weil die jüdischen Leichenfledderer ihr „Geschäft“ möglichst im Dunkeln betrieben und sich gern unverdächtiger Strohmänner bedienten, es sei denn, sie hatten durch die Taufe ihr Judentum bereits „abgewaschen“.

Festigung des ostdeutschen Strukturwandels im Bismarckreich

Die ostdeutsche Sozial- und Wirtschaftsstruktur, gekennzeichnet durch ein starkes Vorherrschen des Großgrundbesitzes, ein zahlenmäßig schwaches und sozial verkümmertes Bauerntum sowie durch gewerbearme, wirtschaftlich und kulturell stagnierende Kleinstädte, hat sich auch dann in ihren Grundzügen nicht verändert, als durch Bismarcks Tatkraft der größte Teil Deutschlands wieder zu einem einigen Reiche zusammengeschlossen wurde und auf diese Weise im Herzen Europas wieder auch ein wirtschaftliches Kraftzentrum entstand. Der Einbau Ostdeutschlands in den reichsdeutschen Wirtschaftsraum hat zwar die schlimmsten Folgen des wirtschaftlichen Niedergangs

überwunden, den geschilderten grundstürzenden Wandel des ostdeutschen Wirtschaftsgefüges aber noch gefestigt. Das Problem „Ostelbien“ blieb schon deswegen eine ungelöste Aufgabe, weil so gut wie niemand erkannte, daß die Überwindung Ostelbiens nur durch einen neuen Strukturwandel möglich war, der die Unausgeglichenheit des ostdeutschen Sozial- und Wirtschaftsgefüges wieder beseitigte.

Die Industrialisierung West- und Mitteldeutschlands hat im Gegenteil diese Unausgeglichenheit noch verschärft. Es entwickelt sich eine Art volkswirtschaftliche Arbeitsteilung, die Ostdeutschland die Aufgabe des Lebensmittellieferanten für den industriellen Westen zuweist. Diese Arbeitsteilung war für Ostdeutschland von vornherein schon deswegen sehr ungünstig, weil sie nicht echt war, d. h. nicht auf gerechter Gegenseitigkeit beruhte; denn mit dem wachsenden Ausfuhrbedürfnis der aufstrebenden deutschen Großindustrien wuchs auch bei diesen die Neigung, ihre Wettbewerbsfähigkeit auf den Auslandsmärkten, durch möglichste Niedrighaltung der industriellen Produktionskosten zu steigern. Dieses Bestreben äußerte sich vor allem auch in einem starken Druck auf die industriellen Arbeitslöhne. Um aber den Industriearbeitern einen gewissen Ausgleich zu bieten, war man gleichzeitig darauf bedacht, die Lebensmittelpreise möglichst niedrig zu halten. Das willkommene Instrument für die Verwirklichung dieser Absichten bot das überseeische Agrarausfuhrbedürfnis. Die ostdeutsche Landwirtschaft wurde dadurch einem dreifachen Druck ausgesetzt, der zu einer dauernden Unterbewertung der landwirtschaft-

lichen Arbeit, d.h. Verkümmern der Lebensgrundlage des Landvolkes führte:

1. Die ostdeutsche Landwirtschaft wird gezwungen, mit Agrarländern in Wettbewerb zu treten, deren Erzeugungskosten infolge günstigerer Naturbedingungen wesentlich niedriger waren.
2. Diese Ungleichheit der natürlichen Wettbewerbsbedingungen wird noch verschärft durch die Ungunst der ostdeutschen Verkehrslage oder besser der Transportverhältnisse; denn die ostdeutsche Landwirtschaft war weitgehend auf den teuren Überlandtransport angewiesen, der selbst auf verhältnismäßig kurze Strecken wesentlich teurer war als der transoceanische Schiffsverkehr.
3. Die ostdeutsche Landwirtschaft wird den unkontrollierbaren Machenschaften der internationalen Börsenspekulation ausgeliefert, die die Wechselwirkung von Angebot und Nachfrage nach Belieben zu ihren Gunsten korrigiert, so daß aus der Marktabhängigkeit der Landwirtschaft immer mehr eine ausgesprochene Spekulationsabhängigkeit wird.

Für das ostdeutsche Bauerntum im besonderen aber kam noch eine vierte drückende Folge hinzu: Ernährungswirtschaftlich betrachtet liegt die Stärke der Bauernwirtschaft in der ausgeglichenen Vielfalt ihrer Erzeugung. Gerade diese für die Volksernährung so wichtige Eigenschaft kann sich aber nur dann mit allen ihren Vorzügen entfalten, wenn in ausreichendem Maße nahe, kaufkräftige Absatzmärkte vorhanden sind, die den Teil der Erzeugnisse abnehmen, die besonders leicht verderblich oder

schwierig transportierbar sind. Diese natürliche Abhängigkeit von der Marktlage wurde beim ostdeutschen Bauerntum durch seine völlig unzureichende genossenschaftliche Organisation überdies noch sehr verschärft. Die verkehrsmäßige Abseitslage Ostdeutschlands bedeutete also ein kaum überwindbares Hindernis für die allseitige Entfaltung der natürlichen Produktionskräfte der Bauernwirtschaften. Diese wurden dadurch in wider natürlicher Weise weitgehend auf die landwirtschaftlichen Produktionszweige verwiesen, auf die sich im allgemeinen die Produktionsleistung der landwirtschaftlichen Großbetriebe konzentrierte; aber auch hierbei bedeutete damals die verkehrsmäßige Abseitslage eine schwere Benachteiligung für das ostdeutsche Bauerntum; denn da der einzelne Bauernbetrieb naturgemäß wesentlich kleinere Produktionsmengen als der einzelne Großbetrieb auf den Markt bringt, war er in ganz anderem Maße als der Großbetrieb auf den Zwischenhändler angewiesen, der erst die als „großhandelsfähig“ geltenden Mengen zusammenkaufte, um sie dann weiterzuleiten. Kosten und Gewinn dieses Zwischenhandels gingen nach liberaler Wirtschaftsauffassung selbstverständlich zu Lasten des bäuerlichen Erzeugers.

Diese besonderen Schwierigkeiten, unter denen die ostdeutschen Bauernwirtschaften litten, weisen erneut auf einen wichtigen volkswirtschaftlichen Lebenszusammenhang hin, dessen Zerstörung für die Entwicklung der ostdeutschen Sozial- und Wirtschaftsstruktur von entscheidender Bedeutung war: In jeder arbeitsteiligen Volkswirtschaft vollzieht sich zwangsläufig dadurch, daß dem Bauerntum die wichtige Aufgabe der Nahrungs-

versorgung des gewerbetreibenden Bevölkerungsteils zufällt, eine doppelte Marktverflechtung des Bauerntums, die eine Auflösung der ursprünglich geschlossenen bäuerlichen Hauswirtschaft zur Folge hat. Der Bauer bedarf des Marktes nicht nur zur Vermittlung des Absatzes der von ihm erzeugten Lebensmittel, sondern auch ebensosehr zur Befriedigung seines Bedarfes an landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und gewerblichen Verbrauchsgütern; denn die Übernahme der Aufgabe, die gewerbetreibende Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen, erfordert eine landwirtschaftliche Erzeugungssteigerung, d. h. einen landwirtschaftlichen Arbeitsmehraufwand, der nur dadurch geleistet werden kann, daß der Bauer zum mindesten einen Teil der von ihm innerhalb seiner geschlossenen Hauswirtschaft geleisteten handwerklichen Arbeiten an das Gewerbe überträgt. Der Bauer tritt also auf dem Markt nicht nur als Verkäufer seiner landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf, sondern auch als Käufer der von ihm als Gegenleistung benötigten gewerblichen Erzeugnisse. Diese Arbeitsteilung muß sich um so schärfer ausprägen, um so größer die ernährungswirtschaftlichen Anforderungen an das Bauerntum zur Lebensmittelversorgung der gewerbetreibenden Bevölkerung werden.

Diese Entwicklung ist ein an sich naturgegebener Vorgang; denn die Geschichte der Völker zeigt uns seine Unvermeidbarkeit; aber die Geschichte lehrt uns auch ebenso eindringlich, daß diese Entwicklung immer wieder Formen angenommen hat, die bauerntumsfeindlich und damit volkszerstörend wirkten. Diese bestimmten Entwicklungsformen, die zu Unrecht oft mit

der geschilderten Entwicklung an sich gleichgesetzt werden, sind jedoch keineswegs unvermeidbar, d. h. naturgegeben. Sie treten überall erst dann auf, wenn ein Volk in den Bann der kapitalistischen Entwicklung gerät und im Begriffe ist zu vergessen, daß die aus der volkswirtschaftlichen Arbeitsteilung sich ergebende besondere ernährungswirtschaftliche Aufgabe nur eine der Aufgaben des Bauerntums ist, wenn man im Bauern nur noch den Landwirt sieht.

Dann bekommt sehr bald die rein ernährungswirtschaftliche Fragestellung in der Agrarpolitik eine absolute Vormachtstellung, die ihr nicht zusteht und daher verhängnisvoll ist. Die lebensgesetzliche Funktion des Bauerntums als die artprägende Urform unseres Volkslebens und der Blutquell des ganzen Volkes wird nicht mehr genügend beachtet. Es wird vergessen, daß das Bauerntum einen unersetzlichen Wert an sich darstellt, und die Erinnerung daran als überlebte Romantik abgetan. Der vielfältige Lebenszusammenhang zwischen Land und Stadt wird zu einer ernährungswirtschaftlichen Frage verengt. Damit wird aber der Stadtentwicklung eine Eigengesetzlichkeit zugesprochen, die noch immer durch die Tendenz gekennzeichnet war, in der erst durch den Kapitalismus gezüchteten Stadtform, in der Großstadt, das höchste Ideal dieser Entwicklung zu sehen. Nicht nur das Land, sondern auch die Klein- und Mittelstädte geraten mehr und mehr in den Schatten dieser Entwicklung. Die gesamte Volkswirtschaft, das gesamte Volksleben verfällt allmählich der Zwangsherrschaft der Großstädte. Deren Bedürfnisse werden in jeder Beziehung ausschlaggebend; denn sie verkör-

pern angeblich den höchsten Ausdruck menschlichen Fortschrittes. So wird auch die Frage der Lebensmittelversorgung ausschließlich von dem Standpunkt einer möglichst billigen Massenproduktion aus betrachtet, ohne Rücksicht auf die Lebensnotwendigkeiten des Bauerntums.

Infolge der Mißachtung der lebensgesetzlichen Funktion des Bauerntums, verbunden mit der einseitigen Ausrichtung der Ernährungswirtschaft auf die Erzeugung möglichst billiger Massengüter gewinnt nun auch die Frage nach der größeren Zweckmäßigkeit der Bauernwirtschaft oder des landwirtschaftlichen Großbetriebes ausschlaggebende Bedeutung. Ohne diese beiden Voraussetzungen wäre die ganze Fragestellung sinnlos. Zwar fällt die Antwort auf diese Frage keineswegs so eindeutig zu Gunsten des landwirtschaftlichen Großbetriebes aus, wie das oft behauptet worden ist, da die natürliche Überlegenheit des Bauernbetriebes auf viehwirtschaftlichem Gebiet unbestreitbar ist. Wichtiger als diese Feststellung aber ist die Tatsache, daß durch diese Fragestellung die Erörterung auf eine Ebene verlegt wird, die dem Wesen des Bauerntums nicht gerecht werden kann.

Wenn es trotzdem notwendig ist, bei dieser Fragestellung einen Augenblick zu verweilen, so nur deswegen, um sich darüber klar zu werden, daß diese an sich schon dem Wesen des Bauerntums nicht gerecht werdende Fragestellung zudem noch in einer Weise beantwortet wurde, die die ganze Bauernfeindlichkeit des liberalen Zeitalters zeigt. Bei der Beantwortung ging man nämlich in der Regel von der Fiktion aus, als ob Bauernbetrieb und landwirtschaftlicher Großbetrieb, abgesehen

von der unterschiedlichen Betriebsgröße, unter gleichen wirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen arbeiteten. Unberücksichtigt blieb die Auswirkung der Abdrängung besonders des ostdeutschen Bauerntums auf die schlechten und schlechtesten Böden. Unberücksichtigt blieb der verheerende Einfluß, den das Zeitalter der Leibeigenschaft auf den allgemeinen Ausbildungsstand des Bauerntums ausgeübt hatte. Unberücksichtigt blieb die mangelhafte betriebswirtschaftliche Ausrüstung der Bauernhöfe infolge ihrer langen Ausbeutung im Dienste der Gutsherrschaften und der ungünstigen Regulierungsbedingungen, die jahrzehntelang eine Beseitigung dieses Mangels unmöglich machten. Unberücksichtigt blieb schließlich die einseitige Ausrichtung der Technisierung der Landwirtschaft auf die Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Großbetriebe, so daß – noch bis in die jüngste Vergangenheit – eine Ausnutzung der modernen Agrartechnik dem Bauernbetrieb nur sehr bedingt möglich war. Daß der Wirtschaftsliberalismus alle diese lediglich durch die besonderen Zeitverhältnisse, nicht aber von Natur gegebenen Nachteile der Bauernbetriebe außer acht ließ und daher auch der ihm gestellten Erziehungsaufgabe sich nicht bewußt wurde, beruht ebenso sehr auf dem Grundirrtum seines Freiheitsbegriffes, der die einzelnen unter oft völlig ungleichen Voraussetzungen dem freien Wettbewerb preisgab, wie auch auf der Verkennung des wahren Wesens des Bauerntums, d. h. der einseitigen Bewertung des Bauern ausschließlich als Landwirt. Nur bei dieser Einstellung zum Bauern war es erklärlich, daß man die unverschuldete, historisch bedingte, wirtschaftliche „Rückständigkeit“ des Bauern

nicht als völkische Erziehungsaufgabe, sondern lediglich als ein Hindernis der erstrebten Wirtschaftsentwicklung ansah.

Das ostdeutsche Bauerntum hat unter der soeben geschilderten Entwicklung, die sich bis zu einem gewissen Grade allgemein beobachten läßt, besonders stark zu leiden gehabt. In Ostdeutschland nahm die Verkümmerng der Klein- und Mittelstädte, die durch die Auswirkungen der Kontinentalsperre und der preußischen Freihandelspolitik hervorgerufen war, im Zuge der kapitalistischen Industrialisierung und der damit verbundenen Vergrößerung besonders drückende Formen an. Das ostdeutsche Bauerntum wird dadurch seiner natürlichen landschaftlichen Mittelpunkte beraubt. Es gerät in eine nicht nur wirtschaftliche, sondern auch kulturelle Abseitsstellung, die die Entfaltung seiner vielseitigen Kräfte außerordentlich behinderte. Die lähmende Abseitsstellung wurde in vieler Beziehung noch dadurch verschärft, daß mit der kapitalistischen Industrialisierung eine immer stärkere Verlagerung des gewerblichen und industriellen Schwergewichts nach dem Westen verbunden war. Diese industrielle Schwergewichtsverlagerung ging so weit, daß selbst die landwirtschaftlichen Verarbeitungsindustrien zu einem großen Teil dem Zuge dieser Entwicklung folgten.

Wiederum läßt sich die schon mehrfach betonte Wechselwirkung beobachten: Die Not des Bauerntums steigert die Not der auf das Bauerntum angewiesenen Landstädte, und die Verkümmerng der Klein- und Mittelstädte lähmt die Kraftentfaltung des Bauerntums in einem unentrinnbaren Kreislauf. Die durch die wirtschaftliche Abseitsstellung Ostdeutschlands besonders

verschärfte Unterbewertung der landwirtschaftlichen Arbeit drückt den gesamten ostdeutschen Lohn- und Lebenshaltungsstand tief herab, ein eindringlicher Beweis für die Tatsache, daß die bäuerliche Einkommengestaltung ein volkswirtschaftlicher Lohnregulator erster Ordnung ist. So entwickelt sich unter dem Einfluß der einseitigen Industrialisierung in wachsendem Ausmaße das bekannte wirtschaftliche und soziale West-Ost-Gefälle innerhalb des Deutschen Reiches, das in einer ebenso zunehmenden Ost-West-Wanderung des deutschen Volkes seine Entsprechung fand.

Siechtum der ostdeutschen Landstadt

Da für die Entstehung und Weiterentwicklung dieser für den deutschen Osten so gefährlichen Ost-West-Wanderung das gestörte Land-Stadt-Verhältnis in Ostdeutschland von entscheidender Bedeutung war, ist es notwendig, bevor ich auf die Auswirkungen der Ost-West-Wanderung näher eingehe, sich wenigstens kurz mit der Bedeutung dieser Störung für die deutsche Volksordnung im Osten zu befassen.

Wir haben bereits gesehen, wie sehr gerade in Ostdeutschland die Existenz der Städte auf einer echten Zusammenarbeit zwischen Land und Stadt beruhte. Ein grundlegender Wandel in diesem Verhältnis trat erst ein, als der Kapitalismus in Deutschland seine Herrschaft antrat. Mit seiner Entwicklung aufs engste verbunden war ein unverkennbarer Zug zur Ausbildung von Stadtformen, die besonders ihren wirtschaftlichen Wirkungsbereich auf immer größere Räume auszudehnen bestrebt waren.

Das hatte zur Folge, daß eine kleine Zahl von Städten, in denen sich die industrielle und händlerische Betätigung immer stärker massierte, in scharfem Konkurrenzkampf gegeneinander die große Mehrzahl der anderen Städte ihrer bisher ausgeübten Funktionen beraubte und in eine Abseitsstellung drängte, die diese zu einem langsamen Dahinsiechen im Schatten der aufgeblähten Nebenbuhlerinnen verurteilte.

Für das Land-Stadt-Verhältnis hat diese Entwicklung eine einschneidende Bedeutung gehabt. Unmittelbare Beziehungen von Mensch zu Mensch sind nur in verhältnismäßig eng begrenzten Räumen denkbar. Je mehr sich Gewerbe, Industrie und Handel in wenigen Städten zusammenballten und das wirtschaftliche Leben der anderen Städte gelähmt wurde, um so größer wurde nicht nur räumlich, sondern auch menschlich der Abstand zwischen Land und Stadt. Mit diesem wachsenden Abstand verlieren Land und Landvolk immer stärker ihren wesensprägenden Einfluß auf die Stadt. Die damit verbundene Entfremdung zwischen Land und Stadt förderte in den Städten die Entwicklung eines landabgewandten eigengesetzlichen Lebens, das, seiner ländlichen Bindungen immer mehr entkleidet, nun rascher und rascher den uniformen Charakter annimmt, den man heute als typisch städtisch empfindet. Freilich sind die Städte, die einst den natürlichen Mittelpunkt ihrer näheren ländlichen Umgebung bildeten, im Zuge dieser Entwicklung nicht vom Erdboden verschwunden. Sie existieren nach wie vor; aber sie sind funktionslos geworden oder zumindest nur noch auf die Ausübung von Nebenfunktionen beschränkt. Sie verlieren damit

immer stärker ihren Daseinssinn, der am besten durch die Bezeichnung „Landstadt“ gekennzeichnet wird.

Um sich den grundstürzenden Wandel zu verdeutlichen, den die weitgehende Aufsaugung des gewerblichen Lebens der Landstädte durch die immer stärker sich zusammenballenden Industrie- und Handelszentren bewirkte, muß man einmal den wirtschaftlichen Aufbau einer solchen Landstadt vor 50 Jahren mit dem von heute vergleichen. Eine große Reihe von Handwerken und Kleinindustrien, die vor 50 Jahren noch als fester Bestandteil zum Bilde einer Landstadt gehörten, sind heute völlig verschwunden oder im Absterben begriffen, sind zur bloßen Reparaturwerkstätte geworden oder haben sich in Filialbetriebe (vielfach nur Handelsniederlassungen) großstädtischer Industriefirmen verwandelt. Die Landstädte werden immer mehr aus Produktionsstätten zu Zwischenhandelsstationen und Reparaturstätten, d. h. sie verlieren immer mehr ihre frühere Bedeutung für die ländliche Bedarfsdeckung, und zwar auf allen Gebieten, ob es sich nun um Kleidung oder Schuhwerk, Möbel, Haus- oder Wirtschaftsgeräte handelt. Sogar ein großer Teil der landwirtschaftlichen Verarbeitungsbetriebe ist vom Zuge dieser Entwicklung ergriffen worden. Der Kranz von Mühlen, der für das Bild so vieler Landstädte kennzeichnend war, ist verschwunden oder besteht nur noch aus traurigen Ruinen. Das Brauereigewerbe in den Landstädten ist zusammengebrochen oder bedeutungslos geworden. Die Leinen- und Tuchweberei erlag und mit ihr der Flachsbaum und die bäuerliche Schafhaltung. Bei näherem Zusehen lassen sich diese Beispiele noch erheblich vermehren.

Mit dem Wandel des wirtschaftlichen Aufbaues der Landstädte hat sich zwangsläufig ein ebenso einschneidender Wandel des sozialen Aufbaues der Landstädte vollzogen. Die Zahl der selbständigen Existenzen ist außerordentlich zusammengeschumpft, und die Möglichkeit, solche zu gründen, wird immer geringer. Denjenigen aber, denen es gelungen ist, noch ihre Selbständigkeit zu behaupten, haben diese mit einem starken Absinken ihrer Lebenshaltung erkaufen müssen. Vielfach handelt es sich dabei um alte Leute, die die Möglichkeit oder die Kraft zu einer Umstellung nicht mehr besaßen. Mit ihrem Tode werden auch diese Werkstätten veröden; denn die alternden Meister haben seit langem weder Gesellen noch Lehrlinge. Aber selbst, wenn sie wirtschaftlich in der Lage wären, Gesellen und Lehrlinge zu beschäftigen, würden sie es in den seltensten Fällen können; denn es fehlt selbst in dem so zusammengeschumpften landstädtischen Handwerk in erschreckendem Ausmaße an dem unentbehrlichen Nachwuchs. Das ist allerdings nicht verwunderlich. In jedem gesunden jungen Kerl lebt der natürliche Drang, etwas Ordentliches zu lernen, schöpferisch sich zu betätigen, im Leben vorwärtszukommen. Ein Handwerk, dessen Betätigung nur noch in Flickwerk besteht, bietet diesem Bestreben keine Befriedigungsmöglichkeit. Mit dieser Feststellung ist nichts gegen die Leistungsfähigkeit des bestehenden landstädtischen Handwerks an sich gesagt. Aber, man muß sich darüber klar sein: Wo die Möglichkeit zu schöpferischer Wertarbeit fehlt, muß auf die Dauer auch die Fähigkeit zu schöpferischer Wertarbeit verkümmern. In dieser traurigen Lage befin-

det sich heute ein großer, immer noch wachsender Teil des landstädtischen Handwerks. Dieses hat damit seine frühere, so starke Anziehungskraft auf den Nachwuchs und gerade die aktivsten Kräfte des Nachwuchses eingebüßt.

Mit dem Schwund und Wandel des landstädtischen Gewerbes vollzieht sich gleichzeitig eine gefährliche Auflockerung der Bodenständigkeit, die für die landstädtische Bevölkerung früher kennzeichnend war. Je mehr die Landstädte aus selbständigen Produktionsstätten zu Zwischenhandelsstationen, Filialbetrieben und Reparaturstätten sich umbilden, um so größer wird der Anteil einer beweglichen Bevölkerungsschicht, die in ihrer landstädtischen Betätigung nur den Ausgangspunkt sieht, um von dort sozusagen zu den Quellen des Wirtschaftslebens in den Industrie- und Handelszentren vorzustößen. Damit aber wendet sich ein immer größerer Teil der landstädtischen Bevölkerung, trotz ihres landnahen Lebens, äußerlich und innerlich immer stärker vom Lande ab, d. h. aber auch von den Lebensgesetzen, die das Wesen der Landstädte geprägt hat. Im Zuge dieser Entwicklung verwandeln sich die Landstädte mehr und mehr in jene merkwürdigen Zwittergebilde, die immer entstehen, wenn innere Anlage und erstrebtes Vorbild miteinander im Widerstreit stehen. Sie büßen ihr echtes Wesen ein, um den Charakter einer verhinderten Großstadt anzunehmen. Am greifbarsten zeigt sich dieser Wandel an der Verödung landstädtischer Geselligkeit durch Nachahmung des großstädtischen Amüsierbetriebes. Diese Entwicklung hat naturgemäß den Zug in die Großstadt noch außerordentlich verstärkt.

Daß die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verwandlung der Landstadt für die Gestaltung des Verhältnisses des Landvolkes zur Landstadt einschneidende Bedeutung hat, bedarf nach dem soeben Ausgeführten keiner besonderen Betonung mehr; denn es hat sich bereits deutlich gezeigt, daß diese Verwandlung im Kerne auf einer vollkommenen Veränderung der Funktionen beruht, die bisher die Landstadt innerhalb eines bestimmten ländlichen Lebensraumes ausübte. So darf ich mich auf die Frage beschränken: Welche Folgen hat dieser landstädtische Funktionswandel für die Lebensgestaltung des deutschen Landvolkes, insbesondere des deutschen Bauerntums?

Auf den ersten Blick scheint sich die Lage des Landvolkes durch den Funktionswandel der Landstadt nur wenig zu ändern. Dem Bauern — so werden viele geneigt sein zu sagen — kann es ja eigentlich ziemlich gleichgültig sein, ob er seinen Bedarf an Waren bei einem Handwerker und Kleinfabrikanten oder bei einem Kaufmann als Mittelsmann der großstädtischen Industrie deckt. Die Hauptsache ist ja wohl für den Bauern, daß er die benötigten Bedarfsartikel gut und — so fügt man mit gleichem Zungenschlag hinzu — vor allem billig erhält, und es finden sich dann stets fixe Rechner, die dem Bauern auf Heller und Pfennig ausrechnen, wieviel billiger er unter den veränderten Verhältnissen fährt. Es sei zunächst einmal unterstellt, daß diese Rechnung stimme und daß der Volksmund, der billig und schlecht in einem Atemzuge zu nennen pflegt, Unrecht habe. Bei näherer Prüfung stellt sich sehr schnell heraus, daß diese rein rechnerische Betrachtung entscheidende Punkte, die für das bauerliche

Verhältnis zum landstädtischen Handwerker wesentlich waren, völlig außer acht läßt.

Das landstädtische Handwerk verdankt seine Entstehung einer Arbeitsteilung zwischen Land und Stadt, die volkswirtschaftlich zweifellos notwendig war; aber diese Arbeitsteilung stand, solange sie gesund war, stets unter dem Zeichen einer engen Zusammenarbeit. Diese bestand nicht nur darin, daß der Bauer einen großen Teil der zu verarbeitenden Rohstoffe selbst lieferte und so einen unmittelbaren Einfluß auf die Güte der bestellten Erzeugnisse hatte, sondern vor allem auch in der Möglichkeit, den Gesamtvorgang der Erzeugung seinen Wünschen und Bedürfnissen gemäß ständig zu beeinflussen. Das heißt, die Erzeugung des landstädtischen Gewerbes wurde von deutscher Bauernart unmittelbar geformt und geprägt. Es wäre sehr lockend, dieser Zusammenarbeit bei den verschiedenen Handwerkern einmal in ihren Einzelheiten nachzugehen. Es würde sich dann erst so recht deutlich zeigen, wie stark der gestaltende Einfluß des deutschen Bauerntums gewesen ist.

Mit der allmählichen Verlagerung des Gewerbes in die großstädtischen Industriezentren und dessen immer stärkeren Zusammenballung in Großunternehmen wurde diese Beeinflussungsmöglichkeit der gewerblichen Erzeugung durch das Bauerntum zerstört, nicht nur, weil die Zerreißung der räumlichen Zusammenhänge eine solche Beeinflussung weitgehend unmöglich machte, sondern vor allem auch, weil die Erzeugungsbedingungen der gewerblichen Großbetriebe, deren Existenz mit der Möglichkeit der Serien- und Massenherstellung stand und fiel,

eine solche Beeinflussung ausschloß. Gewiß bleibt dem bäuerlichen Käufer noch immer die Möglichkeit der Auswahl unter den ihm angebotenen Waren; aber selbst wenn man ganz davon absieht, daß einzelne Großindustriestämme ihre immer stärker werdende Monopolstellung zeitweise dazu ausnutzten, ihre überständigen Waren in die Läden der Landstädte abzuschieben, so muß man feststellen, daß die dem Landvolk verbleibende Auswahl außerordentlich beschränkt war, daß vor allem die angebotenen Waren — in des Ausdruckes wortwörtlicher Bedeutung — aus einer anderen Welt stammten, landfremden Lebensbedürfnissen und -bedingungen entsprungen waren.

Hand in Hand mit diesem Wesenswandel der gewerblichen Erzeugung ging in der Form eines wahrhaften Reklametrommel-Feuers eine geistige Offensive zur Eroberung des Landes. Dem großindustriellen Bedürfnis nach sich ständig rasch erneuerndem Massenabsatz stand ja die bäuerliche Wesensart, in Geschlechtern zu denken, unvereinbar gegenüber; denn diese Denkart äußerte sich in sehr bestimmten Ansprüchen an Güte und Dauerhaftigkeit der begehrten Bedarfsgegenstände und in einer geschmacklichen Grundhaltung, die allen rasch wechselnden modischen Extravaganzen abhold war. Gegen diese beiden Äußerungen bäuerlicher Wesensart vor allem rannte die für den schnell sich wiederholenden Massenabsatz werbende Reklame mit allen Mitteln ihrer beweglichen Dialektik Sturm. Es handelte sich also im Grunde genommen darum, auf das Landvolk jene artfremde Gesinnung zu übertragen, die der Schnellebigkeit des aus seinen natürlichen Bindungen herausgerissenen Einzel-

Ichs des Großstädtlers entsprang. Mit anderen Worten: die Bedarfsdeckung des Landvolkes sollte sich nicht mehr nach den Lebensgesetzen des Landvolkes vollziehen, sondern sich dem großindustriellen Produktionsprozeß und den sich daraus ergebenden Massenabsatzbedürfnissen unterordnen. Es ist schwer zu entscheiden, ob die durch Zerstörung des landstädtischen Gewerbes geschaffene Zwangslage oder die Überredungskunst der modernen Reklame die größeren Erfolge für sich zu buchen gehabt hat. Eins ist jedenfalls sicher, daß nur durch das Zusammenwirken beider die so weitgehende Unterwerfung des Landvolkes unter das Diktat der großindustriellen Absatzbedürfnisse möglich war.

Den großindustriellen Expansionsbestrebungen ist schließlich noch ein dritter Bundesgenosse zu Hilfe gekommen, auf den ich schon in anderem Zusammenhange zu sprechen kam: die seit Jahrzehnten sich verschärfende Unterbewertung der landwirtschaftlichen Arbeit, die in ihrem tiefsten Grunde ja auch der Ausdruck einer Entwicklung ist, durch die die landwirtschaftliche Arbeit der Herrschaft bäuerlicher Lebensgesetzlichkeit entzogen wurde. Für das ostdeutsche Bauerntum wurde die allgemeine Unterbewertung der landwirtschaftlichen Arbeit noch durch einen Umstand verschärft, auf den ich ebenfalls bereits hingewiesen habe: Die Schwächung der wirtschaftlichen Leistungskraft gerade der ostdeutschen Landstädte hat zwangsläufig zu einer gefährlichen Schrumpfung vor allem der Märkte geführt, die der natürlichen Vielseitigkeit des gesunden Bauernbetriebes die günstigsten Absatzmöglichkeiten boten, hat ganze

Produktionszweige völlig gelähmt, und das Bauerntum in wachsendem Ausmaß von der vermittelnden Tätigkeit des Zwischenhandels abhängig gemacht.

Die zum Dauerzustand gewordene Unterbewertung der landwirtschaftlichen Arbeit aber verlieh der mit der Parole der Billigkeit arbeitenden Reklame eine sehr verführerische Kraft. Diese so sehr gepriesene Billigkeit war zwar in sehr vielen Fällen eine Täuschung, sofern man die Preise der Waren in Beziehung zu der Güte und Haltbarkeit der Waren setzte; aber bei schmaltem Geldbeutel und fehlender Möglichkeit, Ersparnisse zu machen, schaltet die schlechtere, aber weniger kostende Ware in der Regel die bessere, aber mehr kostende Ware beim Wettbewerb aus. Selbstverständlich muß man beim Erwerb der schlechteren Ware mit dem Zwang einer schnelleren Neubeschaffung rechnen, so daß also von einer Ersparnis keine Rede sein kann und in Wirklichkeit die billigere Ware oft die teurere ist; doch verteilt sich auf diese Weise die Ausgabe und ist leichter tragbar (oder wird doch als leichter tragbar empfunden).

Die Unterbewertung der landwirtschaftlichen Arbeit hat so dazu beigetragen, den Bauern zu einer sehr unbäuerlichen Rechnungsweise zu verführen, und die geschilderte Abhängigkeit des Landvolkes noch wesentlich verschärft; denn der Sieg jener trügerischen Billigkeit über den Grundsatz der Güte und Dauerhaftigkeit hat entscheidend dazu beigetragen, das landstädtische Handwerk wettbewerbsunfähig zu machen. Der Strukturwandel der Landstadt bedeutete also fast völlige Ausschaltung des bäuerlichen Einflusses auf die Gestaltung der gewerblichen Er-

zeugung. Gleichzeitig verloren damit die ländlichen Teilräume ihre natürlichen Mittelpunkte. Dadurch aber war die ländliche Raumgliederung ihres Sinnes beraubt und in ihrem Bestande bedroht. An dieser Tatsache änderte auch der Umstand, daß die Landstädte der Sitz vieler Behörden blieben, nicht allzuviel, zumal die Behördenorganisation keineswegs nach einheitlichen landschaftlichen Gesichtspunkten aufgebaut war.

Erst jetzt ging der Abwandernde dem Lande wirklich verloren; denn unter den veränderten Verhältnissen gab es für den Abwandernden kaum noch eine Möglichkeit, seine bäuerliche Art schaffend zu betätigen. Seine Arbeit war wesensfremden Gesetzen unterworfen, die dem Abwandernden eine Entfaltung gerade seiner besten Kräfte nicht gestatteten. Da aber für den bäuerlichen Menschen Arbeit innerster Wesensausdruck ist, so fiel der Abwandernde entweder einer lähmenden Zwiespältigkeit, die zu einer Trennung seiner Arbeit von seinem sonstigen „Privat“-leben führte. Die Arbeit wurde für ihn zu einer Ware, deren Verkauf ihm gestatten sollte, wenigstens in der Freizeit seinen wahren Neigungen nachzugehen. Oder aber der Abwandernde kniete sich mit der ihm eigenen bäuerlichen Zähigkeit in die ihm fremde Arbeitswelt hinein, gab sich ihr mit Haut und Haar hin, und je mehr die Fremdheit der neuen Welt ihm innerlich widerstrebte, um so stärker war meist auch die Verbissenheit seines Bemühens, sie sich dennoch zu eigen zu machen. So führte bei vielen Abwandernden – es waren meistens die äußerlich Erfolgreichsten – gerade ein Grundzug ihres bäuerlichen Wesens zu einer so völligen Selbstaufgabe

ihres bauerlichen Wesens, daß dieses, zu einem Winkeldasein verurteilt, bald abstarb.

Diese Entartung des in die Stadt abgewanderten bauerlichen Menschen bedeutete nicht nur für das Land, das dadurch seine geborenen Mittelsmänner zwischen Land und Stadt verlor, sondern auch für die Stadt einen schweren Verlust, der sich freilich nicht in Geld ausdrücken läßt und daher von vielen für gering geachtet wurde. Die Blüte deutschen Bürgertums im hohen Mittelalter war einst deutscher Bauernart entsprossen. Die in den Städten entwickelte Wirtschaftsordnung war eine naturgemäße Fortbildung der bauerlichen Wirtschaftsordnung, getragen von der gleichen Lebensauffassung, belebt durch die gleiche Arbeitseinstellung, beseelt durch die gleichen Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit. So waren die bauerliche und die städtische Lebensordnung Ausdruck der schöpferischen Kraft des gleichen Blutes.

Der während des 19. Jahrhunderts im Bürgertum sich siegreich entfaltende Geist des Kapitalismus, dessen Hochburgen die rasch anwachsenden Handels- und Industriezentren wurden, war dagegen nicht nur dem Bauern, sondern auch deutscher Art schlechthin feindlich. Kennzeichnend für die Artfremdheit des Kapitalismus sind seine Geburtshelfer und Paten. Der Sieg des Bourgeois in der französischen Revolution war Ausdruck einer radikalen Entordnung des französischen Volkes, dessen germanisch bestimmte Oberschicht durch diese Revolution in Land und Stadt restlos beseitigt wurde. Das gefeierte Vorbild des englischen Liberalismus war in Wirklichkeit von jüdischem

Geist geprägt oder verfälscht. So hielt mit dem Kapitalismus gleichzeitig auch der aus dem Ghetto entlassene Jude in Deutschland seinen öffentlichen Einzug. (Daß er schon vorher durch so manche Hintertür seinen heimlichen Eingang zu finden gewußt hatte, darf allerdings nicht übersehen werden.) Der von ihm gewählte Augenblick war für seine schmarotzerischen Bestrebungen denkbar günstig. Zweifellos war die damalige Lebens- und Wirtschaftsordnung nicht mehr imstande, den jungen mündig gewordenen Kräften, die sich überall im deutschen Volke regten, die notwendigen Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten. Ihre Starrheit wirkte oft geradezu lebensfeindlich. Die deutsche Erneuerungsbewegung aber mußte sehr bald ihre gesamte Kraft auf den Befreiungskampf gegen Napoleons Gewaltherrschaft ausrichten. Nach dem Siege aber wurde sie um dessen Früchte betrogen.

So war ein Teil der Enttäuschten mehr denn je geneigt, in der Fremde sein Vorbild zu suchen, und ließ sich verleiten, in dem Juden einen willkommenen Bundesgenossen zu sehen. Litt dieser nicht scheinbar unter der gleichen Bedrückung? So sah man nicht, daß nicht einmal ein gemeinsamer Gegner gegeben war; denn der Jude trieb wie immer ein gerissenes Doppelspiel und verstand es, sich die Machthaber der Zeit ebenso wie die liberale Opposition zu verpflichten. Die jüdische Bundesgenossenschaft aber, die immer mehr zu einer Beherrschung durch den Juden führte, hatte für die liberale Bewegung die verhängnisvolle Folge, daß diese immer unfähiger wurde, aus eigenem, d. h. aus deutschem Geist heraus an dem deutschen Erneuerungswerk

mitzuwirken. (Die Ansätze dazu wurden mit jüdischer Hilfe nicht nur unterdrückt, sondern auch geflissentlich totgeschwiegen, so daß sich heute ein sehr unvollständiges Bild des deutschen Liberalismus bietet.) So war der Sieg des Liberalismus gleichzeitig ein Sieg des Judentums, der um so vollständiger war, als er sorgfältig getarnt wurde.

Diese Tatsache ist die gefährlichste Quelle der Entfremdung zwischen Land und Stadt gewesen. Jüdischer Händlergeist versuchte mit wachsendem Erfolg die an sich lebensnotwendige Industrialisierung Deutschlands in eine Richtung abzudrängen, für die nicht die volkswirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten, sondern der erzielbare höchste Profit bestimmend war. Die vorstehenden Ausführungen haben lediglich eine Folge dieser Entwicklung gezeigt: die Zerstörung der Funktionen der Landstädte und ihre Auswirkung auf das Bauerntum. Nutznießer dieser Entwicklung waren scheinbar die großstädtischen Handels- und Industriezentren, und so versuchte man, diese Entwicklung als ein Naturgesetz menschlichen Fortschritts hinzustellen. In Wirklichkeit hat gerade diese von jüdischem Händlergeist so eifrig geförderte Entwicklung zu einer verderblichen Fehlentwicklung auch der deutschen Großindustrie geführt, die schließlich in dem Arbeitslosenelend von Millionen deutscher Industriearbeiter offen zutage trat.

Ganz abgesehen davon, daß die Ausrichtung von Industrie und Handel auf die sogenannte Weltwirtschaft nichts anderes als ein Versuch war, die deutsche Wirtschaft von dem Herrschaftssystem Englands abhängig zu machen, das seit langem zu

einer Hochburg des internationalen Judentums geworden war, bedeutete diese weltwirtschaftliche Ausrichtung eine immer stärkere Zerstörung des innerdeutschen Wirtschaftskreislaufes, dessen volkswirtschaftliche Funktion mit Recht oft mit dem Blutkreislauf im menschlichen Körper verglichen worden ist. Die falsche weltwirtschaftliche Ausrichtung entfremdete die deutsche Großindustrie immer mehr ihren volkswirtschaftlichen Aufgaben und drohte ihr damit ihre natürliche Grundlage zu entziehen.

Für Ostdeutschland aber war mit dieser Entwicklung gleichzeitig, wie wir gesehen haben, die Entstehung und ständige Vergrößerung eines sozialen und wirtschaftlichen West-Ost-Gefälles verbunden, das den großen Industriezentren West- und Mitteldeutschlands eine unheimliche Anziehungskraft für die ostdeutsche Bevölkerung verlieh. War einst der Blick des deutschen Volkes nach Osten gerichtet, so wendet es jetzt sein Gesicht westwärts. Ostdeutschland beginnt, in immer stärkerem Umfange seine Menschen an den Westen abzugeben.

Für die Zukunft des deutschen Ostens ist daher – das sei in diesem Zusammenhange wenigstens angedeutet – die Wiedersetzung von Industrie und Gewerbe besonders in den Klein- und Mittelstädten von entscheidender Bedeutung. Gelegentlich stößt man auf die Behauptung, daß diese Ansetzung nur von zweitrangiger Bedeutung sei, da sich auf der Grundlage einer starken Bauernsiedlung Gewerbe und Industrie „organisch“, also sozusagen von selbst entwickeln. Durch die ostdeutsche Siedlungsgeschichte läßt sich diese Behauptung nicht stützen.

Überall, wo der deutschen Siedlungsbewegung nach dem Osten wirklich nachhaltiger Erfolg beschieden war, kann man vielmehr, wie ich schon in dem ersten Teil meiner Ausführungen betonte, ein sehr bewußtes planvolles Zusammenwirken von städtischer Gründertätigkeit und bäuerlicher Siedlung feststellen. Im übrigen hat die Behauptung von der „organischen“ Entwicklung der Industrie auf der Grundlage der bäuerlichen Siedlung, selbst wenn sich ihre Richtigkeit nachweisen ließe, nur eine sehr theoretische Bedeutung; denn es steht wohl fest, daß gleichzeitig mit der Bauernsiedlung eine starke Industrie- und Gewerbeansetzung in den neuen Ostgebieten stattfinden wird. Es fragt sich also nur, ob man Bauernsiedlung und Industrieansetzung als zwei voneinander unabhängige Aufgaben für sich betrachten oder in Erkenntnis ihres engen Zusammenhanges aufeinander abstimmen soll.

Volkspolitisch betrachtet gibt die Bedeutung des Bauerntums als des Blutquells der Nation der Bauernsiedlung den unbedingten Vorrang. Demgemäß muß sich die Art der Industrieansetzung nach den Lebenserfordernissen des Bauerntums im Osten richten. Auf keinen Fall darf sie sich bauernschädlich auswirken. Das zu betonen, ist notwendig, da die Art der Industrieansetzung auf die Entwicklung des Bauerntums, wie wir gesehen haben, einen entscheidenden Einfluß ausübt.

Sehr wichtig ist zunächst die Standortsfrage. Als natürlicher Mittelpunkt eines breiten und blühenden Landlebens verdient die kleine, auch noch die mittlere Stadt besonders Aufmerksamkeit und sorgliche Berücksichtigung. Marktwirtschaftlich be-

trachtet sind lebensfähige Klein- und Mittelstädte für den Bauern sowohl als Verkäufer wie auch als Käufer die beste Stütze. Sollen die kulturellen städtischen Einrichtungen unbeschadet des dörflichen Eigenlebens auch dem Bauerntum dienstbar gemacht werden, so kann das nur von der Klein-, allenfalls von der Mittelstadt aus geschehen. Nur die Klein- und Mittelstädte werden von der sie umgebenden Landschaft so stark wesensbestimmt, sind so landschaftlich verbunden, daß eine natürliche Harmonie zwischen Stadt und Land erzielbar ist. An und für sich ist das Netz der Klein- und Mittelstädte im deutschen Osten im allgemeinen ausreichend dicht; aber diese einst blühenden Städte sind, wie ich nachgewiesen habe, seit langem so verkümmert, daß sie ohne einen kräftigen Aufschwung weder ihre kulturelle noch ihre wirtschaftliche Funktion erfüllen können.

Gewerbe und Industrie sind heutzutage besonders in den deutschen Klein- und Mittelstädten des deutschen Ostens von einer dürftigen Einseitigkeit, so daß besonders hochqualifizierte Berufstätige weder eine Ausbildungsmöglichkeit noch einen Arbeitsplatz finden und daher abwandern müssen. Allerdings ist sicherlich richtig, daß eine Wiederanknüpfung an die Situation gegen Ende des 18. Jahrhunderts bei der Neuansetzung von Industrie und Gewerbe nicht möglich ist. Was in dieser Beziehung der Wirtschaftsliberalismus im 19. Jahrhundert versäumt hat, ist durch keine Restauration wieder gutzumachen. Trotzdem ist der geschichtliche Rückblick auf die zerstörte ostdeutsche Wirtschaftsstruktur des 18. Jahrhunderts auch für die künftige Auf-

gabenstellung nicht wertlos, denn er weist mit Nachdruck auf die Bedeutung der natürlichen, d. h. landschaftsgegebenen Grundlagen eines industriellen Neuaufbaues hin und damit auf die wichtige Frage, ob denn wirklich die natürlichen Grundlagen für einen industriellen Neuaufbau im Osten so dürftig sind, wie vielfach behauptet wird.

Diese Frage muß energisch verneint werden. Richtig ist, daß die frühere Bedeutung der innerlandwirtschaftlichen Rohstoff-erzeugung für die Textilindustrie sich auch nicht annähernd wiederherstellen läßt; denn die ernährungswirtschaftlichen Aufgaben der Landwirtschaft sind im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts so gestiegen, daß ihre Bewältigung die Kräfte der Landwirtschaft fast ganz (und in Zukunft wahrscheinlich noch in steigendem Maße) in Anspruch nimmt. Unerörtert bleibe in diesem Zusammenhange die Frage, wie weit sich durch Ausbau des ostdeutschen Verkehrswesens (Wasserstraßen!) die außer-deutsche osteuropäische Rohstoff-erzeugung der ostdeutschen Textilindustrie dienstbar machen läßt.

Von größter Bedeutung ist dagegen angesichts der wachsenden Bedeutung des Rohstoffes Holz ein zielbewußter Ausbau der holzverarbeitenden Industrien, zumal ja ein nicht unerheblicher Teil der neuen Ostgebiete aufgeforstet werden soll. Werden die neuen Ostgebiete (ähnlich wie Ostpreußen) durch ungenügenden Ausbau der holzverarbeitenden Industrien in die Rolle einen binnendeutschen Holzausfuhrgebietes abgedrängt, so geht ihnen ein wesentlicher Teil ihrer natürlichen Grundlage für den Aufbau einer bodenständigen Industrie verloren. In

diesem Zusammenhange zeigt sich auch, welche große Bedeutung für das Gedeihen der künftigen Bauernsiedlung im Osten eine ausreichende Ausstattung der Neubauernhöfe mit Wald hat. Schlösse man die künftigen Neubauernhöfe vom ostdeutschen Walde aus, so verwehrte man ihnen, an einer wichtigen Entfaltungsmöglichkeit der ostdeutschen Wirtschaftskraft teilzunehmen.

Damit ist aber die Bedeutung der Landwirtschaft, oder besser des Bauerntums, für den Aufbau einer ostdeutschen Industrie keineswegs erschöpft. Die durch die Notwendigkeit der Nahrungsversorgung großer städtischer Verbrauchermassen gegebene immer stärkere Marktverflechtung der Landwirtschaft hat Umfang und Bedeutung der landwirtschaftlichen Uerzeugnisse bearbeitenden und verarbeitenden Gewerbe und Industrien außerordentlich gesteigert. Man wird daher von vornherein darauf bedacht sein müssen, diese der Bedeutung der landwirtschaftlichen Erzeugung der neuen Ostgebiete entsprechend auf- und auszubauen. (Dies gilt wie bei den holzverarbeitenden Industrien für den gesamten deutschen Osten.)

Von großer Bedeutung für den industriellen Neuaufbau in den neuen Ostgebieten ist auch, daß die Ausnutzung der Kaufkraft der ostdeutschen Landwirtschaft wirklich der heimischen Industrie zugute kommt. So ist z. B. der Auf- und Ausbau einer leistungsfähigen Landmaschinenindustrie für die Entwicklung einer gesunden ostdeutschen Wirtschaftsstruktur außerordentlich wichtig. Dabei ist vor allem eine weitgehende Dezentralisierung der ostdeutschen Landmaschinenindustrie zu

erstreben. Für jede ostdeutsche Mittelstadt muß in Zukunft das Vorhandensein einer leistungsfähigen Landmaschinenfabrik (wieder!) eine Selbstverständlichkeit sein. Bei ihrer Einrichtung wäre der ostdeutschen Landmaschinenindustrie von vornherein die besondere, der künftigen bäuerlichen Landwirtschaftsstruktur entsprechende Aufgabe der Herstellung von speziell für die bäuerlichen Wirtschaften geeigneten Maschinen und Geräten zu stellen. Die früher mit der Dezentralisierung der Landmaschinenindustrie verbundene unerfreuliche Vielfalt der Maschinen- und Gerätetypen läßt sich durch eine auf Normung der Erzeugung bedachte Organisation ohne weiteres vermeiden. Wichtig ist ferner, daß von vornherein jede Handelsniederlassung für Landmaschinen mit der Errichtung einer leistungsfähigen Reparaturwerkstatt verbunden wird.

Eng mit dem erstrebten Charakter der neuen Ostgebiete als eines dichtbesiedelten Bauernlandes hängt auch die Notwendigkeit des Aufbaues eines bodenständigen leistungsfähigen Baugewerbes, der Erschließung der Wasserkräfte für die Elektrizitätsgewinnung, der Ausbau des Straßen- und Verkehrsnetzes usw. zusammen.

Neubildung deutschen Bauerntums und Industrieansetzung stehen also in engster Wechselwirkung zueinander. Auf der Grundlage dieser Wechselwirkung ist einmal für die Zukunft eine starke Verdichtung der bäuerlichen Siedlung, zum anderen die Schaffung einer Fülle neuer industrieller Erwerbsmöglichkeiten auch für hochqualifizierte Arbeitskräfte gegeben. Diese Wechselwirkung stellt sich aber nicht von selbst ein, sondern

muß, wie auch die Geschichte lehrt, durch zielbewußtes Handeln herbeigeführt werden. Ist aber erst einmal diese Grundlage geschaffen, dann werden sich aus ihr eine Fülle neuer Antriebskräfte für einen weiteren Ausbau der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur ergeben.

Der große Rückzug

Doch zurück zu unserm Ausgangspunkt! Die durch die Verkümmernng des ostdeutschen Bauerntums und durch das Siechtum der ostdeutschen Landstädte hervorgerufene Ost-West-Wanderung wurde durch einen grundstürzenden Wandel der sozialen Verhältnisse der ostdeutschen Landarbeiterschaft noch verstärkt. Die in andern Zusammenhang bereits geschilderte kapitalistische Mobilisierung des Großgrundbesitzes hat, in Verbindung mit der Auffassung der Landwirtschaft als Gelderwerbsquelle, abgesehen von ihren sonstigen gefährlichen Folgewirkungen, eine tiefgehende sozialpolitische Umwälzung hervorgerufen. Sie hat zweifellos entscheidend dazu beigetragen, das Verhältnis des Gutsbesitzers zu seiner Arbeiterschaft, das früher für jeden pflichtbewußten Gutsbesitzer eine festgefügte Lebens- und Schicksalsgemeinschaft darstellte, stark zu lockern und in das unpersönliche und bindingslose Verhältnis des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer zu verwandeln. Bei diesem Wandel der Lebens- und Arbeitsauffassung arbeiteten sich wie immer Kapitalismus und Marxismus gegenseitig in die Hand. Das zeigt sich deutlich bei dem Wandel der Lohnformen, der sich in dieser

Zeit vollzieht und ein deutlicher Ausdruck des sich wandelnden Arbeitsverhältnisses ist.

Noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts besteht der Hauptteil des Landarbeiterlohnes in Land, das dem Landarbeiter und seiner Familie zur Selbstbewirtschaftung und -nutzung zur Verfügung gestellt wurde. Dieser Landlohn war besonders für kinderreiche Landarbeiterfamilien ein gutes Werkzeug des sozialen Aufstiegs; denn er bot den Tüchtigen und Strebsamen eine günstige Möglichkeit des allmählichen Ausbaues der Eigenwirtschaft bis zur völligen Selbständigkeit. Er war damit ein wichtiger Ausgangspunkt der Neubildung deutschen Bauerntums. Aber gerade dieser Landlohn wurde im Laufe des 19. Jahrhunderts systematisch abgebaut. Für die kapitalistische Wirtschaftsauffassung war er eine unbequeme Einschränkung der Verfügungsfreiheit über den Grund und Boden, für den Marxismus aber der Versuch, die aufgehobene Grundhörigkeit in nur schlecht verhüllter Form aufrecht zu erhalten. Der tiefere Grund der Feindschaft aber war die Erkenntnis der jüdischen Drahtzieher des Marxismus, daß es unmöglich sei, eine wirklich bodenverbundene Landarbeiterschaft dem von ihnen gepredigten Klassenkampf dienstbar zu machen. So trat an die Stelle des Landlohnes immer stärker die Entlohnung in Naturalien, aber auch diese wurde mehr und mehr von dem reinen Geldlohn verdrängt.

Verbunden mit diesem Wandel der Lohnformen war fast durchgängig eine erhebliche Verkürzung der Vertragsdauer. Dem Landlohn entsprach eine zum mindesten mehrjährige Vertrags-

dauer, praktisch die Erbllichkeit der Arbeitsstelle in der Familie. Der Naturallohn setzte noch immer in der Regel ein einjähriges Vertragsverhältnis voraus. Erst der reine Geldlohn erlaubte ohne weiteres die Lösung des Vertragsverhältnisses zu jedem beliebigen Zeitpunkt. Kapitalistische Einstellung sah in dieser Entwicklung die Befreiung von dem lästigen Zwange, in arbeitsarmen Zeiten unnütze Esser durchfüttern zu müssen. Sie folgte dieser Lockung um so leichter, als für die Bewältigung der Arbeitsspitzen in den polnischen Wanderarbeitern eine von Jahr zu Jahr wachsende Reservearmee zur Verfügung stand. Der Marxismus sah in dieser Entwicklung den letzten Akt der Befreiung der Landarbeiter aus den grundherrlichen Fesseln und damit eine entscheidende Voraussetzung ihrer Mobilmachung für den Klassenkampf. In Wirklichkeit aber bildete diese Entwicklung die Vollendung der Entwurzelung der Landarbeiterschaft, die durch die Verfälschung der Bauernbefreiung eingeleitet worden war, nicht zuletzt auch deswegen, weil damit der Landarbeiterschaft der Weg zur wirtschaftlichen Vonselbständigung, zur Neubildung deutschen Bauerntums, praktisch so gut wie abgeschnitten war.

Zwar darf nicht übersehen werden, daß die geschilderte Entwicklung in den verschiedenen ostdeutschen Gebieten in Zeitmaß und Stärkegrad recht unterschiedlich war; aber die Verheerungen, die sie anrichtete, bedeuteten überall eine ernste Gefährdung deutscher Volkskraft. War schon die Entstehung einer breiten besitzlosen Landarbeiterschicht durch die Verfälschung der Bauernbefreiung an sich eine große Gefahr, so

wurde durch ihre immer stärker werdende Entwurzelung infolge des Wandels ihres Arbeitsverhältnisses die Saugkraft der Städte und Industriebezirke in einer Weise erhöht, daß man, ohne in den Fehler der Schwarzmalerei zu verfallen, geradezu von einer drohenden Verblutung des ostdeutschen Landvolkes durch die Landflucht sprechen muß.

Für die einzelnen Regierungsbezirke des preußischen Ostens betrugen nach Heinz Rogmann die Wanderungsverluste in der Zeit von 1871 bis 1933:

Regierungsbezirk Königsberg	280 897 Menschen
Regierungsbezirk Gumbinnen	283 012 Menschen
Regierungsbezirk Allenstein	311 706 Menschen
Regierungsbezirk Westpreußen	152 817 Menschen
Regierungsbezirk Stettin (ausschl. früheren Regierungsbez. Stralsund)	177 383 Menschen
Regierungsbezirk Köslin	348 733 Menschen
Regierungsbezirk Frankfurt (Oder)	304 835 Menschen
Regierungsbezirk Schneidemühl	296 875 Menschen
Regierungsbezirk Breslau	276 186 Menschen
Regierungsbezirk Liegnitz	169 097 Menschen
Regierungsbezirk Oppeln	313 854 Menschen
Preußischer Osten	2 915 395 Menschen

Von diesen Wanderungsverlusten ist das Land in viel stärkerem Maße betroffen worden als die Stadt, die auch im Osten meist Wanderungsgewinne aufweist. In vielen Landkreisen sind die Wanderungsverluste höher gewesen als die Geburtenüber-

schüsse, so daß zum Teil eine recht erhebliche Abnahme ihrer Bevölkerung zu verzeichnen ist, obwohl ihre Geburtenüberschüsse durchweg wesentlich über dem Reichsdurchschnitt lagen. Deutlicher als jede andere Tatsache beweisen diese Wanderungsverluste, daß es auch im Bismarckreiche nicht gelungen war, der zerstörenden Folgen Herr zu werden, die durch die Zerrüttung des ostdeutschen Lebensgefüges, insbesondere aber durch die Vernichtung der bäuerlichen Grundlage des ostdeutschen Volksaufbaus hervorgerufen worden waren. Es war nicht nur nicht gelungen, die notwendigen Gegenkräfte gegen die allmähliche Ausblutung Ostdeutschlands zu entwickeln, sondern es konnte auch nicht einmal verhindert werden, daß der Kräfteverfall Ostdeutschlands in verschärftem Ausmaß weiterging und zu dem großen Rückzug aus dem Osten führte, der den Abbruch einer geschichtlichen Entwicklung bedeutete, die einst das deutsche Volk davor bewahrt hatte, in atembeklemmender Raumenge zu verkümmern. Als dann durch den Verrat von 1918 der erste Weltkrieg sein trauriges Ende fand, der deutsche Osten wider alles geschichtliche Recht zerstückelt und zum großen Teil einer fremden Staatsgewalt ausgeliefert wurde, da schien vollends die größte politische Leistung deutscher Volkskraft einen Abschluß gefunden zu haben, der den Verfall und die Zerstörung Ostdeutschlands verewigte, zumal das klägliche Versagen des parlamentarischen Vielparteienregiments zu einer allgemeinen Anarchie führte. Der deutsche Osten glich einer einzigen großen offenen Wunde, an der der ganze deutsche Volkskörper zu verbluten drohte.

Neuer Ruf nach dem Osten

Man muß sich die Trostlosigkeit dieser Lage vergegenwärtigen, um die Tragweite der Wendung zu ermessen, die durch die geniale Politik unseres Führers bewirkt wurde, aber auch, um sich der Größe der Aufgaben bewußt zu werden, die die Zukunft dem deutschen Volke stellt. Die Verwandlung des deutschen Ostens und ihre verderblichen Folgen bestätigen uns sozusagen an einem negativen Beispiel alle die Lehren, die wir aus der Geschichte der deutschen Ostsiedlungsbewegung ableiten konnten. Sie zeigen uns, daß das künftige große Aufbauwerk im Osten einen Neubau erfordert, der die Struktur Ostdeutschlands von Grund auf wandeln muß.

Dieses Aufbauwerk erfordert die Mitarbeit des ganzen deutschen Volkes. An das ganze deutsche Volk ergeht von neuem der Ruf: „Nach Ostland woll'n wir reiten.“ Industrie und Handwerk, Kunst und Wissenschaft, sie alle müssen, damit das große Werk gelinge, ihren unentbehrlichen Beitrag leisten. Vor allem aber ergeht der Ruf an das deutsche Bauerntum; denn ohne eine breite und starke bäuerliche Grundlage gliche das Aufbauwerk im Osten einem Hausbau ohne festes Fundament. So stellt der Ruf nach dem Osten das deutsche Bauerntum vor seine größte politische Bewährungsprobe. Die zentrale lebensgesetzliche Funktion der Bauernsiedlung begründet aber nicht nur die volkspolitische Verantwortung des Bauerntums für das Aufbauwerk im Osten, sondern ist zugleich auch Richtschnur für die Art und Weise des Einsatzes aller an dem Aufbauwerk

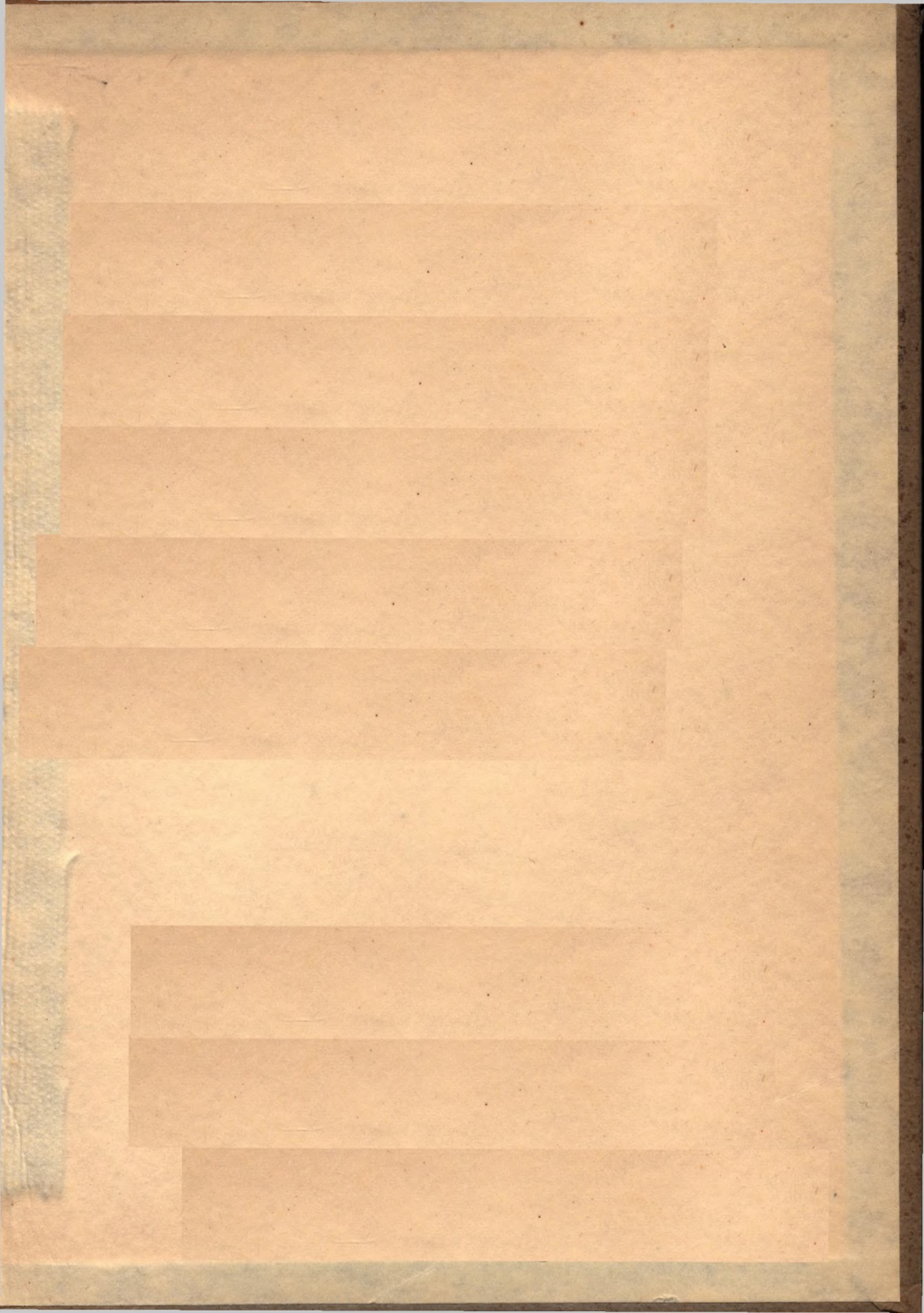
mitwirkenden Kräfte. Alle müssen sich stets in ihrem Tun und Handeln der Notwendigkeit bewußt sein, daß das ostdeutsche Reichsgebiet deutsches Bauernland werden muß; denn seine Deutschheit wird erst dann für immer gesichert sein, wenn ein starkes, gesundes Bauerntum, fest in der neuen Heimat verwurzelt, bekennt:

„Erde, du bist das Korn und das Brot und die Traube,
Erde, du bist der Leib und der Geist und der Glaube,
Erde, du bist unserer Väter Arbeit und Blut,
deutsche Erde, wir halten treu deine Hut,
Deutschland!“

Schrifttumsverzeichnis

- Aubin, Hermann: Geschichtlicher Aufriß des Ostraumes. Berlin 1940.
- Backe, Herbert: Das Ende des Liberalismus in der Wirtschaft. Berlin 1938.
- Um die Nahrungsfreiheit Europas. Leipzig 1942.
- Barten, Heinrich: Die Siedlungen in Süd-West-Posen. Veröffentlichungen der Schles. Gesellschaft für Erdkunde e. V. und des Geographischen Instituts der Universität Breslau, 18. Heft. Breslau 1933.
- Beheim-Schwarzbach, Max: Hohenzollernsche Kolonisationen. Ein Beitrag zur Geschichte des preußischen Staates und der Kolonisation des östlichen Deutschland. 1874.
- Darré, R. Walther: Das Bauerntum als Lebensquell der Nordischen Rasse. München 1929.
- Die Grundlagen des preußischen Staatsbegriffes. Der preußische Staatsgedanke als entwicklungsgeschichtliche Grundlage des Staatsgedankens von Blut und Boden. In „Deutsches Bauerntum“, Die Goslarer Volksbücherei, Nr. 1.
- Ostelbien. Odal 1934, Heft 12.
- Ebert, W.: Ländliche Siedelformen im deutschen Osten. Berlin 1936.
- Emmerich, Werner: Der deutsche Osten. Des deutschen Volkes Siedelwerk im Mittelalter. Leipzig, 2. verb. Aufl. 1938.
- Franze, Herbert: Das deutsche Recht im mittelalterlichen Polen. Deutsche Monatshefte in Polen, September 1935.
- Gülich, Gustav von: Geschichtliche Darstellung des Handels, der Gewerbe und des Ackerbaues der bedeutendsten handeltreibenden Staaten unserer Zeit. Jena 1830.
- Hampe, Karl: Der Zug nach dem Osten. Die kolonisatorische Großtat des deutschen Volkes im Mittelalter. Aus Natur und Geisteswelt, Nr. 731, 4. Aufl. 1935.
- Harmjanz, Heinrich: Ostpreußische Bauern. Volkstumsgeschichte. Königsberg, 3. verm. Aufl. 1939.
- Kaindl, Raimund, Friedrich: Geschichte der Deutschen in den Karpathenländern. Gotha 1907.
- Keyser, Erich: Geschichte des deutschen Weichsellandes. Leipzig, 2. verm. Aufl. 1940.
- Knapp, G. F.: Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens. Leipzig 1887.
- Koßmann, Eugen Oskar: Die deutschrechtliche Siedlung in Polen, dargestellt am Lodzer Raum. Ostdeutsche Forschungen Bd. 8. Leipzig 1938.
- Kötzschke, Rudolf und Ebert, Wolfgang: Geschichte der ostdeutschen Kolonisation. Leipzig 1937.

- Lück, Kurt: Deutsche Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens. Ostdeutsche Forschungen Bd. 1. Plauen i. Vogtland 1934.
- Der Mythos vom Deutschen in der polnischen Volksüberlieferung und Literatur. Ostdeutsche Forschungen Bd. 7. Leipzig 1938.
- Pacyna, Günther: Die lebensgesetzliche Bedeutung des Erbhofrechtes. Berlin 1934.
- Bodenrecht aus deutscher Art. In „Deutsches Bauerntum“, Die Goslarer Volksbücherei Nr. 1.
- Deutsche Bauernwanderungen. Odal 1941, Heft 3.
- Die Verteilung des deutschen Bodens. In „Der Bauer im Umbruch der Zeit“, hgg. von Dr. Wolfgang Clauß, Berlin 1935.
- Die Auswirkung der Kontinental Sperre auf die Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands. Altpreußische Forschungen, Jahrgang 16, Heft 1, 1939.
- Die Verwandlung des Ostens. Odal 1940, Heft 4.
- Die ostpolitische Bedeutung der Landflucht. Der SA-Führer, Mai 1939 (Sonderdruck 10/11).
- Das deutsche Aufbauwerk in Polen. Odal 1939, Heft 10.
- Deutsches Bauernrecht und deutsches Bauernschicksal in Polen. Recht des Reichsnährstandes, 1939, Heft 20.
- Land und Stadt in der deutschen Volksordnung. Odal 1941, Heft 8.
- Rogmann, Heinz: Die Bevölkerungsentwicklung im preußischen Osten in den letzten hundert Jahren. Berlin 1937.
- Scheu, Erwin: Ostpreußen. Eine wirtschaftsgeographische Landeskunde. Königsberg (Pr.) 1936.
- Schmid, Heinrich Felix: Das deutsche Recht in Polen. In „Deutschland und Polen“, hgg. von Albert Brackmann, Berlin 1933.
- Schmidt, Erich: Geschichte des Deutschtums im Lande Posen unter polnischer Herrschaft. Bromberg 1904.
- Stein, Robert: Die Umwandlung der Agrarverfassung Ostpreußens durch die Reformen des 19. Jahrhunderts. Königsberg (Pr.) 1934.
- Treitschke, Heinrich von: Das deutsche Ordensland Preußen. 1862 (mehrfache Neudrucke).
- Treue, Wilhelm: Wirtschaftszustände und Wirtschaftspolitik in Preußen 1815—1825. Beiheft 31 zur Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart 1937.
- Wolf, Heinrich: Von der bäuerlichen Hufenordnung zur Gutswirtschaft in Ivenack. Ein Beitrag zur Bauerngeschichte Mecklenburgs. Berlin 1939.
- Zoch, Wilhelm: Neuordnung im Osten. Bauernpolitik als deutsche Aufgabe. Berlin 1939.



DER DEUTSCHE BAUER IM OSTEN / GÜNTHER PACYNA